

WESTFALENHÜTTE AG DORTMUND



3. JAHRG. MITTEILUNGSBLATT NR. 10 OKTOBER 1951

Die Neuordnung beginnt

In der außerordentlichen Hauptversammlung vom 27. September 1951 — an der neben dem Aufsichtsrat und Vorstand auch die Vertreter des Betriebsratsausschusses der Westfalenhütte, Vertreter der zur Neuordnung anstehenden Werke, Betriebsratsmitglieder dieser Werke, Vertreter der Banken, der Stahltruhändlervereinigung, der Altgesellschaft, der Gewerkschaft usw. teilnahmen — gab der stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende, Oberstadtdirektor Hansmann, zwei Anordnungen der Alliierten Hohen Kommission vom 26. September 1951 bekannt:

Auf Grund der Bestimmungen der Durchführungsverordnung Nr. 6 in der Fassung der Durchführungsverordnung Nr. 8 zum Gesetz Nr. 27 der Alliierten Hohen Kommission erläßt die Combined Steel Group folgende Anordnung:

- I. Die nachstehend bezeichneten Vermögenswerte, die bei Inkrafttreten dieser Anordnung Eigentum der Hoesch AG. in Liquidation auf Grund des Gesetzes Nr. 27 über die Umgestaltung des deutschen Kohlenbergbaues und der deutschen Stahl- und Eisenindustrie in Dortmund — nachstehend „Hoesch Aktiengesellschaft“ genannt — sind, werden beschlagnahmt und der Westfalenhütte Dortmund, Aktiengesellschaft in Dortmund — nachstehend „Westfalenhütte“ genannt — die in eine Einheitsgesellschaft umgebildet wird, zu Eigentum übertragen:
alle Rechte und Ansprüche der „Hoesch Aktiengesellschaft“, die in Verbindung mit der im Betriebsbenutzungsvertrag vom 4./17. April 1948 zwischen dieser Gesellschaft und der „Westfalenhütte“ festgelegten Nutzung der Anlagen und Übernahme der Vorräte und Werksgeräte bestehen.
- II. Die „Westfalenhütte“ übernimmt die Pensionslasten und Anwartschaften, soweit sie unmittelbar oder mittelbar in Verbindung mit dem Betrieb der auf sie gemäß der Anordnung der Combined Steel Group vom 26. September 1951 — Nr. 15/B — übertragenen Anlagen entstanden sind.
- III. Die Stahltruhändlervereinigung wird ermächtigt, die vorbezeichneten Vermögenswerte in die „Westfalenhütte“ einzubringen und die Anteilsrechte oder andere Vergütungen entgegenzunehmen, die für die Übertragung der Vermögenswerte gewährt oder gezahlt werden, und damit nach den Anordnungen zu verfahren, die von der Combined Steel Group gemäß Gesetz Nr. 27 und den dazu ergehenden Durchführungsverordnungen erlassen werden.
- IV. Diese Anordnung tritt am 1. Oktober 1951 in Kraft.

In einer weiteren Anordnung vom gleichen Tage werden beschlagnahmt und der Westfalenhütte zu Eigentum übertragen:

- I. 1. Grundstücke einschließlich der darauf stehenden Gebäude und im Grundbuch sowie im Wasserbuch eingetragene Rechte,
2. Patente, Warenzeichen und andere Schutzrechte,
3. sonstige Anlagewerte (insbesondere Anlagen und Maschinen).
- II. Vorbehaltlich der Bestimmungen in Ziffer IV werden die vorbezeichneten Vermögensgegen-

stände auf die „Westfalenhütte“ frei von allen dinglich gesicherten Geldschulden und frei von den dafür als Sicherheit dienenden dinglichen Rechten übertragen.

- III. Die „Westfalenhütte“ ist berechtigt, an die Stelle eines nach Ziffer II untergehenden dinglichen Rechts und dessen bisherigen Rang ein anderes, nicht umfangreicheres dingliches Recht im Grundbuch eintragen zu lassen. Ein entsprechender Rangvorbehalt ist im Grundbuch einzutragen.
- IV. Die Anlagen werden übertragen mit
 - a) den dinglich gesicherten Geldschulden und den Grundstückslasten, Pfandrechten und sonstigen Belastungen (die in einer Sonderanlage aufgeführt sind),
 - b) den Grundstückslasten und sonstigen Belastungen, die nicht eine Sicherheit für eine Geldschuld darstellen und darstellen können.
- V. (Dieser Absatz regelt die Übertragung der Patente, Lizenzen und sonstigen Schutzrechte.)
- VI. (In diesem Absatz wird die Stahltruhändlervereinigung ermächtigt, die vorbezeichneten Vermögenswerte in die „Westfalenhütte“ einzubringen.)
- VII. Der Betriebsbenutzungsvertrag vom 4./17. April 1948 zwischen der „Westfalenhütte“ und der „Hoesch Aktiengesellschaft“ über die Nutzung der Anlagen und Einrichtungsgegenstände, die durch diese Anordnung auf die „Westfalenhütte“ übertragen werden, endet mit dem Inkrafttreten dieser Anordnung. Es ist zum 30. September 1951 abzurechnen. Für die sich hieraus ergebenden Rechte und Ansprüche der „Hoesch Aktiengesellschaft“ gelten die Bestimmungen der Ziffer I der Combined Steel Group vom 26. September 1951 — Nr. 15/A.
- VIII. Diese Anordnung tritt am 1. Oktober 1951 in Kraft.

Die Anordnungen sind unterschrieben von den Vertretern der Hohen Kommissare: A. Bureau für Frankreich, W. Harris-Burland für England und A. C. Hall für Amerika. Im Anschluß daran wurde das Protokoll der vorhergegangenen Aufsichtsratssitzung verlesen, dem wir folgendes entnehmen:

Mit der Eigentumsübertragung wurde das Kapital unserer Gesellschaft um 26 900 000 DM auf 27 000 000 DM vorläufig erhöht. Für 26 900 000 DM wurden 269 000 DM auf den Namen lautende Stammaktien im Nennbetrag von 100 DM ausgegeben. Zugleich wurde der Name unserer Gesellschaft „Westfalenhütte Dortmund Aktiengesellschaft“ in „Westfalenhütte Aktiengesellschaft“ geändert.

Über weitere Änderungen, die im Zuge der Neuordnung der Eisen- und Stahlindustrie erforderlich werden, werden wir zu gegebener Zeit berichten.



Der neue Gesellschaftsvertrag wurde anschließend von den Vorstandsmitgliedern — Arbeitsdirektor Alfred Berndsen, kaufmännischer Direktor Wolfgang Gubitz und Hüttendirektor Dr. Albrecht Harr — unterschrieben.

Umfang und Organisation der Neuordnung

Der stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende, Oberstadtdirektor Wilhelm Hansmann, erklärte abschließend: Zu der mit Wirkung vom 1. Oktober dieses Jahres durchgeführten Neuordnung der Werke des ehemaligen Hoesch-Komplexes möchte ich einige ergänzende Bemerkungen machen.

Was zunächst den Umfang der kommenden Einheitsgesellschaft betrifft, so ist dieser wie folgt festgelegt:

1. Vom Kohlenbergbau: die Steinkohlenzechen Kaiserstuhl I/II und Fürst Leopold-Baldur.
2. Von der eisenverarbeitenden Industrie: Westfalenhütte AG.
3. Von den weiterverarbeitenden Betrieben: Werk Hohenlimburg/Altenvoerde, Werk Ruegenberg/Olpe, Becke-Prinz, Trierer Walzwerk AG, Maschinenfabrik Deutschland, Schmiedag AG, Dortmunder Drahtseilwerke GmbH, Federstahl AG, Dörken AG, Hiltruper Röhrenwerke GmbH.

Zeitlich gesehen wird sich die Neuordnung folgendermaßen abwickeln: Der Termin für die Gründung der Steinkohlen-Gesellschaft steht noch nicht fest. Die Westfalenhütte, die Werke Hohenlimburg/Altenvoerde und die Schmiedag scheiden mit Wirkung vom 1. Oktober d. J. endgültig aus der Hoesch AG aus. Die Werks-

genaue Werksbeschreibung wegen Zeitmangels noch nicht bei allen Betrieben fertiggestellt werden konnte. Hinzu kommt, daß bei denjenigen Verarbeitungsbetrieben, die in Form juristisch selbständiger Tochtergesellschaften geführt werden sollen, auch noch Personalfragen für Vorstand und Aufsichtsrat zu klären sind.

Die Organisation der zukünftigen Einheitsgesellschaft ist noch nicht in allen Einzelheiten geklärt. Der Steinkohlenbergbau verlangt, daß im Falle einer 100prozentigen Beteiligung von Einheitsgesellschaften an Steinkohlenzechen diese Zechenbetriebe als gleichberechtigte Schwestergesellschaften neben den Hütten geführt werden und daß die Verbindung der Kohle- und Stahlseite durch eine Obergesellschaft, also eine Holding, erfolgt. Da für unsere Einheitsgesellschaft eine solche 100prozentige Beteiligung an Steinkohlenzechen vorgesehen ist, kann man also damit rechnen, daß als Spitze dieser Einheitsgewerkschaft eine Holding gebildet wird.

Als Voraussetzung für die Bildung dieser Holding wird aber einstimmig von der Kohlenbergbauleitung, von der STV und von den Gewerkschaften das volle Mitbestimmungsrecht für die Holding verlangt.

Die Gründung der Holding kann also erst nach Klärung der Mitbestimmungsfrage durchgeführt werden.

Was nun die Verarbeitungsbetriebe betrifft, so ist noch nicht entschieden, wo und in welcher Form diese in die Einheitsgesellschaft eingeordnet werden. Es gibt hierfür drei Möglichkeiten:

- a) als unselbständige Werksabteilung der Westfalenhütte AG,
- b) als selbständige Tochtergesellschaft der Westfalenhütte AG,
- c) als selbständige Tochtergesellschaft der Holding.

Da die Holding aus den soeben dargelegten Gründen noch nicht gebildet werden konnte, war nur eine vorläufige Einordnung der Verarbeitungsbetriebe in der Form möglich, daß alle diese Betriebe zunächst an die Westfalenhütte angeschlossen werden. Dies bedeutet aber in keiner Weise eine Vorwegnahme der zukünftigen Entscheidung über die endgültige Organisationsform der Einheitsgesellschaft. Diese Organisation kann vielmehr entschieden werden, sobald die Holdinggesellschaft gegründet ist.

Erfolg der bisherigen Arbeit

Ich möchte schließlich auch noch einige Worte sagen über den Erfolg der Arbeit, welche die Westfalenhütte in den vier Jahren seit ihrer Gründung geleistet hat. Man kann als Gradmesser für das Ergebnis dieser vier Jahre die heute beschlossene Kapitalerhöhung heranziehen.

Die Westfalenhütte hat in der Zeit seit ihrer Gründung aus eigener Kraft und ohne jede fremde Hilfe ihr Eigenkapital von 100 000,— DM auf 27 Mill. DM



Oberstadtdirektor Hansmann bei seiner Ansprache

anlagen wurden zu diesem Zeitpunkt beschlagnahmt und werden ab 1. Oktober für Rechnung der Einheitsgesellschaft betrieben. Bezüglich der übrigen Verarbeitungsbetriebe ist im Gründungsauftrag lediglich festgelegt, daß diese in die neue Einheitsgesellschaft einzubeziehen sind. Der Grund für diese unterschiedliche zeitliche Durchführung der Neuordnung liegt vornehmlich darin, daß die für die Durchführung der Beschlagnahme erforderliche

erhöht. Bei einer Beurteilung dieser Zahlen ist noch zu beachten, daß im gleichen Zeitraum der Zustand der Werksanlagen durch Beseitigung von Kriegsschäden, durch Nachholung der in der Kriegszeit unterlassenen Reparaturen, durch Ersatz- und Neubauten wesentlich verbessert worden ist. Ich glaube, daß die Gesellschaft mit diesem Ergebnis zufrieden sein kann.

Ich möchte den heutigen Tag, an dem der bisherige Betriebsbenutzungsvertrag zu Ende geht, benutzen, um

Neuordnungsprobleme

— oi — Hinsichtlich der Montan-Neuordnung sind Zahl und Größe der künftigen Montanunternehmen grundsätzlich nach wie vor durch die Vereinbarung zwischen Bundesregierung und Allierter Hoch-Kommission vom 14. März 1951 festgelegt. Mittlerweile aber hat sich — und das wurde sichtbar auch bei der Neuordnung innerhalb des in Liquidation befindlichen Hoesch-Konzerns — eine wichtige Änderung der Situation ergeben: die Alliierte Hoch-Kommission bzw. die von ihr mit der Montan-Neuordnung beauftragte Combined Steel Group hat den bisherigen Widerstand gegen eine weitgehende Rückverflechtung der eisen-schaffenden Industrie mit Betrieben der Weiterverarbeitung aufgegeben. Das ist fraglos zu begrüßen, denn durch die Zusammenfassung von Hütten- und Stahlwerken mit Verfeinerungsbetrieben kann eine bessere Absatzsicherung und eine größere Krisenfestigkeit der westdeutschen Montanindustrie erreicht werden.

Meinungsverschiedenheiten

Sosehr die Alliierten unerwartet wirtschaftliche Gründe mit-sprechen lassen, zeigt sich unerwartet bei Redaktionsschluß im Umwandlungsprozeß der Montanwirtschaft, daß es diesmal auf deutscher Seite plötzlich zu gewissen Meinungsverschiedenheiten in der Frage der Verbindung von Hüttenwerken und Verarbeitungsbetrieben gekommen ist. Während bei der Neuordnung innerhalb der in Liquidation befindlichen Hoesch-Gruppe zwischen Stahltruhändern und Altkonzern noch Einmütigkeit über eine möglichst weitgehende Rückverflechtung bestanden hat, haben sich jetzt u. a. die Vereinigten Stahlwerke und die Firma Krupp gegen eine Wiederangliederung von Verfeinerungsbetrieben dieser Konzerne an die in ihren Bereichen vorgesehenen Stahlkerngesellschaften ausgesprochen. Die deutsche Wirtschaftszeitung „Handelsblatt, Düsseldorf“ schreibt hierzu in ihrer Ausgabe vom 3. Oktober 1951:

„Ist diese Entwicklung auf der einen Seite zwar zu bedauern, weil dadurch die bisherige Einheitlichkeit der deutschen Auffassung über die zweckmäßigste Struktur der westdeutschen Montanwirtschaft aufgegeben wird, so ist sie andererseits verständlich als Ausfluß der Befürchtung auf seiten der alten Eigentümer, daß bei einem etwaigen Erfolg der Sozialisierungsbestrebungen von SPD und Gewerkschaften die mit Grundstoff-Betrieben verbundenen Verarbeitungswerke ebenfalls der Sozialisierung anheimfallen würden. (Der Initiativantrag der SPD, der von den Gewerkschaften unterstützt werden soll, zielt bekanntlich nur auf eine Sozialisierung der Grundstoffindustrien hin. Redaktion.) Die

Einwände des DGB und der sozialdemokratischen Opposition gegen den geplanten Umtausch von Aktien der alten Montanunternehmen in Anteile der neuen Einheitsgesellschaften

haben bereits viel Unsicherheit in den Fortgang der Montan-Neuordnung getragen. Die aus der Sozialisierungsfrage erwachsenden Befürchtungen sind noch größer geworden, seitdem der Entwurf des hessischen Arbeits- und Wirtschafts-ministers für ein Überleitungs- und Entschädigungsgesetz zur Sozialisierung in Hessen vorliegt, nach dem die Entschädigungsansprüche der bisherigen Eigentümer je nach ihrer sozialen Lage nur zu 25 bis 75 Prozent — und zwar größtenteils durch dreiprozentige Obligation — befriedigt

als stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender unserem Vorstand und unserer gesamten Belegschaft zu danken für die treue und verständnisvolle Mitarbeit in den vergangenen vier Jahren, insbesondere in der schweren Zeit vor der Währungsreform. Gleichzeitig möchte ich Sie alle bitten, auch in Zukunft nach Gründung der Einheitsgesellschaft auf der bisherigen vertrauensvollen Basis weiterhin zusammenzuarbeiten.

werden sollen. Der Erlaß eines solchen Gesetzes käme praktisch einer teilweisen Konfiskation gleich, die mit der im Grundgesetz verankerten Anerkennung des Privateigentums nicht zu vereinbaren wäre.“

Hemmungslose Nachfrage

In der gleichen Ausgabe des „Handelsblatts“ wird ein Börsenbericht veröffentlicht, in dem es unter der Überschrift „Anhaltende Nachfrage“ heißt: „Man könnte auch von einer hemmungslosen Nachfrage sprechen, wenigstens soweit es sich um die Montanwerte und andere favorisierte Aktien handelt, denn die sprunghaften Kurssteigerungen halten die Käufer nicht zurück. Sie müssen sich Wunderdinge bei der Neuordnung der Montanwirtschaft für die alten Konzerne versprechen und auch von der wirtschaftlichen Entwicklung der anderen Favoriten.“

Aus Zweckmäßigkeitsgründen: Holding

Bekanntlich ist, wie wir in dem Bericht von der Hauptversammlung dargelegt haben, für uns die Bildung einer Holding vorgesehen. Sie ist nach Presseverlautbarungen überall dort vorgesehen, wo ein vertikaler Aufbau der Einheitsgesellschaft vorgesehen ist: aus Zweckmäßigkeitsgründen sollen die Hütten- und Stahlwerke mit Zechen und Verfeinerungsbetrieben in Holdinggesellschaften zusammengefaßt werden. Der Wirtschafts-Informations-Dienst schreibt hierzu:

„Es fragt sich nun, ob Aufsichtsräte und Vorstände dieser Holding-Gesellschaften nach dem Mitbestimmungsgesetz für die Montanindustrie gebildet werden sollen, obwohl zu den Holding-Unternehmen auch Tochtergesellschaften aus dem Bereich der Weiterverarbeitung gehören sollen, die ihrerseits nicht dem Mitbestimmungsgesetz unterliegen. Es muß verhindert werden, daß durch die Zusammensetzung von Vorständen und Aufsichtsräten der Holding-Gesellschaften nach dem Mitbestimmungsgesetz die Eigentümerinteressen bei den zur Weiterverarbeitung gehörenden Tochtergesellschaften durch Nichteigentümer vertreten werden. Eine derartig gesteigerte Wirkung der Holding-Aufsichtsräte im Sinne einer weiteren Einschränkung der Eigentümerrechte würde gegen den Geist des Mitbestimmungsgesetzes verstoßen. Die Erörterungen gehen nun darum, ob es zweckmäßiger ist, die Schwierigkeiten durch Erlaß eines besonderen Gesetzes oder durch entsprechende Bestimmungen in den Satzungen für die Holding-Unternehmen zu beseitigen. Da es darauf ankommt, die neuen Holding-Gesellschaften schnell zu errichten, dürfte der Weg über die Satzungen rascher zum Ziele führen.“

Wir können heute die endgültige Entwicklung noch nicht vorausbestimmen.

Man kann aber aus der heutigen Situation erkennen, wie schwer es in der Praxis ist, die Struktur der westdeutschen Montanindustrie so grundlegend zu ändern, wie es nach dem alliierten Neuordnungsgesetz Nr. 27 vorgesehen ist. Es bedarf keiner Frage, daß der augenblickliche Schwebezustand einer kontinuierlichen Produktionsentwicklung bei Stahl und Kohle nicht dienlich ist. Der in Fluß befindliche Umbau der Grundstoffindustrien Stahl und Kohle wirft zur Zeit täglich neue Probleme auf, deren endgültige Lösung nicht mehr zu lange auf sich warten lassen darf.

Um den Zechen-Verband

Nach den Erklärungen der Stahltruhänder und nach den Darlegungen, die der stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende Wilhelm Hansmann in der außerordentlichen Hauptversammlung am 27. September 1951 abgab, steht es fest, daß zu der kommenden Einheitsgesellschaft, über deren Entstehen und voraussichtliche Weiterentwicklung wir an anderer Stelle eingehend berichten, die Zechen Kaiserstuhl I und II und Fürst Leopold-Baldur kommen werden. Der Termin für die Gründung der Steinkohlengesellschaft steht noch

nicht fest. Immerhin wird nach einer Information der Deutschen Kohlenbergbau-Leitung die Neuordnung des Steinkohlenbergbaues im Oktober mit der Bildung der ersten neuen Zechengesellschaften beginnen. Es wird sich dabei zunächst nur um sogenannte A-Gesellschaften handeln, die der Neuordnung nach dem alliierten Entflechtungsgesetz Nr. 27 unterliegen. Doch haben sich von den 25 auf Anordnung der alliierten Hochkommission entlassenen C-Gesellschaften inzwischen 23 bereit erklärt, freiwillig an der Neu-

ordnung teilzunehmen, so daß der gemeinsam von der DKBL und der IG. Bergbau ausgearbeitete Neuordnungsplan für den gesamten Bergbau mit bestimmten Verschiebungen durchgeführt werden kann. Fraglos ist mit dieser Neuordnung ein wesentlicher Fortschritt erreicht, es ist aber noch keine Lösung gefunden worden, die von der Eisen- oder von der anderen Seite als befriedigend und somit als endgültig anerkannt werden könnte. Das Ergebnis dieser Feststellung resultiert auf den Äußerungen, wie sie bei Redaktionsschluß vorlagen.

Die Neuordnung wird, wie der Generaldirektor der DKBL, Heinrich Kost, ausdrücklich versicherte, nach den Vorschriften des Mitbestimmungsgesetzes für die Montanindustrie erfolgen: Paritätisch zusammengesetzter Aufsichtsrat mit dem „elften Mann“ — dreigeteilter Vorstand mit dem technischen, dem kaufmännischen und dem Arbeitsdirektor —, Mitbestimmung der Belegschaft über den Betriebsrat und die verschiedenen Ausschüsse, die nach dem bewährten Beispiel in den entflochtenen Stahlwerken eingerichtet werden.

Ein Punkt, über den zur Zeit noch Verhandlungen schweben, ist die künftige organisatorische und juristische Form der Verbundzechen, die der Stahlindustrie angegliedert werden. Diese Zechen sollten im Rahmen der Verbundwirtschaft mit der Eisenseite selbständige Unternehmen bleiben, die durch eine Bergbau-Muttergesellschaft auch dem Bergbau weiterhin angeschlossen sind. Man begründet diese Forderung seitens der DKBL damit, daß die Einheit des Bergbaus erhalten bleiben und daß andererseits verhindert werden müsse, daß diese Verbundzechen wie in früheren Zeiten die Rolle des Stiefkinds spielen.

Von seiten der Vertreter der IG. Bergbau, die an den vorbereitenden Arbeiten beteiligt waren, wird erklärt — und das ist bei der vorhandenen Sachlage ohne Zweifel richtig —, daß bei der augenblicklichen Lösung das Beste erreicht worden sei, was bei den außerordentlich schwierigen Verhandlungsgrundlagen — Rücksichtnahme auf Völker- und Besatzungsrecht, auf bergmännische, bergwirtschaftliche, finanzpolitische und juristische Gegebenheiten auf dem Wege einer zwangsläufigen Kompromißlösung überhaupt erreichbar war. Daß der soziale und wirtschaftspolitische Inhalt des jetzt zur Verwirklichung anstehenden Neuordnungsprogramms nicht den Beifall der Gewerkschaften findet, steht außer Zweifel. Deshalb hat sich auch bei Redaktionsschluß der Gesamtvorstand der IG. Bergbau nochmals eingehend mit diesem Problem befaßt. Es wurde klar herausgestellt, daß die Neuordnung in ihrer jetzigen Form nur als ein Schritt auf dem Wege zur Sozialisierung gewertet werden könne, die als die einzige Grundlage für eine vernünftige Lösung aller technisch-wirtschaftlichen Belange des Bergbaues im Interesse der Allgemeinheit wie auch der Bergarbeiterschaft bezeichnet wurde. Die Sozialisierung des Bergbaues also sei das endgültige Ziel, nach dem die Gewerkschaften streben. Gerade in den langwierigen Verhandlungen der letzten Monate hätten sie erfahren, daß es in der Hauptsache die teilweise sehr engstirnigen Eigentumsinteressen waren, die einer großzügigen Neuordnung entgegengestanden hätten.

Sowohl von seiten der IG. Bergbau als auch von seiten der Zechen wird darauf hingewiesen, daß die weitverzweigte Zechenverbundwirtschaft sehr schlecht trennbar wäre. Es wäre bedauerlich, wenn es bei der Neuordnung dahinkäme, daß eine Kohleverbundwirtschaft, die sich bewährt habe und in ihrer Bedeutung jeden neuen Verbund übertriffe, einfach zerschnitten würde. Vom Bergbau wird dabei hervorgehoben, daß die Öffentlichkeit sich bisher leider mehr mit dem Hütten-Zechen-Verbund als mit dem hochentwickelten Zechen-Verbund beschäftigt habe. Es wird hierbei nachdrücklich festgestellt, daß bei allem Gewicht des Untertagebetriebes die technische Entwicklung und Organisation der Ubertagebetriebe die Wirtschaftlichkeit des Bergbaues in der Förderung und Aufbereitung, im Transport, in der Krafterzeugung und Kraftverteilung wie auch in der Kokereiwirtschaft entscheidend beeinflusse.

Von diesen Argumenten scheint uns die Frage der Kostengestaltung bedeutsam zu sein. Der Verbund Kohle—Eisen beschränkt sich auf die Lieferung und den Austausch von Kokskohle oder Koks, Kokereigas, Gichtgas und auf die

Frage des Transports. Dagegen ist in den Zechengruppen des Reviers die innerbetriebliche Verbundwirtschaft vielseitiger und mengenmäßig größer. Allgemein wird die Hauptaufgabe des Bergbaus darin gesehen, die Arbeitsbedingungen des Untertagebetriebes durch Mechanisierung und Organisation ständig zu verbessern. Dabei aber wird — und das wird auch durch die übereinstimmende Erklärung des Bergbaus und der IG. Bergbau erhärtet — vielfach übersehen, daß die technische und betriebswirtschaftliche Entwicklung und Organisation der Tagesbetriebe wesentlich dazu beiträgt, die Kohलगewinnung wirtschaftlicher zu machen.

Im Laufe der letzten Jahrzehnte wurden auf einer breiten Kohlenbasis Verwaltungseinheiten geschaffen, die durch den Ausbau des inneren Verbundes nicht nur ihre eigene Wirtschaftlichkeit, sondern auch die des gesamten Ruhrbergbaus erheblich gefördert haben. Die Entwicklung von Großschachtanlagen durch die Zusammenfassung kleinerer und veralteter Zechen, ferner der Bau von Zechenverbundkraftwerken für Strom und Preßluft, die alle Betriebe der Verwaltungseinheit versorgen und unter Verwertung nicht absatzfähiger Kohle betrieben werden, sind kennzeichnend für eine solche Rationalisierung. Hinzu kommt noch die Entwicklung von Großkokereien in der Nähe von Großschachtanlagen, die in einen Gasaustausch mit einer benachbarten Hütte treten können, wie es z. B. in gewissem Umfange zwischen Kaiserstuhl und Westfalenhütte der Fall war und ist. Bei dem Zwang, eine verkockbare Kohle aus der Produktion verschiedener Zechen zu mischen, ist der Verbundverkehr und die einheitlich gesteuerte zentrale Aufbereitung nicht zu entbehren. Ein überzeugendes Beispiel bieten hierfür die Verhältnisse im Hamborner Raum, wo erst durch die Mischung der mageren Fettkohle und Eßkohle der südlichen Zechen der gängigen Kohle des Mittelgebietes und der hochflammigen Kohle im Norden eine brauchbare Kohle entsteht. So kann man auch kaum im Raum Gelsenkirchen die Zentralkokerei „Nordstern“ von der Kohlengrundlage trennen, für die sie erbaut worden ist. Ähnlich sieht es auch im Dortmunder Gebiet aus, wo darüber hinaus die Verbundwirtschaft in der Strom- und Preßluftversorgung, der Aufbereitung und des Verkehrs im Laufe der Jahre besonders hoch entwickelt worden ist.

Wir sagten bereits — und das wurde auch in der Hauptversammlung herausgestellt —, daß die endgültige Klärung noch nicht erfolgt ist. Es ist auch noch nicht die Form der neuen Zechengesellschaften gefunden. Hier hatte der Bergbau vorgeschlagen, die Betriebsanlagen der neuen Hüttenzechengesellschaften durch einen Betriebsbenutzungsvertrag an die Zecheneinheitsgesellschaften zu übertragen. Dieser Vorschlag hat bei den Hüttenwerken keine Zustimmung gefunden, da nach Auffassung der Stahlindustrie Verträge allein nicht ausreichen, um die enge Verbindung zwischen Hütte und Zeche sicherzustellen. Da fraglos früher die Hütten der bestimmende Faktor und die Zechen ihre Lieferanten waren, wünschten und wünschen die Hütten einen starken Einfluß auf die Verwaltung der Zechengesellschaften; es wird sogar von einem Weisungsrecht in Fragen des Zechenbetriebes gesprochen. Dem Bergbau wiederum erscheint die eigentümliche Untermauerung der Verbindung zwischen Bergbaueinheitsgesellschaft und Hüttenzechengesellschaft zu unbestimmt. Er argumentiert nicht nur mit wirtschaftlichen, sondern auch mit betriebswirtschaftlichen Argumenten. Nach den bisherigen Verlautbarungen erkennt der Bergbau den Hüttenanspruch auf eine angemessene Kohlengrundlage an, er will aber, daß ihm in der Hüttenzechengesellschaft eine führende Stellung zugewiesen wird.

Fraglos wäre es aus volkswirtschaftlichen Gründen unter Berücksichtigung der besonders vielseitigen und feinnervigen Zechenverbundwirtschaften nützlich, eine Lösung anzustreben, die der Geschlossenheit des Zechenverbundes keinen Abbruch tut. Eine Vielgleisigkeit in den betriebswirtschaftlich-technischen und personellen Dispositionen — und man kann sich oft des Gefühls nicht erwehren, daß oft personelle Dinge vor den wirtschaftlichen Dingen im Vordergrund stehen — würde jedenfalls für beide Teile, sowohl für die Hütten als auch für die Zechen, sowohl für die Stahlindustrie als auch für den Bergbau und endlich für die ganze Wirtschaft nur von Nachteil sein.

Zur Entschädigung der Aktionäre

Obligationen statt Aktien

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat Anfang Oktober einen Vorschlag zur Regelung der Entschädigungen für die durch die Entflechtungsgesetze in der Montanindustrie betroffenen

Aktionäre herausgebracht. Der „Industriekurier“ schreibt hierzu:

Es handele sich um „ein interessantes Gegenstück zu dem von der hessischen Regierung geplanten Entschädigungsverfahren für die in Hessen so-

zialisierten Unternehmungen. Die Absichten des DGB-Vorschlages liegen offen zutage: es soll vor einer Entscheidung des Bundestages über die Eigentumsverhältnisse in den Grundstoffindustrien verhindern, daß den Aktionären der Altgesellschaften Anteilsrechte an den neu entstehenden Kerngesellschaften übertragen werden. ... Man kann jetzt schon sagen, daß (nach einer erfolgten Annahme des Vorschlages) durch ihn eine Machtkonzentration in der Montanindustrie geschaffen wird, gegen die die Altkonzerne unbedeutende Angelegenheiten waren.

Der Vorschlag hat folgenden Wortlaut:

1. Die Entschädigung wird in Obligationen geleistet.
2. Diese Obligationen werden von einer dazu gegründeten Sondervermögensstelle bei der Bank deutscher Länder oder bei der Wiederaufbaubank ausgegeben. Diese Obligationen enthalten eine eigene Verpflichtung der Sondervermögensstelle. Sie sind durch die Aktien der Einheitsgesellschaften gedeckt, welche die Verwaltungstreuhänder verwalten.
3. Diese können die von ihnen verwalteten Aktien in ein Depot bei der Sondervermögensstelle legen mit der Bestimmung, daß die auf den Aktien beruhenden Verwaltungsrechte, vor allem das Stimmrecht, von ihnen selbst wahrgenommen werden.
4. Für den theoretischen Fall, daß die Obligationen fällig werden, erhält die Sondervermögensstelle einen Anspruch auf Aushändigung der Aktien durch die Verwaltungstreuhänder, weil sie die Obligationen mit eigener Verpflichtung zur Rückzahlung bei Fälligkeit ausgegeben hat.
5. Die Sondervermögensstelle ist von allen Steuern befreit, gegebenenfalls über § 10 Körperschaftsteuergesetz.
6. Die Sondervermögensstelle gibt Obligationen im Nominalbetrag von $66\frac{2}{3}$ v. H. des nominellen Grundkapitals aus, das die Verwaltungstreuhänder in Aktien bei ihr hinterlegt haben. Die Gesamtsumme der Obligationen wird so niedrig festgelegt, weil die Möglichkeit besteht, daß das Aktienkapital der Einheitsgesellschaften infolge Überbewertung der eingebrachten Vermögenswerte sich als zu hoch herausstellt.
7. Die Obligationen sind verzinslich. Hierzu müssen die Einheitsgesellschaften an die Sondervermögensstelle zu Lasten ihrer Unkosten eine Obligationszinsabgabe überweisen. Die Einheitsgesellschaften sind verpflichtet, auf Nennbetrag ihres Aktienkapitals 2 v. H. als Obligationszinsabgabe zu leisten. Unter Umständen soll sowohl die Abgabe der Einheitsgesellschaften unter 2 v. H. ermäßigt wie auch auf höchstens $2\frac{1}{3}$ v. H. erhöht werden können.

8. Die Sondervermögensstelle ist berechtigt, aus der Obligationszinsabgabe ihre Verwaltungskosten zu decken. Der Rest muß gleichmäßig auf alle Obligationen der einzelnen Gesellschaften verteilt werden.
9. Die Obligationen werden von der Sondervermögensstelle an die Altgesellschaften im Verhältnis von $66\frac{2}{3}$ v. H. desjenigen Nominalbetrages von Aktien ausgegeben, der der Altgesellschaft auf Grund der Einbringung von Vermögenswerten bei der einzelnen Einheitsgesellschaft zusteht.
10. Grundsätzlich ist der Altgesellschaft freigestellt, die Obligationen an ihre Aktionäre auszugeben. Es wird vorausgesetzt, daß eine Weitergabe erfolgen muß, wenn sich die Altgesellschaft auf Grund des Gesetzes Nr. 27 und 35 in Liquidation befindet. Die Obligationen dürfen veräußert werden.
11. Um durch diesen Vorschlag nicht das Gemeineigentum zu präjudizieren, wird bestimmt, daß
 - a) alle Obligationen im Falle einer Reprivatisierung der Grundstoffindustrien in Aktien der Einheitsgesellschaften umgetauscht werden;
 - b) bei Weitergabe der Obligationen seitens der Altgesellschaften an die Aktionäre die Obligationen gekennzeichnet werden, um festzulegen, von welcher Altgesellschaft sie stammen.
12. Sofern das Parlament die Reprivatisierung der Grundstoffindustrien beschließt, stehen den Obligationeninhabern die Aktien der neuen Gesellschaften auf Grund der oben vorgeschlagenen Bestimmungen in Höhe des 1,5fachen des Obligationsbeitrages zu. Um zu verhüten, daß ein Teil der Obligationäre bei guten Gesellschaften, der andere Teil bei minder ertragreichen beteiligt wird, muß der Gedanke des Risikoausgleichs und der Gefahrengemeinschaft durchdringen, so daß alle Obligationäre nur einen gleichberechtigten Anspruch auf eine Beteiligung am Gesamtstock der Aktien haben. Um sie jedoch aus diesem Gesamtstock zu lösen, soll so vorgegangen werden, daß der Kurswert aller Aktien der Einheitsgesellschaften ermittelt wird und daß der auf diese Weise festgestellte Durchschnittskurs aller Aktien dazu dient, die Aktien zu verteilen. Es kann also geschehen, daß der Aktionär einer wenig rentierlichen neuen Gesellschaft zusätzlich Aktien einer florierenden erhält, während der Obligationär dieser Gesellschaft damit rechnen muß, daß er weniger als das 1,5fache seines Obligationsbetrages an Aktien erlangt.

*

Da wir bei Redaktionsschluß in keiner Zeitung oder Zeitschrift die obenstehenden 12 Punkte erwähnt fanden und keinerlei Presseinformation vorlag, haben wir uns die Richtigkeit des vorliegenden Vorschlages ausdrücklich vom Bundesvorstand des DGB telefonisch bestätigen lassen. Irgendwelche Stellungnahmen oder Kommentierungen liegen nicht vor.

Wir stellten aus

Auf der Erfinder-Messe, die vom „Erfinder-Schutzverband in der Bundesrepublik Deutschland e. V.“ veranstaltet wurde, waren wir mit einem von der Öffentlichkeit sehr stark beachteten Ausstellungsstand vertreten, auf dem wir u. a. unser Breitband, Grob-, Riffel-, Mittel- und Handelseinbleche, Qualitäts- und Elektrobleche, Schweißelektroden, Stacheldraht, Drahtgeflechte, gezogenen Draht und Walzdraht zeigten. Eine sehr harmonische Abtrennung bot unsere Spundwand. Unser Stand war anerkanntermaßen der repräsentativste der ganzen Ausstellung.



WASSER: Seine Bedeutung für ein Hüttenwerk

In verschiedenen Zeitungsnotizen der letzten Zeit und auf großen Veranstaltungen der zuständigen Organisationen wurde auf die Bedeutung einer planvollen Wasserwirtschaft im Bundesgebiet hingewiesen. Von den Sachverständigen wurden Milliardenbeträge gefordert, um eine ausreichende Wasserversorgung für die Bevölkerung und die Industrie sicherzustellen. Es soll uns dies zum Anlaß dienen, einmal auf die Bedeutung des Wassers in unserem Hüttenwerk hinzuweisen.

Man unterscheidet bei unserem Hüttenwerk zwischen Frischwasser und Umlaufwasser. Das Frischwasser wird von den Stadtwerken Dortmund bezogen und bei uns meist „Ruhrwasser“ genannt. Diese Bezeichnung soll deshalb auch in den folgenden Ausführungen beibehalten werden. Das Umlaufwasser nennt man bei uns meist „Werkwasser“. Nach der erstmaligen Verwendung wird das Frischwasser zum Umlaufwasser. Es passiert als solches Klärteiche und wird anschließend mittels Pumpen auf den erforderlichen Betriebsdruck gebracht. Das infolge zu starker Verschmutzung und zu großer Härte nicht mehr verwendbare Wasser fließt als Abwasser in die Abwasserkanäle.

Das Ruhrwasser wird überall dort eingesetzt, wo die höchsten Anforderungen an den Reinheitsgrad des Wassers gestellt werden, z. B. in den Dampfkesselanlagen, oder wo sehr kaltes Wasser benötigt wird, z. B. zur Kühlung von Maschinen.

Das Umlaufwasser dient zur Kühlung der Hochofenwände und Blasformen, zur Kühlung der Türrahmen an SM-Ofen, Stoß- und Schmiedeöfen, zur Kühlung der Lager in Walzwerken, zur Kondensation des Dampfes in Kondensationslagern, zur Gasreinigung usw. Beim Umlaufwasser

unterscheidet man noch einmal zwischen Reinwasserkreisläufen und Schmutzwasserkreisläufen. In den Reinwasserkreisläufen findet bei dem Kühlvorgang praktisch keine Verschmutzung des Umlaufwassers statt. Als Beispiel seien die Kondensationsanlagen und die Gasmaschinenkühlanlagen genannt. Bei den Schmutzwasserkreisläufen ist der Kühlvorgang mit einer starken Verschmutzung des Wassers verbunden, z. B. in den Kühlwasserkreisläufen der Walzwerke und Gasreinigungen.

Eine bestimmte Ruhrwassermenge wird immer gekauft werden müssen, um den Verlust an Umlaufwasser infolge von Verdunstung und die Abführung nicht mehr brauchbaren Umlaufwassers zu decken.

Es beträgt der Ruhrwasserverbrauch der Westfalenhütte:

600 000 cbm je Monat = 850 cbm/Std.
der Bevölkerung der Stadt Dtmld.:

(ohne Gewerbe- u. Industriebetrieb)

2 600 000 cbm je Monat = 3600 cbm/Std.

Die Umlaufwassermenge beträgt auf der Westfalenhütte 14 000 000 cbm je Monat = 20 000 cbm je Stunde.

Der Wert des Ruhrwassers und die aufzuwendenden Kosten für das Umlaufwasser und das Abwasser sind folgende.

Bei einem Preis von 9,6 Pf je cbm kostet das Ruhrwasser 57 000 DM je Monat

Die für das Pumpen und Reinigen des Umlaufwassers aufzuwendenden Kosten betragen 180 000 DM je Monat

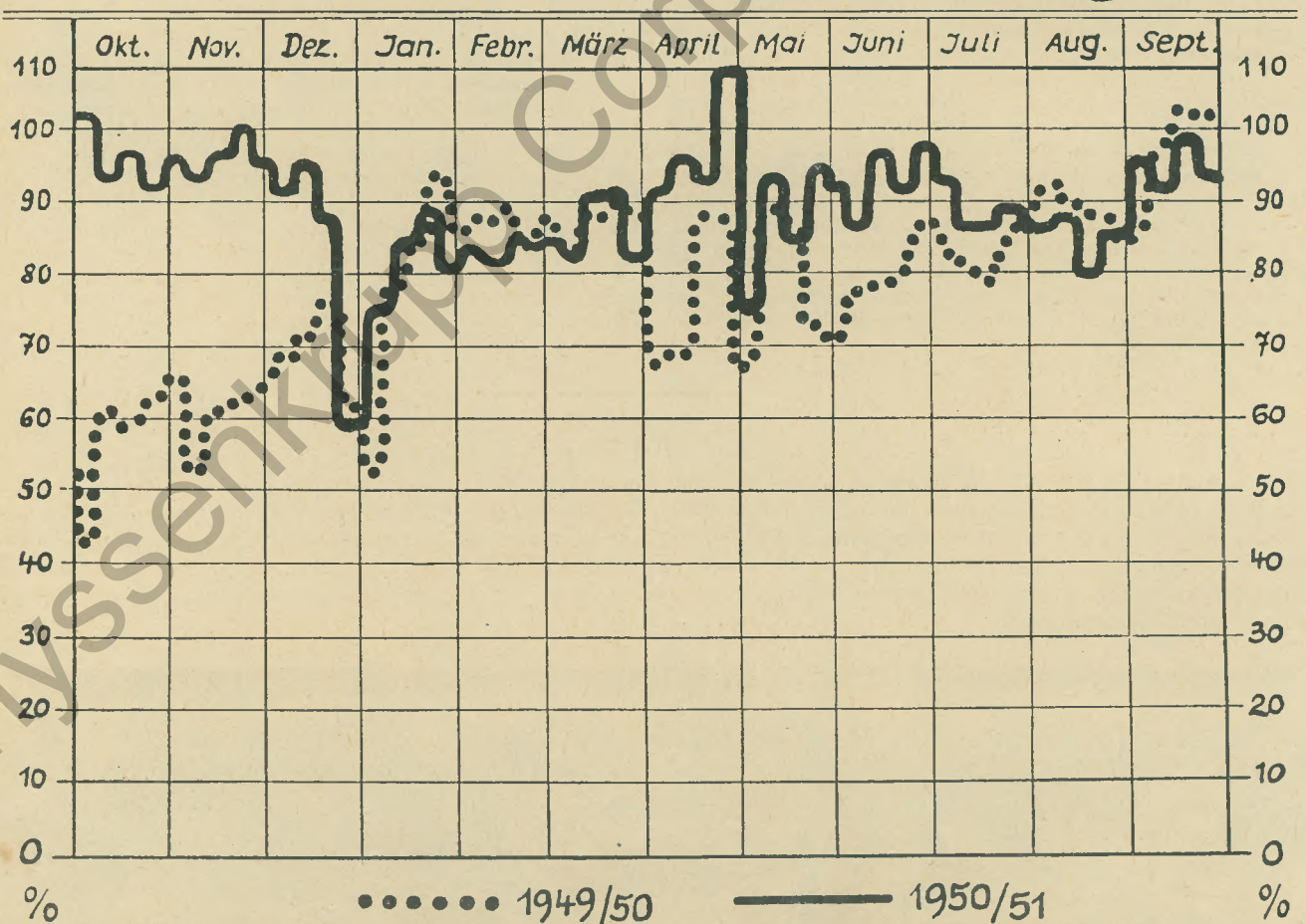
Die Kosten für die Abführung des nicht mehr

verwendbaren Abwassers belaufen sich auf 5 000 DM je Monat

Die Gesamtwasserkosten betragen demnach 242 000 DM je Monat

Die Lenkung und Kontrolle des Verbrauchs des Ruhr- und Umlaufwassers ist eines der Aufgabengebiete der Abteilung

Unsere Rohstahlerzeugung



Obige Darstellung zeigt die Rohstahlerzeugung unseres Werkes in den Geschäftsjahren 1949/50 und 1950/51. Als Meßzahl wurde eine Rohstahlerzeugung von 100 000 t monatlich (= 73 769 t wöchentlich) zugrunde gelegt. Die Kurve zeigt, wie sich unsere tatsächliche Rohstahlerzeugung zu dieser angenommenen Meßzahl prozentual verhält.

Energiewirtschaft. Diese ist in Zusammenarbeit mit den einzelnen Betrieben bestrebt, den Ruhrwasserverbrauch so niedrig wie möglich zu halten. Der Ruhrwasserverbrauch war während des Krieges, vor allem infolge des Einbaus von Kunststofflagern mit hohem Kühlwasserbedarf in den Walzgerüsten fast aller Walzwerke statt der bisher gebräuchlichen Weißmetallager, durch den Mangel an Wasserzählern und



Das Modell der Westfalenhalle

wurde von den Besuchern der Erfindermesse sehr interessiert beachtet. Es war der Mittelpunkt unseres Ausstellungsstandes. Zum Bau der Westfalenhalle hat unser Werk 6000 t Hüttenzement und 1200 t Baustahl geliefert.

durch sonstige kriegsbedingte Umstände erheblich gestiegen. Nach dem Kriege erreichte der Ruhrwasserverbrauch mit 950 000 cbm im Monat wieder den Verbrauch verschiedener Monate der Kriegsjahre, da auch in den ersten Jahren nach dem Kriege eine Kontrolle des Wasserverbrauchs infolge Fehlens brauchbarer Wassermesser noch nicht möglich war.

Etwas aus der Chemie

An der Monatswende hat die Tagung der Gesellschaft deutscher Chemiker in Köln ihren Abschluß gefunden. Wenn rund 2000 Chemiker aus dem Bundesgebiet, aus der Ostzone und aus 16 ausländischen Ländern zusammenkommen, um sich über die neuesten Forschungsergebnisse zu informieren, so mag selbst der Laie, den sie einmal in ihre Retorten schauen lassen, mit Recht auf Sensationen gespannt sein. Und es gab auch einige Überraschungen.

Einer der bemerkenswertesten Vorträge wurde von Dr. H. Kölbel gehalten, der maßgeblich an der Entwicklung des Fischer-Tropsch-Verfahrens beteiligt war. Er sprach über „Synthese von Kohlenwasserstoffen und sauerstoffhaltigen Verbindungen aus Wasser und Kohlenoxyd“.

Benzin aus Wasser?

Wird man nun demnächst Benzin aus Wasser machen können? Nun, aus Wasser direkt wird man auch in Zukunft keinen Treibstoff herstellen können. Kölbel führte hierzu aus, daß, chemisch gesehen, sämtliche bisher entwickelten Verfahren zur Hydrierung des Kohlenoxyds ein gemeinsames Merkmal hätten. Sie alle gingen von Gasgemischen aus, die Kohlenoxyd und Wasserstoff enthielten. Die Kosten eines solchen Gasgemisches betrügen — weitgehend unabhängig von der Art seiner Herstellung — etwa 70 bis 80 Prozent der gesamten Herstellungskosten der Kohlenwasserstoffe bzw. der Benzine, da der Wasserstoff ein verhältnismäßig teurer Ausgangsstoff sei. Es sei nun gelungen, eine neue Synthese zu entwickeln, die völlig neue technische und wirtschaftliche Möglichkeiten eröffne. Die neue Synthese verwendet zur Umwandlung des Kohlenoxyds nicht mehr kostspieligen Wasserstoff, sondern einfaches Wasser. Die Durchführung dieser Synthese sei denkbar einfach. Das Kohlenoxyd oder die kohlenoxydhaltigen Gase würden zunächst bis zu einer bestimmten Grenze mit Wasserdampf gemischt. Dieses Wasserdampf-Kohlenoxyd-Gasgemisch werde anschließend über einen Katalysator geführt, an dem eine vollständige Umsetzung zu Benzin, Paraffin oder anderen Kohlenwasserstoffen

Erst ab Mitte 1950 konnten wieder einwandfrei arbeitende Wasserzähler gekauft und eingebaut werden, was die genaue Feststellung des Wasserverbrauchs aller Betriebe ermöglichte. Durch die Auswechselung einer Reihe von zu engen Umlaufwasserleitungen durch größere Leitungen, dadurch möglichen Ersatz des Ruhrwassers durch Umlaufwasser und durch laufende Kontrolle des Ruhrwasserverbrauchs konnte daraufhin der Ruhrwasserverbrauch erheblich gesenkt werden. Die folgende Aufstellung zeigt den Ruhrwasserverbrauch der größeren Betriebe vor und nach Durchführung der Wassersparungsmaßnahmen.

		vorher	nachher
Hochofen	cbm je Monat	90 000	40 000
Martinwerk	" " "	115 000	65 000
Kaliberwalzwerke	" " "	175 000	30 000
Blechwalzwerke*)	" " "	120 000	85 000
Maschinenbetriebe	" " "	220 000	200 000
Rest	" " "	210 000	180 000
		930 000	600 000

Die Gesamteinsparung beträgt demnach etwa 330 000 cbm je Monat im Werte von 31 000 DM.

Es sei auch an dieser Stelle all denen gedankt, die durch tatkräftige Mithilfe zu diesem Erfolg beigetragen haben. Gleichzeitig mögen alle, die für die sparsame Verwendung des Ruhrwassers verantwortlich sind, weiterhin bestrebt sein, soviel wie möglich Ruhrwasser einzusparen.

Wir sprechen damit vor allem folgende Belegschaftsmitglieder an: die Wasserwärter des Hochofens und des Martinwerkes, die Walzmeister der einzelnen Walzenstraßen, die Maschinenwärter der Gaszentralen und Preßluftherzeugungsanlagen, die Pumpenhauswärter und die für die Instandhaltung der Leitungen Verantwortlichen der Rohrschlosserei.

Inwieweit beim Umlaufwasser noch Ersparnisse zu erzielen sind, kann erst nach Durchführung besonderer Versuche gesagt werden.

fen und Alkohol bei 180 bis 280 Grad sowohl bei normalem als auch bei erhöhtem Druck in einer Stufe vor sich geht. Aus einem Kubikmeter Kohlenoxyd würden Produkte in einer Schwere bis zu 250 Gramm gewonnen. Die technischen und wirtschaftlichen Vorzüge eines solchen Verfahrens seien überaus groß. Als Ausgangsstoff würde praktisch nur noch Kohlenoxyd benötigt, das technisch sehr einfach und billig herzustellen sei. Neben kohlenoxydreichen Gasen könnten auch billigste kohlenoxydhaltige Gase, wie sogenannte Generatorengase und das in der Eisenindustrie anfallende Gichtgas, zur Erzeugung von synthetischem Benzin oder Paraffin verwendet werden, ohne daß der hohe Stickstoffgehalt diese Gase irgendwie störe. Die technologisch-wirtschaftlichen Aspekte der neuen Synthese können als überaus günstig bezeichnet werden.

„Vulkollan“

Nicht weniger bedeutsam sind Entwicklungsarbeiten, die Professor Bayer in den Laboratorien der Leverkusener Farbwerke durchgeführt hat. So neu diese Methoden sind: wir werden sie uns trotzdem vielleicht bald „an den Schuhsohlen ablaufen“. Das „Vulkollan“, ein nach ganz neuen Methoden entwickelter elastischer Kunststoff, eignet sich nämlich u. a. besonders gut auch für die Herstellung von Schuhsohlen.

Bier mit Ultraschall

Kleine „Helle“ werden zwar oft mit erheblichem Geräusch aufwand konsumiert — herstellen aber wird man sie in Zukunft wahrscheinlich mit unhörbarem Ultraschall, und damit wird man noch große Mengen Hopfen sparen. Bei einem neuen Verfahren läßt sich nämlich, wie Professor Specht von den Laboratorien der Schultheiß-Brauerei mitteilte, durch Ultraschall eine um 40 Prozent erhöhte Mehrausnutzung der Hopfen-Bitterstoffe bei der Bierproduktion erzielen. Bei allem dürfte sich nach vorläufigen Schätzungen das kleine „Helle“ um immerhin 2 Pfennig billiger herstellen lassen. Und wir sind ja so bescheiden!

WENN MAN FÜR SEINE MISSERFOLGE ANDERE VERANTWORTLICH
MACHT, SOLL MAN AUCH SEINE ERFOLGE ANDEREN ANRECHNEN

Produktion UND Technik

EISEN- UND STAHLINDUSTRIE DES AUSLANDES

Erweiterungspläne der japanischen Stahlindustrie

Japans größtes Eisen- und Stahlwerk, die „Yawata Company“, plant eine umfassende Modernisierung ihrer Anlagen mit dem Ziele einer höheren Produktion. Sie hat zu diesem Zwecke in den USA eine Kaltwalzstraße im Werte von 2,1 Millionen Dollar erworben.

Brasiliens Stahlgewinnung

In Brasilien betrug die Produktion von Stahl in Stäben in den ersten sieben Monaten 1951 rund 59 000 t je Monat und überstieg damit das Ergebnis im Vergleichszeitraum des Vorjahres um rund sechs Prozent. Im Rekordmonat Mai 1951 wurden in Brasilien 73 600 t erzeugt.

Italiens Stahlproduktion

Die italienische Stahlindustrie wies im Juli 1951 folgende Erzeugung auf:

	Juli 1951	Juli 1950
Rohstahl	275 058 t	206 370 t
Walzwerksprodukte	201 677 t	160 482 t

Erhöhte Stahlerzeugung in Holland

Die „Koninklijke Nederlandsche Hoogovens en Staalfabrieken“ in Ymuiden beabsichtigt, die heutige Stahlgewinnung von jährlich 300 000 t auf 570 000 t zu erhöhen. Um der dringenden Nachfrage nach Feiblechen besser genügen zu können, wurde die „NV Breedband“ gegründet, welche die Herstellung von Weißblech aus Breitband aufnehmen will.

Höhere Produktion der österreichischen Eisenhütten

Die österreichischen Eisenhütten produzierten im Monatsdurchschnitt des I. Halbjahres 1951: 79 676 t Roheisen, 82 546 t Rohstahl, 52 524 t Walzwerkserzeugnisse, 1594 t Stahlformguß und 2225 t Preß- und Hammerwerkserzeugnisse. Die Walzwerksproduktion verteilte sich auf monatlich 2622 t Bandstahl, 1936 t Formstahl, 18 987 t Stabstahl, 9072 t Walzdraht und 17 895 t Bleche.

Luxemburgs Eisen- und Stahlerzeugung

Mit 27 unter Feuer stehenden Hochöfen wurden im Monat August 1951 273 000 t Roheisen erschmolzen. Die Rohstahlerzeugung lag bei 265 288 t und war durch Brennstoff- und Schrottangel gebremst. Die neuen großen Breitbandstraßen für kaltgewalzte Feibleche arbeiten auf breiter Basis.

AUS DER FAHRZEUGINDUSTRIE

Neuer Schnellomnibus

Auf der Ausstellung „Schiene und Straße“ in Essen zeigte ein Oldenburger Unternehmen einen neuen Schnellomnibus, der in Typen für 22 und 36 Fahrgäste gebaut werden soll. Bei Heckantrieb und tiefliegendem Fahrzeug soll der Omnibus bis 105 Stundenkilometer Geschwindigkeit erreichen, wobei man bei jeder Geschwindigkeit noch in Ruhe die Zeitung lesen können soll. Für den neuen Typ sollen bereits Bestellungen aus dem Ausland vorliegen.

Motorrad- und Fahrradindustrie

Nach Mitteilungen des Verbandes der Fahrrad- und Motorradindustrie befinden sich rund 15 Millionen Fahrräder und 1,5 Millionen motorisierte Zweiradfahrzeuge im Verkehr. Im ersten Halbjahr 1951 wurden 733 000 Fahrräder abgesetzt, d. h. 10 Prozent mehr gegenüber dem Vorjahre. Die Gesamtproduktion an Motorrädern einschl. Motorrollern stieg von 83 000 Stück im Jahre 1949 auf 144 250 allein im ersten Halbjahr 1951.

Neuer Motorroller-Typ

Die „Pirol-Fahrzeugfabrik GmbH“ in Dortmund, ein Tochterunternehmen der Dortmundener Brückenbau Jucho GmbH, hat die Erzeugung von Kleinkraftfahrzeugen aufgenommen und produziert heute Motorroller der Marke Pirol. Dieser Typ,

mit 200 ccm Hubraum z. Z. der stärkste deutsche Motorroller und aller ausländischen Fabrikate (125 ccm), ist besonders im gebirgigen Gelände überlegen. Rund 80 Prozent der Gesamtproduktion werden exportiert.

Produktionsumstellung bei Daimler-Benz

In den Werken Untertürkheim und Sindelfingen trat vorerst im September eine Verkürzung der Arbeitszeit um etwa 10 Prozent ein, die durch Teilumstellung der Produktion auf die stark gefragten neuen 6-Zylindertypen und die derzeitige Absatzlage bedingt ist.

ALLGEMEINES

Kurzwellenfunk im Hüttenbetrieb

Die Erhöhung der Stahlproduktion in den letzten Jahrzehnten hat infolge der Ausweitung der Produktionsbetriebe große Anforderungen an die Organisation der Hüttenbetriebe gestellt. Es ergaben sich Notwendigkeiten einer grundlegenden Umstellung, um den Güterumschlag und damit die Auswertung der Transportmittel zu beschleunigen. — Durch eine umsichtige Verkehrsplanung wird eine wesentliche Beschleunigung des Umlaufes und eine größere Beweglichkeit erzielt. — In englischen Hüttenbetrieben hat man durch umfangreiche Untersuchungen Werte für die Anzahl der Lokomotiven je Tonne Erzeugnis sowie die erforderlichen Wartezeiten usw. festgelegt.

Eine wichtige Voraussetzung für die Beschleunigung des Umlaufes war der Einsatz einer leistungsfähigen Nachrichtenübermittlung. Man hat durch Einsatz von feststehenden oder tragbaren Kurzwellensendern eine durchgreifende Lösung des Problems erreicht. Diese Geräte arbeiten auf Wellenlängen von 1 bis 10 Meter und sind einfach genug, um eine Bedienung durch das vorhandene Personal zu ermöglichen. Durch den Einsatz der Geräte konnten die Verlustzeiten der Lokomotiven um 20 Prozent und die für Waggons um 15 Prozent vermindert werden.

Schornstein-Pilze sollen Industriequalm vermindern

Prüfungen haben ergeben, daß durch Verwendung pilzförmiger Aufsätze auf Industrieschornsteine die starke Rauchbelästigung im Industriegebiet fühlbar verringert wird. Die pilzförmigen Aufsätze, wie sie bei Industrieschornsteinen in Duisburg und Oberhausen erprobt wurden, sind aus Stahlbeton und sitzen am oberen Schornsteinrand. Sie sollen mit ihren weit über den Schornsteinrand ragenden Rauchmessern verhindern, daß die Rauchschwaden auf der Sogseite der Schornsteine, wo sich bekanntlich eine Unterdruckzone befindet, heruntergerissen werden. Oft kriecht der Rauch bis zur halben Schornsteinhöhe herunter und verqualmt in den umliegenden Wohnvierteln. Durch die Schornsteinpilze soll der Industriequalm nicht mehr in die Unterdruckzone kommen, sondern direkt in der Höhe der Schornsteinmündung in die Luft abgeführt werden, wodurch man eine bessere Verteilung der Schwaden erreichen will. Die mit der Untersuchung der Verwendbarkeit der Pilze betrauten Fachleute erklären, daß die Verwendung dieser Neuerung eine erhebliche Verbesserung unserer „dicken Luft“ bedeuten wird.

Herstellung von Eisen aus Eisensilikat-Schmelzen von Kupfer-Schmelzöfen

Bedingt durch den Mangel an geeigneten Brennstoffen und elektrischem Strom wurde in Finnland ein neues Verfahren zur Verhüttung der finnischen Kupferkonzentrate entwickelt, die früher nur exportiert wurden. Das Konzentrat und heiße Luft werden im Gleichstrom durch einen vertikalen Schmelzschacht geleitet, worin dann die Reaktionen im Schwebestadium sehr schnell erfolgen. In einem vertikalen Absatzofen werden Stein und Schlacke voneinander getrennt, das Abgas in Repuratoren zur Vorwärmung der Verbrennungsluft verwendet. Die Konzentrate werden so durch ihre eigene Reduktionswärme geschmolzen.

Hierbei entsteht eine Schlacke mit 40 bis 43 Prozent Fe, die als flüssiges Eisenerz angesehen werden kann. Sie wird mit Kalk und Reduktionskohle im Lichtbogenofen verarbeitet, wobei die Reduktion über die Bildung von Kalziumkarbid erfolgt. Die gleichzeitig entstehende Kalkschlacke zerrieselt leicht und kann als Düngemittel verwendet werden. Eine Tonne Rohstahl erfordert bei diesem Verfahren 2200 kWh, 1,2 Tonnen Kalk und 0,3 bis 0,35 Tonnen Reduktionskohle.

Blick IN DIE PRESSE

Endlich Schluß damit!

Wir wollen in unserem Mitteilungsblatt keinen politischen Dingen das Wort reden. Was wir wollen: Kameradschaft aller, Einstehen jedes für jeden, Niederreißen der Trennungswände, die vielleicht noch bestehen. Deshalb veröffentlichen wir an dieser Stelle das Schlußkapitel einer größeren Arbeit, die Willi Eichler, Bundestagsabgeordneter der SPD und Schriftleiter der „Monatsschrift für Recht, Freiheit und Kultur — Geist und Tat, in der Septemberausgabe dieser Zeitschrift, die von der „Europäischen Verlagsanstalt GmbH“ in Hamburg herausgegeben wird, veröffentlichte. Eichler erklärt:

„... von hier aus muß man die Lage der sogenannten Mitläufer, der Inaktiven ansehen, die das Regime geduldet haben und sich seinen Zwangsmaßnahmen fügten. Viele mußten unter dem Eindruck stehen, daß dieses Regime gar nicht so schlecht sein konnte, weil es doch von so vielen Seiten unterstützt und toleriert wurde, die ganz sicherlich mehr Informationen darüber hatten und vor allem viel mehr Macht und größere Unabhängigkeit, sich seinem Einfluß zu entziehen. Es ist verständlich, daß in Deutschland viele glaubten, nicht päpstlicher sein zu müssen als der Papst, und daß sie meinten, auch Frankreich müsse doch etwas an Hitler schätzen, wenn Francois-Poncet einer der beliebtesten Botschafter bei Hitler war. Es wäre ungerecht und verblendet, nicht sehen zu können, daß hier echte Unwissenheit oder echte Machtlosigkeit vorhanden war und zu bestreiten, daß niemand verpflichtet ist, ein Held zu sein. Viele mögen sich gesagt haben: wenn die ganze Welt es zuließ, daß Hitler an die Macht kam und an der Macht blieb, warum sollten gerade sie ihr Leben aufs Spiel setzen, um diesem Spuk ein Ende zu bereiten, den Mächtigen stützten und hofierten, zuletzt sogar der Kreml.

Gewiß war die Haltung der Mitläufer eine politische Schwäche, besonders, weil sie ihr eigenes Los damit besiegelten. Aber auch hier kommen wir auf eine tiefere Schuld derjenigen, die es unterließen (unter Berufung auf formelle Prinzipien einer falsch verstandenen Demokratie), Hitler in Deutschland rechtzeitig unmöglich zu machen, die ihn für seinen Putsch kaum bestraften, ihm ein fideles Gefängnis zur Schreibstube umwandelten, ihn nicht einmal als lästigen Ausländer auswiesen, was mit vielen geschah, die weniger auf dem Kerbholz hatten. Den irrsinnigen Trommler Wahreden halten und Leute wie Goebbels, Heines und dergleichen als Reichstagskandidaten auftreten zu lassen — das alles mußte den Sinn der Bevölkerung für politische Proportionen und moralische Haltung und Ehre zerstören.

Man sollte also nicht über die Mitläufer reden, sondern mit ihnen. Man sollte sich endlich daran gewöhnen, sie als Opfer des Regimes anzusehen, statt als seine Träger. Mit ihnen muß eine Diskussion und eine Verständigung erfolgen, damit sie nicht aus Verärgerung wiederholen, was sie das erstemal aus Unkenntnis taten.

Wir sind stehengeblieben

Unter dieser Überschrift schreibt Jürgen Eick in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“:

Unser augenblickliches Wirtschaftssystem ist weit von dem marktwirtschaftlichen Ideal entfernt; und was schlimmer ist, auch von der möglichen Annäherung an dieses Ideal. Wir konnten allerdings vor einigen Monaten das Ende der Benzinbewirtschaftung erleben, von der sich dann zur allgemeinen Überraschung herausstellte, daß sie überflüssig war. Im übrigen aber sind die großen zwangswirtschaftlichen Blöcke, die der Währungsreform und dem ersten marktwirtschaftlichen Schwung standgehalten haben, nach wie vor unzerschlagen. Die Marktwirtschaft rückt nicht weiter vor, sie ist in die Defensive gedrängt. Bereits gewonnenes Terrain droht wieder verlorenzugehen. Auf folgenden Gebieten wird die Marktwirtschaft durch zwangswirtschaftliche Eingriffe eingeschränkt oder aufgehoben:

1. Konsumbrot, Butter, Vollmilch und Zucker sind preisgebunden. Gleichfalls preisgebunden sind Roggen, Wei-

zen, Saatgetreide, Futter- und Industriegetreide sowie Zuckerrüben.

2. Steinkohle, Steinkohlenkoks, Steinkohlenbriketts, Rohbraunkohle, Braunkohlenkoks und Braunkohlenbriketts einschließlich Pechkohle sind preisgebunden.
3. Elektrizität, Gas und Wasser sind preisgebunden.
4. Eisenerze, Eisen und Stahl bis einschließlich Walzwerkstufe sind preisgebunden. Eine Bewirtschaftung steht bevor.
5. Für Benzin und Dieselmotorkraftstoff ist zwar die Bewirtschaftung aufgehoben, die Höchstpreisvorschriften sind jedoch weiter in Kraft.
6. Künstliche Düngemittel sind preisgebunden.
7. Für Rohholz gelten besondere Richtpreise (sogenannte Wuchergrenzpreise).
8. Für Insulin, Pencillin gelten Höchstpreise.
9. Ebenso für bestimmte Erzeugnisse des orthopädischen Gewerbes.
10. Für den Filmverleih und die Eintrittspreise für Filmtheater gelten Höchstpreise.
11. Für Mieten und Pachten von Grundstücken und Räumen jeder Art gelten Höchstpreisvorschriften.
12. Die Eisenbahntarife im Personen- und Güterverkehr sind Festpreise. Für den Lastkraftwagen-Fernverkehr gilt der Reichskraftwagentarif (RKT) als Festpreis, für den Nahverkehr gilt die Nahverkehrs-Preisordnung als Höchstpreis.
13. Die Arzntaxen gelten als Höchstpreise.
14. Die Entgelte der Ärzte, Zahnärzte, Dentisten, Architekten, Rechtsanwälte und Notare, Wirtschaftsprüfer, Steuerberater und Ingenieure sind in verschiedener Weise gebunden.
15. Der Außenhandel ist in doppelter Weise zwangswirtschaftlich eingeeignet.
16. Der Kapitalzins ist ebenso von Staats wegen gestoppt.

Wie man sieht, ist die Liste der zwangswirtschaftlichen „Inseln“ in unserer Marktwirtschaft erschreckend groß, und es sind auch noch dazu die wichtigsten Märkte, die ein zwangswirtschaftliches Eigenleben führen.

Steigerung der Leistungsfähigkeit

Die Wochenzeitung „Informations Economiques“ (Lausanne, 12. 9. 1951) berichtet von einem Versuch, der gegenwärtig in Frankreich unternommen wird, um auf neuem Wege die Produktivität eines ganzen Wirtschaftszweiges zu steigern. Das Blatt schreibt dazu u. a.:

„Auf Grund von Erfahrungen, die eine Anzahl französischer Fachleute der eisenverarbeitenden Industrie auf einer Studienreise in den USA gesammelt haben, wurde ein Plan entworfen, um die Leistungsfähigkeit der Gießereibetriebe zu erhöhen. In zehn Versuchsbetrieben will man jeweils einen Teil der Beschäftigten, vom leitenden Techniker bis zum einfachen Arbeiter, für einige Wochen unter fortlaufender Besoldung von der gewohnten Tätigkeit befreien, damit sie gemeinsam alle technischen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen des Betriebes studieren und nach neuen, besseren Lösungen suchen. Damit soll vorerst unter der ganzen Belegschaft das gegenseitige Vertrauensverhältnis gestärkt werden. In dieser günstigen Ausgangslage soll der nächste wichtige Schritt unternommen werden, die Einsetzung eines für den ganzen Betrieb zuständigen und allein verantwortlichen Leiters. Er hat sich über die Zusammenhänge und Voraussetzungen einer Produktionserhöhung zu informieren und trifft alle ihm für die Erfüllung seiner Aufgabe wichtig scheinenden Anordnungen. Während eines ganzen Jahres soll er volle Ellenbogenfreiheit genießen und über die notwendigen Kredite verfügen können. Die auf eine solche — mehr oder weniger diktatorische — Art erreichten praktischen Ergebnisse werden unter den zehn Versuchsbetrieben in einem regelmäßigen Erfahrungsaustausch verwertet und später auch allen anderen Unternehmungen der Branche zugänglich gemacht. Daß es an Verständnis von Seiten der Arbeiterschaft nicht mangelt, zeigt die Unterstützung des Vorhabens durch die christlichen Gewerkschaften, die „Force ouvrière“ und die Gewerkschaft der leitenden Angestellten.“

Rechte und Pflichten in der Familie

Bis zum 31. März 1953 muß im Bundesgebiet — das bestimmt die Verfassung — ein neues Familienrecht geschaffen werden, das das jetzt geltende Recht mit seinem Primat des Mannes in Ehe und Familie ersetzen soll. Der erste Teil einer Denkschrift über die Anpassung des geltenden Familienrechts an den Grundsatz der Gleichberechtigung von Mann und Frau, die das Bundesjustizministerium hat ausarbeiten lassen, wurde vor kurzem veröffentlicht. Er ist von einer Frau, der Oberlandesgerichtsrätin Dr. Hagemeyer, verfaßt, die durch ihre jetzige Berufsarbeit mit der Problematik des jetzigen und künftigen Familien- und Eherechts vertraut ist. Dieser erste Teil wird so geordnet werden, daß die Gleichberechtigung der Ehegatten erreicht wird und auch in Konfliktfällen gesichert bleibt. Das Kernstück der Reform bildet hierbei der Paragraph 1354 des Bürgerlichen Gesetzbuches. In seiner alten Fassung überträgt er dem Mann in allen ehelichen Angelegenheiten die Entscheidungsbefugnis, und über die Notwendigkeit, diese Bestimmung zu ändern, besteht doch wohl überall Einigkeit. Über das „Wie“ gehen jedoch die Meinungen auseinander. Ausgehend davon, daß die Bonner Verfassung jede Differenzierung der Geschlechter verbietet, lehnt es Frau Dr. Hagemeyer konsequent ab, daß dem Mann in der Ehe bei Meinungsverschiedenheiten irgendein Übergewicht gegeben wird. Daher sollen alle Angelegenheiten, die das gemeinschaftliche Leben der Ehegatten betreffen, von ihnen gemeinsam entschieden werden. Das gilt insbesondere auch für die Bestimmung von Wohnort und Wohnsitz. Die Gleichberechtigung der Frau besteht zwangsläufig auch in der Gleichheit der Pflichten, so daß in Zukunft Mann und Frau gleichmäßig zum gemeinsamen Unterhalt beizutragen haben sollen. Hierbei soll aber der Frau das Recht zustehen, ihren Unterhaltsbeitrag durch die Übernahme der Hausarbeit zu leisten.

Sie sollten nicht soviel schimpfen . . .

Daß die Kinder die Welt ganz anders ansehen als die Erwachsenen, ist jedem bekannt. Nur leider vergessen die Erwachsenen das zum Leidwesen der Kinder sehr oft. Wie sollen sich die Kinder aber behaupten? Wie sich ihre Kinderwelt bewahren? Mit Trotz oder Frechheit? Wenn sie es könnten, würden sie uns Erwachsene gern ein wenig umerziehen, denn sie möchten uns oft ganz anders haben, als wir sind, ebenso wie wir sie uns anders wünschen. Die nachstehenden Kinderaufsätze, die Herr Dr. Th. Dietrich der Allgemeinen Deutschen Lehrer-Korrespondenz zur Verfügung stellte, zeigen, daß die Kinder sich so ihre Gedanken machen über ihre Erzieher. Und diese Gedanken sollten diejenigen, die es angeht, ein wenig nachdenklich stimmen. In den Aufsätzen heißt es:

„Die Erwachsenen sollten nicht alles so tragisch nehmen. Sie verderben uns das ganze Leben. Sie schimpfen über alles. Aber wenn man ihnen einmal richtig die Meinung sagen will, dann kümmern sie sich überhaupt nicht um einen. Wenn sie etwas tun, zum Beispiel einen Löffel Suppe verschütten oder fluchen, dann ist es nicht so wichtig. Wenn wir es aber tun, dann kriegen wir einen Anschauzer, nachher ein Tracht Prügel und am Sonntag keine Roulade. Scheinheilig sind manche Erwachsene. Wenn wir sie grüßen, sind wir Luft für sie, tun wir es aber nicht, so sind wir unhöfliche Bengel. Wenn wir uns nicht benehmen können, haben wir es von ihnen, aber das wissen sie nicht.“

„Die Erwachsenen sollten daran denken, daß sie auch einmal Kinder waren. Die Erwachsenen sind manchmal schlimmer als die Kinder, und dann sollten sie daran denken, daß die Kinder die Welt eben ganz anders ansehen als sie. Was wir Kinder als Streiche jetzt machen, haben die Erwachsenen als Kinder ebenso getrieben. Die Mütter sollten sich nicht in jeden Dreck, den die Kinder untereinander ausfechten, einmischen. Andere wieder sollten sich um ihre eigenen Angelegenheiten kümmern und nicht um die unseren. Die Erwachsenen sind oft sehr hochnäsiger. Sie sollten nicht soviel schimpfen.“

Jungfern unter der Lupe

Über die Ursache, weshalb bestimmte Mädchen dazu verurteilt sind, ihren Lebensabend als alte Jungfern zu beschließen, stellte Dr. K. H. Moore, Professor für Psychologie an der Universität Arkansas, sehr aufschlußreiche Untersuchungen an. Dabei stellte er fest, daß die häufig angeführten Gründe, wie zu große Körperfülle, Saloppheit oder schlechter Geschmack in der Kleidung, die Männer nicht davon abhalten, einem Mädchen einen Heiratsantrag zu machen. Besonders erstaunlich ist die Tatsache, daß auch ausgesprochen dumme Mädchen verhältnismäßig leicht geheiratet werden.

Als Hauptursache für das Unverehelichtbleiben der Mädchen entdeckte der amerikanische Psychologie-Professor: Frigidität, Angst vor dem „stärkeren Geschlecht“, Unselbständigkeit und zu große Wählerischkeit. Dieser letzte Grund führt immer dann zu alten Jungfern, wenn die Mädchen Männer, die sich ihnen zu nähern wünschen, mit Film-Idolen vergleichen und dabei selbst vergessen, daß auch sie keine Diven sind.

Frauen haben es gern . . .

... wenn ihr Mann, auch wenn die Flitterwochen längst vorbei sind, manchmal sagt: „Obgleich ich hin und wieder ein großer Brummbar zu sein scheine, im Grunde bin ich doch recht glücklich, daß ich dich habe. Ich kann mir ein Leben ohne dich gar nicht vorstellen. Hast du mich auch noch lieb?“

... wenn der Ehemann einmal bekennt: „Weißt du, als ich heute nachmittag alle deine Freundinnen ansah, fand ich, daß du doch immer noch die Frau bist, die mir am besten gefällt.“

... wenn der Göttergatte ab und zu bemerkt: „So gut wie zu Hause schmeckt mir das Essen nirgendwo.“

... wenn der Mann, obgleich „sie“ weiß, daß „er“ kein Geld dafür hat, einmal erklärt: „Ich möchte dir so gern einen Pelzmantel kaufen, ich möchte dir überhaupt viel Schönes schenken, alle deine Wünsche erfüllen, aber — leider — kann ich es nicht. Vielleicht wird es ja bald einmal anders werden.“

... wenn der Gatte es hin und wieder selbst bemerkt, daß „sie“ müde oder abgespannt oder traurig ist und sie dann ein wenig verwöhnt und sich um sie sorgt.

Zum Nachdenken

Zwei Arten von Menschen gibt es, aus denen nie etwas wird: diejenigen, die nie tun, was man ihnen sagt, und diejenigen, die nichts weiter tun, als was man ihnen sagt.

*

Es gibt kaum etwas Schwierigeres, als einer Frau klarzumachen, daß auch ein Gelegenheitskauf Geld kostet.

*

Rat für eine angehende Mutter, wie man Kinder erzieht: „Das ist ganz einfach: Du mußt dir nur einreden, es sei das Kind einer anderen; denn wie fremde Kinder erzogen werden müssen, das weiß doch jeder.“

*

Man möchte manchmal gern wissen, wo die Mütter alles das gelernt haben, was sie ihren Töchtern verbieten.

*

Es ist so einfach, nett zu sein. Ich verstehe nicht, weshalb sich viele Frauen die große Mühe machen, etwas anderes zu sein.

*

Ein Kind ist drei Jahre eher erwachsen, als die Eltern glauben; es ist drei Jahre später erwachsen, als es selbst glaubt.

Es kann vorkommen . . .

daß man seine eigene Meinung und Haltung ganz gewaltig überschätzt, daß man bescheidenerweise nach dem bekannten Motto urteilt: „Es gibt zwei Meinungen, meine und die andere — die andere ist falsch!“ Das tritt immer dort und dann ein, wenn man sich distanziert und damit isoliert, wenn man „über den Dingen schwebt“ oder zu schweben sich einbildet. Das gilt für alles: für das Allgemein-Menschliche wie für das Betriebliche, Wirtschaftliche, Politische.

Das gilt auch, wenn der einzelne sich selbst zu schwach fühlt und deshalb freiweg „ich = alle“ setzt. Das gilt, wenn einzelne — ohne Auftrag und Legitimation — sagen: „Wir Hüttenleute, wir von der Westfalenhütte...“, wenn ehemalige Generäle erklären: „Wir Frontsoldaten...“, wenn der einzelne Politiker oder Wirtschaftler behauptet: „Wir, das deutsche Volk...“

Man soll ruhig darüber sprechen. Es geht ja jeden von uns an! Beispiele schrecken! Es ist z. B. nicht gerade ein gutes Zeichen für die geistig-politische Entwicklung Westdeutschlands, wenn man immer wieder feststellen muß, wie sehr gewisse Kreise bemüht sind, Vergangenes zu restaurieren, obschon die Mehrheit des Volkes von einer solchen Restaurierung gar nichts wissen will. Und das trifft leider auf allzu vielen Gebieten zu.

Da hat z. B. das unabhängige „Schwäbische Tageblatt“ in einer Umfrage unter seinen Lesern festgestellt: daß ganze 90,1 Prozent der Befragten — man traut seinen Augen kaum: ganze 90,1 Prozent! — die Frage verneinten, ob es mit dem Gedankengut einer Demokratie vereinbar sei, daß der Staat Titel oder Orden verleihe. 81,9 Prozent wandten sich auch gegen die Verleihung von Verdienstauszeichnungen. (Wesdeutschland hat bekanntlich kürzlich einen Orden in drei Klassen gestiftet — in Ostdeutschland bestehen Orden und Titel und Auszeichnungen seit geraumer Zeit in rauen Mengen.) Noch interessanter vielleicht ist die Antwort auf die Frage: „Sollten nach Ihrer Ansicht die reinen Tapferkeitsauszeichnungen der Weltkriege (letztere ohne Hakenkreuz) wieder zum Tragen freigegeben werden?“ Insgesamt haben 62,2 Prozent der Befragten mit Nein geantwortet, und sogar von den ehemaligen Kriegsteilnehmern waren 61,6 Prozent dagegen. Aber in Bonn macht man sich große Sorge, ob und wie...

Wir alle — und nur ein Phantast oder Schaumschläger kann etwas anderes behaupten, und da gibt es keine Stammes- und Ländergrenzen! —, wir alle arbeiten, um zu

leben; keiner will oder wird ohne Entgelt arbeiten wollen. So ist es erschütternd — und man soll hier zwischen den Zeilen zu lesen verstehen —, wenn man in der „Leipziger Volkszeitung“ (Nr. 195 vom 21. 8. 1851) liest:

„Erkannt hatten es viele. Das neue Werk ‚Abus-Förderanlagen‘, das auf dem früheren Hasag-Gelände gebaut wird, ist unser Werk. Wir Leipziger müssen alles tun, um den Bau dieses Werkes voranzutreiben. Fast alle Betriebe verpflichteten sich am Anfang des Jahres, durch freiwillige Arbeitsstunden mitzuhelfen.“

Die Lehrwerkstatt der Großbuchbinderei erfüllte diese Verpflichtung. Jeden Sonnabend haben 40 Belegschaftsangehörige auf dem Gelände der Abus gearbeitet. Das Postamt N 18 hat außer dem laufenden Einsatz auf dem Abus-Gelände noch über tausend Stunden im Ernteeinsatz und bei der Kartoffelkäfersuchaktion geholfen.

Während diese und noch andere Betriebe sich ständig einsetzten, verkennt ein großer Teil die Wichtigkeit der freiwilligen Aufbaueinsätze (!). Wie könnte es sonst vorkommen, daß zum Beispiel der BGL-Vorsitzende des VEB-Elektro-Stahlgußwerkes erklärt, die Belegschaft kann wegen Arbeitsüberlastung keine Einsätze leisten (!).

Sollen die eingegangenen Verpflichtungen nur auf dem Papier stehen?“

Oder etwas anderes: Eine der führenden Personen Bonns, die offenbar der Gefahr eines Abgleitens ins „Restaurative“, besonders stark angesetzt ist, ist Bundesinnenminister Lehr. Jedenfalls hat Innenminister Lehr sich in einem Schreiben an die Innenminister der Länder kürzlich darüber beklagt, daß die Dienstflaggen an den Dienstwagen von den Polizeibeamten nicht begrüßt würden — die Flaggen, wohlverstanden! — und er dankbar wäre, und jetzt kommt es wörtlich: „...wenn die Polizeibeamten angewiesen würden, den Dienstflaggen an den Dienstwagen des Herrn Bundespräsidenten und der Bundesbehörden durch Grußerweisung die erforderliche Ehrerbietung entgegenzubringen.“ Das Land Rheinland-Pfalz hat kurz, knapp und trefflich darauf geantwortet: „Bei uns wird nicht die Dienstflagge, sondern die im Wagen sitzende Persönlichkeit begrüßt.“ Einige Zeitungen haben die Anordnung des Herrn Innenministers, der so besorgt ist um die Ehre seines Autofähnchens, mit nicht sehr ehrerbietigen Glossen versehen... Nein, was nicht alles vorkommen kann! Und: Was haben wir Sorgen!

Mehrbesteuerung bei Sonntagsarbeit

Seit April 1949 war der in Mehr- und Sonntagsarbeit erzielte Lohn steuerbegünstigt, und zwar insofern, als er nur mit 5 Prozent zu versteuern war. Die Lohnsteuer konnte jedoch auch vom Gesamtverdienst erhoben werden, wenn diese Berechnung für den einzelnen Arbeitnehmer — z. B. bei größerer Kinderzahl — vorteilhafter war. Die Lohnzuschläge für Mehr- und Sonntagsarbeit waren außerdem bereits seit November 1940 mit einer Unterbrechung von 1946/47 gänzlich steuerfrei.

Auf Grund eines vom Bundestag verabschiedeten Gesetzes wurde mit Wirkung ab 1. Juli 1951 die Steuerbegünstigung für den in Mehr- und Sonntagsarbeit erzielten Lohn wieder-

aufgehoben; die Steuerfreiheit der Zuschläge für Mehr- und Sonntagsarbeit blieben dagegen bestehen. Vorstand und Betriebsvertretung haben bereits vor geraumer Zeit bei der Wirtschaftsvereinigung Stahl und Eisen und beim DGB Vorstellungen dahingehend erhoben, daß in geeigneter Form auf die Bundesregierung bzw. den Bundestag hinsichtlich Aufhebung bzw. Abänderung des Gesetzes eingewirkt werden möge.

Wir geben untenstehend eine Übersicht über den Mehranfall an Lohnsteuer für geleistete Sonntagsstunden durch Wegfall der Steuerbegünstigung des Mehrarbeitslohnes. Wir haben vier Beispiele herausgegriffen. Die Ergebnisse zeigen,

daß der — selbst im ungünstigsten Fall — nach Abzug der jetzigen Lohnsteuersätze verbleibende Sonntags-Nettoverdienst durchaus so beachtlich ist, daß auch vom Standpunkt des Arbeitenden aus gesehen die Sonntagsarbeit noch einen Sinn hat.

Grundsätzlich soll und wird in unserem Werk sowohl Mehr- als auch insbesondere Sonntagsarbeit nur in dem betrieblich

unumgänglich notwendigen und gesetzlich zulässigen Umfang geleistet werden. Der Umfang dieser Arbeiten und ihre Notwendigkeit wird vom Vorstand und vom Betriebsrat laufend überwacht. Wir freuen uns, in diesem Zusammenhang feststellen zu können, daß unsere Belegschaft bisher durch ihre treue Arbeit bewiesen hat, daß sie betrieblich gegebenen Notwendigkeiten Rechnung trägt.

Übersicht über den Mehranfall an Lohnsteuer für geleistete Sonntagsschichten durch Wegfall der Steuerbegünstigung des Mehrarbeitslohnes ab 1. Juli 1951

				Für geleistete Sonntagsschichten zu entrichtende Steuerbeträge			
					ledig	verh. o. Kinder	verh. m. 2 Kindern
					Lohn- u. Kirch.-St. DM	Lohn- u. Kirch.-St. DM	Lohn- u. Kirch.-St. DM
1. Schmelzer Hochofen-Betrieb							
für 26 Werktagsschichten			405,60	bisher	0,78	0,78	0,78
für 1 Sonntagsschicht (Normallohn)	DM 15,60			ab 1. Juli 1951	4,62	3,85	3,03
Zuschlag	DM 7,80		23,40	mithin mehr zu entrichten	3,84	3,07	2,25
Gesamtverdienst			429,00	bisher	1,56	1,56	1,56
für 2 Sonntagsschichten (Normallohn)	DM 31,20			ab 1. Juli 1951	9,18	5,01	3,96
Zuschläge	DM 15,60		46,80	mithin mehr zu entrichten	7,62	3,45	2,40
Gesamtverdienst			452,40	bisher	2,34	2,34	2,34
für 3 Sonntagsschichten (Normallohn)	DM 46,80			ab 1. Juli 1951	12,65	11,88	9,46
Zuschläge	DM 23,40		70,20	mithin mehr zu entrichten	10,31	9,54	7,12
Gesamtverdienst			475,80				
1. Konvertermann Thomasstahlwerk							
für 26 Werktagsschichten			468,00	bisher	0,90	0,90	0,90
für 1 Sonntagsschicht (Normallohn)	DM 18,00			ab 1. Juli 1951	6,88	5,67	4,57
Zuschlag	DM 9,00		27,00	mithin mehr zu entrichten	5,98	4,77	3,67
Gesamtverdienst			495,00	bisher	1,80	1,80	1,80
für 2 Sonntagsschichten (Normallohn)	DM 36,00			ab 1. Juli 1951	12,38	10,23	8,25
Zuschläge	DM 18,00		54,00	mithin mehr zu entrichten	10,58	8,43	6,45
Gesamtverdienst			522,00	bisher	2,70	2,70	2,70
für 3 Sonntagsschichten (Normallohn)	DM 54,00			ab 1. Juli 1951	17,88	15,13	12,10
Zuschläge	DM 27,00		81,00	mithin mehr zu entrichten	15,18	12,43	9,40
Gesamtverdienst			549,00				
Betriebsschlosser							
für 26 Werktagsschichten			374,40	bisher	0,72	0,72	0,72
für 1 Sonntagsschicht (Normallohn)	DM 14,40			ab 1. Juli 1951	3,41	2,75	1,98
Zuschlag	DM 7,20		21,60	mithin mehr zu entrichten	2,69	2,03	1,26
Gesamtverdienst			396,00	bisher	1,44	1,44	1,44
für 2 Sonntagsschichten (Normallohn)	DM 9,92			ab 1. Juli 1951	7,98	6,44	4,73
Zuschläge	DM 14,40		43,20	mithin mehr zu entrichten	6,54	5,00	3,29
Gesamtverdienst			417,60	bisher	2,16	2,16	2,16
für 3 Sonntagsschichten (Normallohn)	DM 43,20			ab 1. Juli 1951	11,50	9,19	6,88
Zuschläge	DM 21,60		64,80	mithin mehr zu entrichten	9,34	7,03	4,72
Gesamtverdienst			439,20				
Waschraumwärter							
für 26 Werktagsschichten			257,92	bisher	0,49	0,49	0,49
für 1 Sonntagsschicht (Normallohn)	DM 9,92			ab 1. Juli 1951	1,38	1,38	0,94
Zuschlag	DM 4,96		14,88	mithin mehr zu entrichten	0,89	0,89	0,45
Gesamtverdienst			272,80	bisher	0,99	0,99	0,99
für 2 Sonntagsschichten (Normallohn)	DM 19,84			ab 1. Juli 1951	4,13	3,36	1,82
Zuschläge	DM 9,92		29,76	mithin mehr zu entrichten	3,14	2,37	0,83
Gesamtverdienst			287,68	bisher	1,49	1,49	1,49
für 3 Sonntagsschichten (Normallohn)	DM 29,76			ab 1. Juli 1951	5,94	4,73	2,31
Zuschläge	DM 14,88		44,64	mithin mehr zu entrichten	4,45	3,24	0,82
Gesamtverdienst			302,56				

Briele, Wolfgang van der: Westfälische Malerei. Von den Anfängen bis auf Aldegrevier. (1926). 146 S.	178 Kc	1
Cristoffel, Ulrich: Augsburg. (1927). 182 S. 114 Abb.	176 Kc	21
Demmler, Theodor: Deutsche Ritterdenkmäler in Römheld. o. J. 32 S.	53 Kc	12
Doering, Oskar: Goslar und Hildesheim. (1926). 247 S. 167 Abb.	176 Kc	20
Fischer, Josef Ludwig: Ulm. (1912). 192 S. 130 Abb.	176 Kc	12
Fuchs, Eduard u. P. Heiland: Die deutsche Fayencekultur. 150 der schönsten deutschen Fayencen. o. J. 173 S. 104 Tafeln.	179 Kc	1
Haupt, Albrecht: Lissabon und Cintra. (1913). 150 S. 108 Abbildungen.	176 Kc	16
Hildebrandt, Hans: Regensburg. (1910). 267 S. 197 Abb.	176 Kc	10
Hürlimann, Martin: Gotische Kathedralen in Frankreich. Cop. 1951. 195, 23 S.	102 Kc	1
Hymans, Henri: Brüssel. (1910). 218 S. 120 Abb.	176 Kc	8
Kaltwasser, Karl: Der Kefermarkter Altar. o. J. 48 S.	53 Kc	11
Kawa, Elisabeth: Hände. (1949). 76 S.	177 Kc	1
Kühn, Fritz: Geschmiedetes Eisen. (1950). 120 S.	175 Kc	1
Lauterbach, A.: Warschau. (1918). 199 S. 146 Abb.	176 Kc	19
Leitschuh, Fr. Friedrich: Bamberg. (1914). 314 S. 150 Abb.	176 Kc	17
Mayer, August L.: Toledo. (1910). 167 S. 118 Abb.	176 Kc	9
Neumann, Wilhelm: Riga und Reval. (1908). 164 S. 121 Abbildungen.	176 Kc	2
Noack, Werner: Der Breisacher Altar. o. J. 47 S.	53 Kc	8
Pagenstecher, Rudolf: Apulien. (1914). 199 S. 136 Abb.	176 Kc	18
Petersen, Eugen: Athen. (1908). 255 S. 122 Abb.	176 Kc	1
Osborn, Max: Berlin. (1926). 346 S. 158 Abb.	176 Kc	3
Phaidon: Chinesische Malerei. Cop. 1948. 31 S. 224 Abb.	138 Kc	6
Pinder, Wilhelm: Holbein der Jüngere und das Ende der altdeutschen Kunst. Cop. 1951.	39 Kc	7
Pinder, Wilhelm: Georg Kolbe. Werke der letzten Jahre. Mit Betrachtungen über Kolbes Plastik. Cop. 1937. 84 S.	39 Kc	6
Schaffner, Paul: Gottfried Keller als Maler. Cop. 1942. 214 S.	174 Kc	1
Scharfe, Sigrid: Kirchenräume des deutschen Dorfes. o. J. 48 S.	53 Kc	10
Schleinitz, Otto von: London. (1912). 294 S. 205 Abb.	176 Kc	12
Schleinitz, Otto von: Trier. (1909). 260 S. 201 Abb.	176 Kc	7
Schmid, Wolfgang: Passau. (1912). 200 S. 126 Abb.	176 Kc	15
Schmitz, Hermann: Münster. (1911). 234 S. 144 Abb.	176 Kc	11
Schöne, Wolfgang: Die großen Meister der niederländischen Malerei des 15. Jahrhunderts. Hubert van Eyck bis Quentin Massys. o. J. 100 S.	104 Kc	1
Schumann, Paul: Dresden. (1922). 300 S. 201 Abb.	176 Kc	5
Schwarz, Karl: Das graphische Werk von Lovis Corinth. (1922). 299 S.	180 Kc	1
Stepanow, Giovanni: Rubens. Cop. 1950. 106, 176 S.	183 Kc	1
Teupser, Werner: Rothenburg, Dinkelsbühl, Nördlingen. (1928). 236 S. 121 Abb.	176 Kc	22
Überwasser, Walter: Handzeichnungen europäischer Meister des 15. bis 18. Jahrhunderts aus der Albertina. Cop. 1948.	186 Kc	1
Völkers, Otto: Wohnraum und Hausrat. Eine Fibel. Cop. 1949. 135 S.	7 Kc	2

Liste Nr. 7

Unsere neuen Bücher

Oktober 1951

Romane und Erzählungen

Alarcon, Pedro Antonio Don de: Die Werbung des Richters. Cop. 1950. 145 S.	30 Ua	2
Ammers-Küller, Jo van: Elzelina. Die Reiterin der Grande Armée. Cop. 1940. 499 S.	9 Ua	10
Angern, Marianne von: Die ganz großen Torheiten. Roman. Cop. 1951. 545 S.	48 Ua	1
Attenberger, Toni: Der lachende Pudel und andere Geschichten um Tiere und Menschen. (1948). 209 S.	38 Ua	1
Aveline, Claude: Herbst der Leidenschaft. Roman. 1950. 498 S.	49 Ua	1
Balchin, Miguel: Abteilung II c. Roman. Cop. 1947. 319 S.	201 Ub	1
Balzac, Honoré de: Verlorene Illusionen. 2 Bde.	144 Ub	7—8
Balzac, Honoré de: Volksvertreter. o. J. 499 S.	144 Ub	6
Bell, Neil: Der Gaukler. Roman. (1951). 500 S.	205 Ub	1
Benjamin, Walter: Berliner Kindheit um Neunzehnhundert. 1950. 179 S.	209 Ub	1
Benson, Robert Hugh: Gespenstergeschichten. Cop. 1921. 211. S.	207 Ub	1
Bjerna, Ulla: Ruf der Wüste. Wagnis und Schicksal einer Frau. o. J. 351 S.	204 Ub	1
Boehm, Albert: Das Jahr bei den Unterirdischen. Fahrten, Träume und Schwänke unter und über Tage. 1951. 288 S.	208 Ub	1
Borchers, Erich: Monsieur Jean. Die Geheimmission eines Deutschen. Cop. 1951. 219 S.	189 Ub	2
Braeker, Uli: Das Leben und die Abenteuer des armen Mannes in Tockenburg. 1910. 224 S.	206 Ub	1
Bremer, Hans Georg: Das ehrsame Sodom. Roman. Cop. 1950. 437 S.	202 Ub	1
Brögger, Waldemar: Der Mann mit den sieben Leben. o. J. 348 S.	203 Ub	1
Buck, Pearl S.: Die Frau des Missionars. Roman. 1951. 334 S.	79 Ub	9
Buck, Pearl S.: Peony. Roman. (1950). 308 S.	79 Ub	10
Bye, Frithjof: Friedlose Fahrt. Roman. o. J. 347 S.	193 Ub	2
Canning, Victor: Der goldene Salamander. (1951). 323 S.	60 Uc	1
Caskel, Eva: Vergänglicher Lorbeer. Roman. Cop. 1951. 365 S.	61 Uc	1
Chase, Ilka: Schlaflose Nächte. Roman. Cop. 1951. 353 S.	48 Uc	2
Chevallier, Gabriel: Clochemerle. Roman. Cop. 1951. 407 S.	62 Uc	1
Colette: Mitsou. Roman. 1950. 153 S.	43 Uc	4
Colette: La Vagabonde. Renée Néré. Roman. 1951. 304 S.	43 Uc	3
Conrad, Joseph: Der Nigger vom Narzissus. Roman. Gaspar Ruiz. Freya von den sieben Inseln. Zwei Erzählungen. 1951. 322 S.	4 Uc	7
Deeping, Warwick: Flucht in die Freiheit. Roman. Cop. 1942. 371 S.	2 Ud	13
Deeping, Warwick: Kitty. Roman. Cop. 1929. 407 S.	2 Ud	12
Defoe, Daniel: Moll Flanders. Cop. 1950. 332 S.	3 Ud	2

Doderer, Heimito von: Die Strudlhofstiege oder Melzer und die Tiefe der Jahre. Roman. Cop. 1951. 908 S.	65 Ud	1
Du Maurier, Daphne: Gasthaus Jamaika. Roman. (1951). 390 S.	37 Ud	3
Du Maurier, Daphne: Des Königs General. Roman. Cop. 1947. 442 S.	37 Ud	4
Flake, Otto: Als die Städte noch standen. Kleine Prosa. (1949). 276 S.	55 Uf	11
Flake, Otto: Personen und Persönchen. Roman. o. J. 362 S.	55 Uf	10
Fleuron, Svend: Waldkäuze. Ein Geschichtenkranz. 1926. 165 S.	19 Uf	23
Forester, C. S.: Fähnrich zur See Hornblower. Cop. 1950. 318 S.	9 Uf	8
Fritz, Ernst: Anno dazumal. Geschichten aus einer alten Stadt. Cop. 1924. 327 S.	46 Uf	1b
Gauger, Kurt: Herz und Anker. Seemannsgeschichten. o. J. 94 S.	112 Ug	1
Geer, Andrew: Jagd über sieben Meere. Roman. Cop. 1948. 341 S.	111 Ug	1
Goltz, Joachim von der: Junge Freundschaft. Erzählung. (1949). 88 S.	33 Ug	4
Greene, Graham: Jagd im Nebel. Roman. (1951).	98 Ug	6
Greene, Graham: Spiel im Dunkel. Roman. (1950). 310 S.	98 Ug	5
Greinz, Rudolf: Allerseelen. Ein Tiroler Roman. Cop. 1910. 376 S.	20 Ug	8
Hagenbeck, John: Auf der verbotenen Straße nach Lhasa. Abenteuer in Tibet. Cop. 1951. 324 S.	147 Uh	1
Hagenbeck, John: Menschen und Teufel in Ketten. Geheimnisvolle Andamanen-Insel. Cop. 1951. 311 S.	147 Uh	2
Hemingway, Ernest: Haben und Nichthaben. Roman. (1951). 278 S.	106 Uh	5
Herz, Emil: Denk ich an Deutschland in der Nacht. Die Geschichte des Hauses Steg. Cop. 1951. 329 S.	148 Uh	1
Hesse, Max René: Liebe und Lüge. Cop. 1950. 536 S.	103 Uh	7
Hoffmann, Ruth: Die Schlesische Barmherzigkeit. Roman. (1950). 324 S.	109 Uh	2
Holzach, Hans: Der goldene Rahmen. Roman. Cop. 1939. 458 S.	68 Uh	1
Ibañez, Blasco: Blutige Arena. Roman. Cop. 1951.	27 Ui	2
Jegerlehner, Johannes: Bergführer Melchior. Ein Jungfrau-Roman. 1929. 305 S.	43 Ui	1
Jelusich, Mirko: Hannibal. Roman. Cop. 1950. 272 S.	3 Ui	1
Johann, A. E.: Der Mann, der sein Wort gab. Erzählung. 1951. 72 S.	20 Ui	8
Johann, A. E.: Weiße Sonne. Ein Roman aus der Wirklichkeit von heute. 1951. 373 S.	20 Ui	7
Kafka, Franz: Das Schloß. Roman. (1951). 496 S.	132 Uk	2
Klepper, Jochen: Die Flucht der Katharina von Bora oder die klugen und die törichtten Jungfrauen. (1951). 248 S.	45 Uk	4
Klucke, Walter Gottfried: Der Tag vor dem Fest. (1949). 167 S.	101 Uk	2
Knittel, John: Terra Magna. Roman aus Nordafrika. Cop. 1948. 847 S.	12 Uk	10
Laar, Clemens: Das Glück in meiner Faust. Cop. 1951. 463 S.	60 Ui	3
Landgrebe, Erich: Mit dem Ende beginnt es. Roman. 1951. 353 S.	104 Ui	1

Namur vor und nach dem Weltkrieg. (1918) 256 S.	90 Fb	1
Prado, Eduardo Barros: Glückliche Jahre am großen Strom. Ein Amazonasbuch. Cop. 1950. 247 S.	112 Fd	1
Schnabel, Ernst: Interview mit einem Stern. Roman eines Flugs um die Welt. Cop. 1951. 108 S.	104 Fa	1
Tichy, Herbert: Alaska. Ein Paradies des Nordens. Cop. 1951. 276 S.	76 Fd	1
Wedderkop, H. von: Das Buch von Paris. Cop. 1929. 202 S.	89 Fb	1
Wedderkop, H. von: Das Buch von Oberitalien. Cop. 1931.	89 Fb	2

Geschichte und Kulturgeschichte

Bühler, Johannes: Klosterleben im deutschen Mittelalter. (1921). 527 S.	21 Ga	2
Ermatinger, Emil: Deutsche Kultur im Zeitalter der Aufklärung. Cop. 1935. 312 S.	92 Ga	2
Federn, Karl: Richelieu. Cop. 1926. 188 S.	73 Gf	1
Gesemann, Gerhard: Kultur der slawischen Völker. Cop. 1936.	92 Ga	5
Koch, Franz: Deutsche Kultur des Idealismus. Cop. 1935. 340 S.	92 Ga	3
Liebknecht, Karl: Reden und Aufsätze. (1921). 374 S.	45 Ge	1
Mulertt, Werner: Kultur der romanischen Völker. Cop. 1939. 368 S.	92 Ga	4
Naumann, Hans: Deutsche Kultur im Zeitalter des Rittertums. Cop. 1938. 259 S.	92 Ga	1
Prawdin, Michael: Rußland. (1951). 381 S.	11 Gf	3
Schoeps, Hans Joachim: Die Ehre Preußens. (1951). 48 S.	14 Gd	1
Schaafhausen, F. W.: Der Eingang des Christentums in das deutsche Wesen. Bd. 1. Von der Antike bis zum Zeitalter der romanischen Dome. (1929). 235 S.	92 Ga	1
Schaafhausen, F. W.: Der Durchbruch des deutschen Geistes im Mittelalter. Bd. 2. Von der Gotik zur Reformation. Cop. 1931. 254 S.	92 Ga	2

Bildende Kunst

Bähr, Hans Walter: Der Retter der Welt. Christusbildnisse aus zwei Jahrtausenden. Malerei — Dichtung. (1951). 96 S.	171 Kc	2
Bergner, Heinrich: Naumburg und Merseburg. (1926). 227 S.	176 Kc	6
Bernath, Morton H.: New York und Boston. (1912). 178 S. 143 Abb.	176 Kc	13
Binding, Rudolf G.: Vom Leben der Plastik. Inhalt und Schönheit des Werkes von Georg Kolbe. o. J. 95 Abb. 109 S.	181 Kc	1
Bonatz, Paul u. F. Leonhardt: Brücken. (1951). 112 S.	19 Kc	21
Braun-Feldweg, Wilhelm: Metall. Werkformen und Arbeitsweisen. Ein Fachbuch für viele Berufe handwerklicher und industrieller Metallarbeit. Cop. 1950. 279 S.	185 Kc	1

Saebens, Hans u. Hanns Meyer: Schönes Bremen. Was ist — was war. Die Landschaft. o. J. 104 S.	17 Dd	1
Schnettler, Otto: Die Veme. Entstehung, Entwicklung und Untergang der Frei- und heimlichen Gerichte Westfalens. o. J. 133 S.	27 Db	1
Wedderkop, H. von: Das Buch von Köln—Düsseldorf—Bonn. Cop. 1928. 229 S.	26 Dc	1

Politik

Abshagen, Karl Heinz: König, Lords und Gentlemen. (1951). 255 S.	23 Db	1
Bohn, Helmut: Vor den Toren des Lebens. In russischer Kriegsgefangenschaft 1944—1947. (1949). 414 S.	96 Ed	1
Guderian, Heinz: Kann Westeuropa verteidigt werden? Cop. 1950. 85 S.	95 Ed	2
Guderian, Heinz: So geht es nicht. Ein Beitrag zur Frage der Haltung Westdeutschlands. (1951). 90 S.	95 Ed	1
Haushofer, Albrecht: Allgemeine politische Geographie und Geopolitik. (1951). 362 S.	99 Ea	1
Mecking, Ludwig: Japan. Meerbestimmtes Land. (1951). 179 S.	79 Eb	1
Schiffers, Heinrich: Die Sahara und die Syrtenländer. Gegenwart, Vergangenheit und Zukunft der größten Wüste der Erde. (1950). 254 S.	28 Ec	1
Schultze, Joachim H.: Großbritannien und Irland. (1950). 274 S.	78 Eb	1

Fahrten und Forschungen

Beebe, William: Wundersame Küstenfahrt. Bei See-Elefanten, Tölpeln und anderen seltsamen Wesen. (1951). 283 S.	19 Ff	4
Behrmann, Walter: Im Stromgebiet des Sepik. Eine deutsche Forschungsreise in Neuguinea. (1922). 359 S.	36 Ff	1
Detzner, Hermann: Vier Jahre unter Kannibalen. Von 1914 bis zum Waffenstillstand unter deutscher Flagge im unerforschten Innern von Neuguinea. (1921). 341 S.	37 Ff	1
Gorer, Geoffrey: Geheimes Afrika und seine Tänze. Cop. 1950. 286 S.	82 Fc	1
Helbig, Karl: Indonesiens Tropenwelt. (1947). 78 S.	29 Ff	5
Helling, Viktor: Unter Indiens Sonne. Cop. 1920. 237 S.	112 Fe	1
Hoensbroech, Lothar: Jagdtage und Nordlichtnächte. Ein Tagebuch aus Kanada. (1950). 141 S.	115 Fd	1
Joy, Charles R. u. Melvin Arnold: Bei Albert Schweitzer in Afrika. Cop. 1948. 156 S.	76 Fc	1
Kiesling, Hans: Orientfahrt. Zwischen Ageis und Zagros. (1921). 276 S.	115 Fe	1
Kinzl, Hans u. E. Schneider: Cordillera Blanca (Perù). Cop. 1950. 167 S.	114 Fd	1
König, René: Sizilien. Ein Buch von Städten und Höhlen, von Fels und Lava und von der großen Freiheit des Vulkans. Cop. 1950. 285 S.	92 Fb	1
Kornerup, Ebbe: Indien. (1921). 226 S.	114 Fe	1
Mayer, Otto: Zwanzig Jahre an indischen Fürstenhöfen. Indisches und allzu Indisches. (1922). 198 S.	113 Fe	1

Langrenus, Manfred: Reich im Mond. Utopisch-wissenschaftlicher Roman aus naher Zukunft und jahr-millionenferner Vergangenheit. Cop. 1951. 545 S.	105 UI	1
Le Fort, Gertrud von: Das Gericht des Meeres. Erzählung. 1950. 53 S.	21 UI	5
Leip, Hans: Die Klabauterflagge oder Atje Potts erste und höchst merkwürdige große Fahrt. 1950. 80 S.	24 UI	10
Leip, Hans: Das Muschelhorn. Schicksal und Vollendung der Abdenas. Cop. 1940. 532 S.	24 UI	11
Lichnowsky, Mechthilde: Das Rendez-vous im Zoo. Cop. 1951. 86 S.	101 UI	2
Russische Liebesgeschichten. Fünfzehn Meister-novellen. Cop. 1948. 512 S.	97 UI	1
Lübbe, Axel: Der Verwandlungskünstler. 1928. 167 S.	107 UI	1
Lux, Joseph August: Lola Montez. Historischer Roman. Cop. 1912. 263 S.	108 UI	1
Magnan, Pierre: Unverhofftes Morgenrot. Roman. o. J. 381 S.	129 Um	1
Malaparte, Curzio: Kaputt. Roman. 1951. 666 S.	126 Um	2
Mann, Thomas: Der Erwählte. Roman. 1951. 318 S.	72 Um	8
Marker, Chris: Die Untrüglichen. Roman. o. J. 207 S.	130 Um	1
Marshall, Bruce: Das Wunder des Malachias. 1951. 264 S.	128 Um	1
Martet, J.: Das Korallenriff. o. J. 261 S.	132 Um	1
Matheis, Max: Nachbarn. Roman. Cop. 1943. 349 S.	99 Um	1
Maugham, W. Somerset: Silbermond und Kupfermünze. Roman. Cop. 1950. 311 S.	105 Um	2
McNaughton, Mildred: Der Wind sprang nach Süd-osten um. Cop. 1951. 374 S.	127 Um	1
Meyer-Eckhardt, Victor: Madame Sodale. o. J. 438 S.	17 Um	3
Monnier, Thyde: Die Schlucht. Roman. o. J. 206 S.	78 Um	6
Müller-Schlösser, Hans: Jan Krebsereuter. Seine Taten, Fahrten und Meinungen. Cop. 1919. 243 S.	62 Um	2
Nabl, Franz: Die Galgenfrist. (1921). 544 S.	2 Un	8
Niederreuther, Thomas: Die Söhne. Roman. (1951). 332 S.	23 Un	2
Podmaniczky, Tibor von: Herren ihrer Erde. (1951). 316 S.	70 Up	1
Puschkin, A.: Die Hauptmannstochter Novelle. o. J. 156 S.	40 Up	4
Ratzka, Klara: Familie Brake. Roman 1920. 400 S.	113 Ur	1
Rehfishch, Hans J.: Die Hexen von Paris. Roman. Cop. 1951. 622 S.	111 Ur	1
Renker, Gustav: Schicksal in der Nordwand. Ein Berg-Roman. (1951). 280 S.	10 Ur	9
Richards, E. A.: Das tanzende Ich. Roman eines Tänzers. 1950. 659 S.	110 Ur	1
Richter, Hans: Die unter Tage. Roman. Cop. 1929. 232 S.	12 Ur	4
Robbins, Harold: Träume, Frauen und Finanzen. Roman einer Industrie. Cop. 1951. 364 S.	112 Ur	1
Robinson, H. M.: Der Kardinal. Roman. (1950). 860 S.	109 Ur	1
Rose, Felicitas: Heideschulmeister Uwe Karsten. Roman. Cop. 1933. 242 S.	32 Ur	4
Rumpff, Heinrich: Zur frohen Rast. Geschichten aus alten Gasthöfen. (1949). 125 S.	105 Ur	2
Salomon, Ernst von: Der Fragebogen. (1951). 807 S.	118 Us	3
Sanden, Walter von: Am See der Zwerggrohrdommel. o. J. 102 S.	177 Us	4

Sandström, Flora: Der tanzende Gigant. Ein Goya-Roman. (1951). 382 S.	248 Us	1
Sartre, Jean Paul: Der Pfahl im Fleische. (1951). 323 S.	215 Us	5
Schieber, Anna: Lebenshöhe. (1949). 69 S.	249 Us	1
Schnitzler, Arthur: Die Frau des Weisen. Noveletten. (1902). 170 S.	178 Us	2
Schnitzler, Arthur: Frau Bertha Garland. Novelle. (1904). 256 S.	178 Us	3
Schnitzler, Arthur: Sterben. Novelle. (1904). 138 S.	178 Us	4
Seeliger, Ewald Gerhard: Bark Fortuna. Roman. (1951). 264 S.	202 Us	2
Seidel, Heinrich: Der Gartendieb und andere Geschichten. (1946). 95 S.	66 Us	2
Seiler, Richard C.: Das Geld auf der Straße. Roman. o. J. 390 S.	247 Us	1
Seymour, William: Mrs. Hamleys Familie. Roman. o. J. 328 S.	246 Us	1
Spring, Howard: Das Haus in Cornwall. Roman. Cop. 1949. 463 S.	212 Us	3
Steele, Max: Nichts gegen Debby! Roman. Cop. 1950. 326 S.	245 Us	1
Steen, Marguerite: Goldküste im Zwielficht. Roman. Cop. 1950. 801 S.	54 Us	3
Steen, Marguerite: Rose Timson. Roman. (1947). 390 S.	54 Us	4
Stewart, George R.: Sturm. Roman. (1950). 343 S.	244 Us	1
Stifter, Adalbert: Julius. Eine Erzählung. (1950). 92 S.	36 Us	11
Sudermann, Hermann: Es war. Roman. (1896).	44 Us	6
Sudermann, Hermann: Jolanthes Hochzeit. Erzählung.	44 Us	7
Sudermann, Hermann: Im Zwielficht. Zwanglose Geschichten.	44 Us	8
Traven, B.: Die Baumwollpflücker. Roman. Cop. 1950. 277 S.	49 Ut	5
Traven, B.: Die weiße Rose. Roman aus Mexiko. Cop. 1951. 289 S.	49 Ut	6
Trenker, Luis: Duell in den Bergen. (1951). 370 S.	7 Ut	11
Tutein, Peter: Madeleine in Paris. (1950). 294 S.	53 Ut	2
Unamuno, Miguel: Frieden im Krieg. Ein Roman aus dem Carlistenaufstand. o. J. 383 S.	12 Uu	1
Varé, Daniele: Der Ring des Dogen. o. J. 256 S.	28 Uv	5
Verleger, August: Rote Geranien. Erzählungen. (1949). 287 S.	14 Uv	2
Viebig, Klara: Eifelgeschichten. Kinder der Eifel. Vom Müller-Hannes. (1921). 476 S.	38 Uv	1
Viebig, Klara: Töchter der Hekuba. Ein Roman aus unserer Zeit. (1918). 347 S.	38 Uv	2
Voigt-Diederichs, Helene: Sonnenbrot. o. J. 78 S.	9 Uv	7
Waggerl, K. H.: Du und Angela. Fünf Erzählungen. (1950). 76 S.	1 Uw	8
Walschap, Gerard: Jan Houtekiet. Cop. 1941. 227 S.	93 Uw	3
Wells, Evelyn: Der einunddreißigste Stern. Roman. Cop. 1947. 424 S.	114 Uw	1
Wencker-Wildberg, Friedrich: Bernadotte. Soldat — Marshall — König. Der Lebensroman eines Glückskindes der Revolution. Cop. 1935. 328 S.	113 Uw	1
Werfel, Franz: Die Geschwister von Neapel. Roman. (1950). 426 S.	73 Uw	5

Wilder, Thornton: Dem Himmel bin ich auserkoren. Roman. (1951). 270 S.	91 Uw	3
Wolfe, Thomas: Es führt kein Weg zurück. Roman. (1950). 622 S.	71 Uw	2
Wolfe, Thomas: Schau heimwärts, Engel! Eine Geschichte vom begrabenem Leben. (1951). 556 S.	71 Uw	3
Wurmbrand, Irmgard: Kilian und der Hof. Ein Bergbauernroman aus der Obersteiermark. (1950). 205 S.	21 Uw	3

Allgemeine Schriften

Brödner, Erika: Moderne Küchen. o. J. 100 S.	23 Ae	1
Büscher, Gustav: Buch der Wunder. Cop. 1951. 432 S.	34 Aa	1
Deutsch, Hans: Segelflug. Cop. 1951. 78 S.	69 Ab	1
Das deutsche Kind: Bilder und Gedanken. o. J. 48 S.	51 Ac	1
Lützeler, Heinrich u. Marga: Unser Heim. (1950). 269 S.	22 Ae	1
Raab, Reggi: Weiße Bälle. (1951). 82 S.	67 Ab	1
Stüler, Alexander: Photographieren. Schwarzweiß und farbig. T. 1 (1949). 74 S.	52 Ac	1
Taut, Bruno: Bauen. Der neue Wohnbau. Cop. 1927. 75 S.	17 Ae	2
Widmann, Walter: Besser und besser photographieren. T. 2 (1951). 98 S.	13 Ac	2
Widmann, Walter: Das Rucksackbuch für Fahrt und Lager. (1951). 139 S.	68 Ab	1
Die Wohnlandschaft. Cop. 1950. 174 S. Eine Sammlung von Aussagen über menschliche Tätigkeit in der Landschaft.	87 Af	1
Zechlin, Hans Josef: Landhäuser. Neue Ausgabe. (1951). 175 S.	24 Ae	1
Zentner, Kurt u. B. Lohse: Europa-Camera. Cop. 1951. 206 S.	50 Ac	1

Deutsches Land und Volk

Berlin eine Erinnerung (1951). 64 S.	25 De	2
Dortmund. Von der toten zur lebendigen Stadt. Fünf Jahre Wiederaufbau in Dortmund. (1951). 295 S.	40 Db	1
Hartmann, Joseph: Geschichte der Provinz Westfalen. (1912). 331 S.	38 Db	1
Marboe, Ernst: Das Österreichbuch. Cop. 1948. 544, XXXI S.	28 Dg	1
Der Main. (1951). 64 S.	21 Df	1
Merian Monographienreihe: Helgoland und die Niederelbe. (1951). 96 S.	15 Dd	9
Merian Monographienreihe: Verzaubertes Kursbuch. (1951). 96 S.	14 Da	1
Merian Monographienreihe: Osnabrück. (1951). 96 S.	15 Dd	8
Merian Monographienreihe: Der Schwarzwald. (1951). 96 S.	16 Df	14
Der Neckar. (1951). 64 S.	22 Df	1
Philippi, F.: Geschichte Westfalens. (1926). 186 S.	39 Db	1
Poensgen, Georg: Der Bodensee. Im Spiegel abendländischer Kunst. (1951). 45, 120 S.	19 Df	1
Prümer, Karl: Unsere westfälische Heimat und ihre Nachbargebiete. (1913). 463 S.	14 Db	4
Reimann, Hans: Das Buch von Leipzig. Cop. 1929. 206 S.	7 Di	1
Rother, Hermann: Westfälische Geschichte. Bd. 3. Absolutismus und Aufklärung. (1951). 472 S.	32 Db	3



UNSER

BRIEFKASTEN

Meta N., Investierungsbüro:

Liebe Westfalenhütte! Es ist mir unmöglich, die gehabte große Freude stillschweigend hinzunehmen. Ich dürfte auf Deine Kosten 14 Urlaubstage in Gleidori (Hochsauerland) verleben. Was ist doch das Sauerland für ein wunderbares Stück Erde! Auf Schritt und Tritt bietet sich dem, der mit offenen Augen wandert, ein neues Bild. Da ich 1945 meine ostpreußische Heimat verloren habe und mir das Sauerland völlig unbekannt war, habe ich die hohen Berge und die stillen Täler in besonderer Weise betrachtet. Mit Freuden will ich nun wieder an meinen Arbeitsplatz gehen und meinen Dank in die Tat umsetzen.

H. O., Verwaltung:

Ist es richtig, daß die Kosten von Kuren, welche die Invalidenversicherung und die Angestelltenversicherung durchführen, später bei der Rentenfestsetzung in Abzug gebracht werden?

Die Durchführung von Kuren in der Rentenversicherung (Angestellten- und Invalidenversicherung) ist eine freiwillige Leistung dieser Versicherungsträger, auf die die Versicherten keinen Anspruch haben. Sie werden durchgeführt zur Verhütung vorzeitiger Invalidität. Sie haben also mit anderen Worten den Zweck, einer vorzeitigen Rentenzahlung vorzubeugen. Die Durchführung dieser Kuren liegt also genau so im Interesse des Versicherungsträgers wie des Versicherten. Davon, daß der Versicherte später in irgendeiner Form zu den Kosten herangezogen wird, kann keine Rede sein.

A. F., Walzwerke:

Nach 7wöchigem Krankfeiern wurde ich wieder gesund geschrieben und kann am 20. Oktober meine Arbeit aufnehmen. An welche Stelle kann ich mich wegen Gewährung einer Unterstützung wenden?

Wir haben Ihnen bereits brieflich unsere Antwort zugehen lassen: Stellen Sie in unserer Werksfürsorge, Oesterholz-/Ecke Hirtenstraße, bei der Unterstützungseinrichtung Westfalenhütte G. m. b. H. einen Unterstützungsantrag. Nach Prüfung durch die Werksfürsorge entscheidet der Beirat der Unterstützungseinrichtung in etwa wöchentlichen Sitzungen über diese Anträge. Bei Vorlage eines Notfalles dürfte Ihnen durch eine Überbrückungsbeihilfe bis zur nächsten Lohnzahlung geholfen werden.

L. K., Steinfabrik:

Ich benötige zur Einriedigung meines Gartens etwa 50 m Maschendraht. Kann ich als Werksangehöriger diesen Draht nicht durch unsere Drahtverfeinerung geliefert erhalten?

Da es sich um Draht für Ihren Eigenbedarf handelt, können Sie sich in Ihrem Betriebsbüro eine Privatanforderung ausstellen lassen. Geben Sie aber bitte die genaue Stärke und Höhe des Drahtes an, den Sie wünschen. Nach

Unterschrift durch den Betriebsleiter lassen Sie sich die Abgabe nach Prüfung durch die Sozialabteilung genehmigen. Die Ausgabe von Draht in der Drahtverfeinerung für Belegschaftsmitglieder ist nur montags vormittags.

K. B., Steinfabrik:

Sie fragen nach der Erklärung „Okzident“ und „Orient“. Nun, eine Trennung nach Längengraden gibt es da nicht. Mit Okzident (lat. Occidens) bezeichnete man zunächst die Himmelsgegend, wo die Sonne scheinbar untergeht (den Westen oder Abend). Dann: Abendland, d. h. die zum weströmischen Reich oder okzidentalischen Kaisertum gehörigen Länder im Gegensatz zum oströmischen oder morgenländischen (byzantinischen) Kaisertum. Jetzt versteht man unter Okzident alle europäischen Länder (gelegentlich auch Amerika) im Gegensatz zum Orient.

Der Orient (lat. Oriens), das Morgenland, bezeichnet seit dem Altertum die geographische und historische, keineswegs einheitliche und auch nicht eindeutig abzugrenzende Welt der Völker Vorderasiens und Nordafrikas, von Persien und Arabien bis zum Atlasgebirge, die sich trotz aller Mannigfaltigkeit deutlich von den benachbarten Kulturkreisen Europas, Asiens und Afrikas abhebt. Das Wort Orient wird dabei (ebenso wie der Gegenbegriff Abendland) besonders in kultur- und geistesgeschichtlichem Sinne gebraucht.

DER STAHL

Mein Hammer schwingt
und schlägt den Stahl.
In Formen zwingt
er jedesmal
durch Schlag und Schwung
beim Funksprung
den Stahl.

Der Stahl, er loht
in heißer Glut.
Er ist nicht tot,
denn in ihm ruht
der Götter Geist,
der Stahl zum Brot
zu wandeln weiß.

Denn immer sprüht
der Flamme Strahl
im blanken Stahl,
wenn er als Pilg
in unsrer Hand
die Erde bricht,
daß blüht das Land.

Und immer brennt
in ihm voll Glut
das Element,
das nimmer ruht.
Denn Stahl ist Leben,
Ehre, Pflicht,
ist Gottes Segen
und Gericht.

Friedrich Kohlhaase

Das neue Lohn- und Gehaltsabkommen

Auf dem Wege eines Schiedsspruches, dem von Arbeitgeberseite und von seiten der Gewerkschaften zugestimmt wurde, ist mit Wirkung vom 1. Oktober 1951 folgendes Abkommen in Kraft getreten:

Die abgelaufenen Lohn- und Gehaltsabkommen werden mit folgenden Maßgaben wieder in Kraft gesetzt:

1. Der Ecklohn des Facharbeiters (100%) des Lohngebietes A wird mit Wirkung vom 1. Oktober 1951 ab auf 1,38 DM erhöht.

Die übrigen Löhne errechnen sich, soweit sich aus den folgenden Bestimmungen nicht anderes ergibt, nach der bisherigen tariflichen Staffelung.

2. § 4 des Schwelmer Abkommens wird ab 1. Oktober 1951 wie folgt geändert:

Von dem Ecklohn erhält die Lohngruppe 5 (Hilfsarbeiter) 80%.

3. § 4 des Schwelmer Abkommens über die Frauenlöhne (letzter Satz) erhält ab 1. Oktober 1951 folgende Fassung:

Im übrigen erhalten weibliche Arbeitnehmer 78 v. H. des jeweiligen Männerlohnes.

4. § 4 des Schwelmer Abkommens über die Altersklassenabstufung wird ab 1. Oktober 1951 durch folgende Staffelung ersetzt:

im Alter von 14 Jahren 50 v. H.,
im Alter von 15 Jahren 55 v. H.,
im Alter von 16 Jahren 60 v. H.,
im Alter von 17 Jahren 70 v. H.,
im Alter von 18 Jahren 80 v. H.,
im Alter von 19 Jahren 90 v. H.,
im Alter von 20 Jahren 95 v. H.

5. Die Vergütungen für gewerbliche Lehr- und Anlernlinge werden ab 1. Oktober 1951 den Sätzen der kaufmännischen Lehr- und Anlernlinge angepaßt.

6. Die Tarifsätze des Gehaltsabkommens werden mit Wirkung vom 1. Oktober 1951 ab um 5% erhöht.

7. Die Lohn- und Gehaltsabkommen sind mit zwei-monatiger Frist, erstmalig zum 30. September 1952, kündbar.

Wenn während der Laufdauer dieser Verträge in den grundlegenden Verhältnissen eine wesentliche Veränderung eintreten sollte, ist jede Tarifpartei berechtigt, neue Verhandlungen zu verlangen.

Macht eine Tarifpartei das Vorliegen einer wesentlichen Veränderung geltend und stimmt die andere nicht zu, so entscheidet die tarifliche Schlichtungsstelle. Die Altersklassenabstufung erfolgt wie bisher nach dem Dortmunder Schlüssel.

FÜR DIE SCHWERBESCHÄDIGTEN

Minderung der Erwerbsfähigkeit

Aus verschiedenen und wiederholten Anfragen ergibt sich, daß immer noch bei den Schwerbeschädigten Unklarheit über die Minderung der Erwerbsfähigkeit besteht. Das Bundesversorgungsgesetz sagt hierüber:

1. (1) Für die Beurteilung der Minderung der Erwerbsfähigkeit nach der körperlichen Beeinträchtigung im allgemeinen Erwerbsleben ist maßgebend, um wieviel die Befähigung zur gewöhnlichen, auf Erwerb gerichteten Arbeit und deren Ausnutzung im wirtschaftlichen Leben durch die als Folge einer Schädigung anerkannten Gesundheitsstörungen beeinträchtigt sind.

(2) Die Minderung der Erwerbsfähigkeit ist dann höher als nach Abs. 1 zu bewerten, wenn der Beschädigte durch die Art der Beschädigung in der Ausübung seines vor der Beschädigung ausgeübten, begonnenen oder angestrebten Berufes besonders betroffen wird. Hat der Beschädigte durch Maßnahmen im Sinne des § 26 einem diesem Beruf gleichwertigen Beruf erlangt, so richtet sich die Beurteilung nach Abs. 1.

2. Die durch die Folgen der Schädigung bedingte Minderung der Erwerbsfähigkeit ist in Hundertteilen der Erwerbsfähigkeit des Beschädigten auszudrücken, d. h. die Erwerbsfähigkeit ist gleich 100 zu setzen. Hat bei Eintritt der Schädigung eine meßbare Minderung der Erwerbsfähigkeit bereits bestanden, so ist lediglich die infolge der Schädigung hinzutretende weitere Minderung der Erwerbsfähigkeit der Rentenbemessung zugrunde zu legen. Diese

Minderung der Erwerbsfähigkeit ist jedoch unter Berücksichtigung der durch die früheren Gesundheitsstörungen bedingten besonderen Beeinträchtigungen unter Umständen günstiger zu beurteilen, als es bei einem bisher voll Erwerbsfähigen im gleichen Schadensfalle zu geschehen hätte.

3. Wenn die Erwerbsfähigkeit durch mehrere Gesundheitsstörungen beeinträchtigt wird, ist eine einheitliche Rente festzusetzen, für deren Höhe die Gesamteinwirkung der Gesundheitsstörungen auf die Erwerbsfähigkeit maßgebend ist.

4. Ereignisse, die erst in Zukunft erwartet werden, dürfen bei der Feststellung der Rente nicht berücksichtigt werden; dagegen sind Veränderungen, die zur Zeit der Bescheiderteilung bereits eingetreten sind und in diesem Zeitpunkt einwandfrei festzustellen sind, zu berücksichtigen.

5. Neben dem körperlichen Befund sind seelische Begleiterscheinungen und Schmerzen in ihrer Wirkung zu berücksichtigen, ferner schwere Ausfallerscheinungen bei Verletzungen oder Erkrankungen des Gehirns oder Rückenmarks. Verletzungen und Erkrankungen letzterer Art sind grundsätzlich neurologisch zu behandeln.

6. Bei Feststellung der Minderung der Erwerbsfähigkeit ist auch zu würdigen, ob der Beschädigte besondere Aufwendungen zur Erhaltung und Verwertung seiner ihm verbliebenen Erwerbsfähigkeit machen muß. Dies gilt besonders für Beschädigte mit aktiv-fortschreitender Tuberkulose oder mit chronischem Magen- und Darmleiden.

Der Arbeitsfrieden ist durch die Entwicklung der Mitbestimmungsfrage in beiden Grundstoffindustrien schwer gefährdet gewesen... Man kann und soll die Dinge aber auch anders sehen, nämlich als einen Anfang echten Vertrauens zwischen den Sozialpartnern und Bildung einer wahren Betriebsgemeinschaft zur Erhaltung des sozialen Friedens.

Dr. Wenzel, Aufsichtsratsvorsitzender der Vereinigten Stahlwerke AG.

Was erwartet die Jugend vom Theater?

Hierzu schreibt Heinz Prodöhl, Dramaturg der Städtischen Bühnen Dortmund: „... Sicher soll das Theater auch der Jugend Freude schenken. Gerade auf diese gehobene Form der Freude darf nie ganz verzichtet werden, denn die Freude ist als Ausgleich für das alltägliche Leben von allergrößter Wichtigkeit, aber in erster Linie muß die Jugend vom Theater einmal rückschauend die Pflege und lebendige Darbietung des sittlich hohen, geistigen Gutes der Menschheit erwarten und zum anderen die direkte Auseinandersetzung mit der dramatischen Gegenwart in der Hoffnung, richtungsweisende Sprecher einer die Gegenwartsprobleme lösenden oder klärenden Zukunft hier zu finden. Immer noch ist die dramatische Auseinandersetzung auf der Bühne die lebendigste und erlebnisreichste Kunstform durch ihre Unmittelbarkeit. Die Jugend soll dem Theater das Höchste an Leistung, das Höchste an verantwortungsvoller Auswahl und das Höchste an Lebendigkeit abverlangen. Sie hat dazu alles Recht. Aber sie soll auch als Teilnehmer dieses gegenseitigen Schenkungsprozesses den Weg ins Theater finden, damit es seine Bedeutung behält, die nur durch die mit-schaffende Teilnahme der Jugend bewahrt werden kann.“

Unsere Westfalenhütte hat auf kulturellem Gebiet stets unserer Jugend erhebliche Unterstützungen zukommen lassen. Sie stellt deshalb auch für die nachstehenden Veranstaltungen der Städtischen Bühnen Dortmund, die in der Oper am Hiltropwall stattfinden, kostenlos je 50 Karten zur Verfügung, die von jugendlichen Interessenten bei den Jugendobleuten angefordert werden können. Darüber hinaus sind die Jugendveranstaltungen zu erheblich herabgesetzten Preisen angesetzt, so daß ihr Besuch in jedem Fall tragbar und empfehlenswert ist.

Bis Ende des Jahres 1951 finden statt:

Sonntag, den 28. Oktober, vormittags 10.30 Uhr: „Der Wasserträger“, Oper von Cherubini; Ausführende: Opern- und Orchesterschule des Städt. Konservatoriums.

Sonntag, den 4. November, vormittags 10.30 Uhr: 2. Sinfoniekonzert, Werke von R. Strauß und A. Dvorak; Solist: Max Egger.

Sonntag, den 18. November, vormittags 10.30 Uhr und 19 Uhr abends: „Das Spiel vom Thomaskantor“ von

Günter Weisenborn; Großes Chorwerk mit Musik und Dialog unter Mitwirkung der Städt. Bühnen- und der Dortmunder Sängerknaben.

Sonntag, den 2. Dezember, vormittags 10.30 Uhr: 3. Sinfoniekonzert, Werke von Brahms u. a. Solistin: Alice Schönfeld, Violine.

Sonntag, den 16. Dezember, vormittags 10.30 Uhr: Weihnachtskonzert für die Jugend. Ausführende: Orchesterschule und Seminar des Städt. Konservatoriums.

Gewerkschaftsjugend und Soldatenbünde

Der Bundes-Jugendausschuß des DGB nahm in seiner Sitzung am 25. September 1951 zu der Neugründung der zahlreichen Soldaten-, Traditions- und Waffenbünde Stellung und faßte einstimmig die folgende Entschliebung:

Seit dem Zusammenbruch im Jahre 1945 sind zum Wohle unseres Volkes Organisationen, wie z. B. Wohlfahrtsverbände, Jugendorganisationen, Verbände der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen, Gewerkschaften und politische Parteien tätig, um ihren Beitrag zum Neuaufbau der Deutschen Bundesrepublik zu leisten.

Zur Wahrnehmung der sozialen und wirtschaftlichen Interessen der ehemaligen Kriegsteilnehmer und Berufssoldaten sowie der Rückführung der deutschen Kriegsgefangenen bedarf es keiner neuen Organisation. Die Aufgabenstellung der Soldatenbünde ist konstruiert und tarnt nur den eigentlichen Zweck dieser Vereinigungen. Für die deutsche Jugend gibt es andere und bessere Einrichtungen als Soldatenverbände, um an den demokratischen Staat herangeführt zu werden. Aus der Vergangenheit lernend, muß erkannt werden, daß in Krisenzeiten des demokratischen Lebens Soldatenverbände in Deutschland stets eine Gefahr für die bestehende demokratische Ordnung waren. Die Restaurierung militaristischer und nationalistischer Kreise würde bedeuten, daß das für uns so nötige Vertrauen des Auslandes in Frage gestellt wird. Die Gewerkschaftsjugend lehnt jede Mitgliedschaft in den Soldatenbünden ab.

Vom Arbeitskreis

Im September vergangenen Jahres wurde — auf Anregung von Arbeitsdirektor Berndsen und im Einvernehmen mit dem Betriebsrat — der Arbeitskreis der Westfalenhütte ins Leben gerufen. Etwa 30 jüngere Betriebsangehörige, die über Spezialausbildung oder über Spezialberufserfahrung verfügen — vornehmlich Absolventen der Sozialakademie, Diplomingenieure, technische und kaufmännische Angestellte —, sollen in diesem Kreis Gelegenheit nehmen, durch Vorträge von Spezialisten und Fachwissenschaftlern ihre eigenen Fach- und Allgemeinkenntnisse auf brei-

ter Basis zu untermauern; sie sollen ferner durch Gedankenaustausch in freier Aussprache sich mit Gegenwartsproblemen befassen, die das Geschehen in unserem Hüttenwerk irgendwie beeinflussen. Zudem sollen die Mitglieder des Arbeitskreises, die zu allen Verwaltungssektoren der Hütte gehören, sich durch fachwissenschaftliche und gegenseitige Unterweisung tiefere Einblicke in das Arbeiten und die Aufgaben der vielen Werksabteilungen verschaffen, um Kenntnis und Verständnis für die Anforderungen der anderen Werksabteilungen zu erhalten und zu vermitteln.

Am 19. September dieses Jahres gab der Arbeitskreis nach einjährigem Bestehen einen Rechenschaftsbericht über seine Tätigkeit im vergangenen Jahr. Zu Beginn der Besprechung erhoben sich die Anwesenden zu Ehren des verstorbenen Bildungssekretärs des DGB, Alfred Gundlach, der auch der Begründer der Dortmunder Sozialakademie war, in stummer Trauer von ihren Plätzen.

Dem Rechenschaftsbericht entnehmen wir:

Nach anfänglichen Schwierigkeiten verschiedenster Art hat der Kreis in diesem ersten Jahr seines Bestehens eine recht beachtliche Tätigkeit entwickelt. Die Frage der Mitbestimmung, der Wirtschaftsplan des DGB, der Schumanplan und die Neuordnung der Montanindustrie gaben ausreichend Material für eine Reihe von Vorträgen und Aussprachen. Schumanplan und Neuordnung der Montanindustrie wird



auch für die nächste Zukunft noch oft als Aussprachethema dienen. Außerdem wurden mehrere Vorträge gehört, die sich mit sozialen Problemen befaßten. So fanden im Frühjahr dieses Jahres zwei Vorträge statt, bei denen sich soziale Belange sehr stark in den Vordergrund schoben: es waren dies die Vorträge von Herrn Professor Graf vom Max-Planck-Institut für Arbeitsphysiologie: „Der Mensch im Betrieb“ und von Herr Dr. med. Dr. phil. Meckies, Schwerte: „Die Belastung der weiblichen Arbeitskraft im Betrieb“. Beide Vorträge waren von hohem sozialen Verantwortungsbewußtsein getragen. Sie zeugten von dem Bemühen der Wissenschaft, den Menschen in den Mittelpunkt ihrer Forschungsarbeit zu stellen. Besonders der sozial schwache Mensch, der Arbeiter, verdient es, daß die Schwierigkeiten und Belastungen, denen er unter dem ihm aufgezwungenen Umweltsbedingungen ausgesetzt ist, nicht nur gewürdigt, sondern soweit wie möglich abgeschwächt und gemildert, wenn nicht beseitigt werden. Das Max-Planck-Institut für Arbeitsphysiologie hat es sich zur Aufgabe gemacht, solche Umwelteinflüsse zu untersuchen und geeignete Maßnahmen zur Milderung und Beseitigung der Belastungen, denen der arbeitende Mensch ausgesetzt ist, vorzuschlagen und zu empfehlen. Die beiden Vorträge wurden sehr eingehend besprochen. Eine Studienfahrt zu den Fordwerken

(Fließbandarbeit) und ein Besuch des Max-Planck-Instituts in Dortmund dienten zur Erhärtung des bei diesen Vorträgen Gehörten.

Zur Vertiefung der Kenntnisse des Betriebsablaufes unserer Hütte wurden eine Reihe von Betriebsbesichtigungen mit vorbereitenden Vorträgen betriebstechnischer Art durchgeführt. Dabei wurden, vom Hochofen angefangen, alle Produktionsbetriebe, wie Stahlwerke, Kaliber-, Blech- und Breitbandwalzwerke, ferner die Versuchsbetriebe besichtigt und eingehend besprochen. Einige Veranstaltungen kultureller und unterhaltender Art, darunter der Besuch der Ruhrfestspiele, sorgten für die notwendige Auflockerung der Tätigkeit des Arbeitskreises.

Auch in dem vor uns liegenden Jahr wird der Arbeitskreis in der inzwischen eingespielten Form sehr aktiv tätig sein. Die Gegenwartsprobleme, mit denen sich der Arbeitskreis entsprechend seiner Zielsetzung befassen soll, häufen sich im gegenwärtigen Zeitpunkt. Ein umfangreicher Arbeitsplan wurde im Anschluß an den Rechenschaftsbericht zur Aussprache gestellt; er wird in seiner Durchführung eine aufgeschlossene und interessierte Teilnehmerschaft finden.

— M —

Ein Jahr Übungsfirmenarbeit

Vor etwa Jahresfrist gründeten eine Anzahl Jungkaufleute auf Anregung des DGB, im Einvernehmen mit unserer Personalabteilung, eine Übungsfirma.

Um den Außenstehenden einen Einblick über Sinn, Zweck und Erfolg der Übungsfirmenarbeit zu geben, veröffentlichen wir folgendes Zwiegespräch:

Was ist eine Übungsfirma und welchen Zweck hat sie?

Eine Übungsfirma gleicht in ihrer Struktur einer wirklichen Firma, mit dem Unterschied, daß das Geld und die Ware fiktiv sind. Sie hat den Zweck, ihren Mitarbeitern durch ver-

arbeiter. Die altersmäßige Gliederung zeigt z. Z. bei der Altersstufe

von 18—21 Jahre = 33%
von 21—25 Jahre = 38%
von 25—35 Jahre = 29%

Wie oft sind die Arbeitsabende, und wie ist die Beteiligung ihrer Mitarbeiter?

Die Arbeitszeit beträgt einmal wöchentlich 2 Stunden und wurde im vergangenen Jahr trotz Ausfälle durch Urlaub, Krankheit, Mehrarbeit und dergleichen im Durchschnitt von 81 Prozent der Teilnehmer besucht.

Welche greifbaren Erfolge hatten Sie in diesem Jahr für Ihre Firma und für Ihre Mitarbeiter?

Neben dem Hauptziel, der Weiterbildung der Mitarbeiter, konnten wir durch den guten Arbeitseifer und Einsatz in unserer Jahresabschlußbilanz einen Gewinn von über 200 000 D-Mark ausweisen.

Bei der im Frühjahr stattgefundenen Handlungsgehilfenprüfung haben alle Lehrlinge, die unserer Übungsfirma angehören, ihre Prüfung bestanden.

Sind Sie in der Vergangenheit in irgendeiner Weise an die Öffentlichkeit getreten?

Ja! Bereits bei unserer Gründungsversammlung waren der NWDR und die örtliche Presse vertreten. Des weiteren hatten wir Gelegenheit, auf einer Werbeschau in Köln mit bestem Erfolg einen Einblick in unsere Arbeit zu geben.

Vergessen wollen wir hierbei aber auch nicht unsere Ausbildungsfahrt zum DGB-Bundeshaus mit anschließender Fahrt ins Blaue.

Wer finanziert die Arbeit der Übungsfirma?

In der Regel der DGB. In unserem Falle hat sich jedoch die Westfalenhütte bereit erklärt, sämtliche Unkosten zu tragen, wofür wir auch an dieser Stelle unseren Dank sagen möchten.

Le.



Die Üfi bei der Arbeit

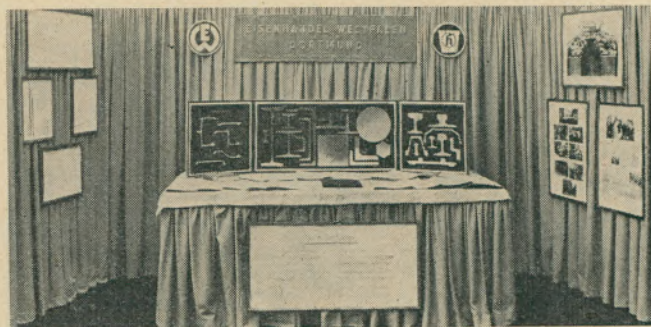
antwortliche Mitarbeit in allen einschlägigen kaufmännischen Arbeiten fehlende Kenntnisse und Fertigkeiten zu vermitteln, bzw. vorhandene zu vertiefen.

Ist die Arbeit der Übungsfirma nur intern, oder gibt es Möglichkeiten für einen Außenverkehr?

Unsere Übungsfirma ist dem Üfi-Ring des DGB angeschlossen, dem z. Z. etwa 200 Firmen sämtlicher Wirtschaftszweige, außerdem Sparkassen, Banken, Behörden usw. angehören. Somit ist neben den innerbetrieblichen Arbeiten Gelegenheit gegeben, mit allen diesen Firmen in Geschäftsverbindung zu treten. In Kürze haben wir darüber hinaus die Möglichkeit zu Exportgeschäften.

Handelt es sich bei Ihren Mitarbeitern um Lehrlinge?

Nein! Nur in Ausnahmefällen werden Lehrlinge im 3. Lehrjahr zugelassen. In der Regel handelt es sich um ältere Mit-



Ausstellungsstand unserer Üfi in Köln und Gelsenkirchen

WIR GRÜSSEN UNSERE JUBILARE

Nachstehende Belegschaftsmitglieder konnten im Monat September ihr Dienstjubiläum feiern:

50jähriges Dienstjubiläum

Sümers, Adam Zurichterei I

40jähriges Dienstjubiläum

Krämer, Peter Maschinen-Abteilung Stahlwerke
Ritz, Josef Spezialblechwalzwerk

25jähriges Dienstjubiläum

Owczarzak, Stanislaus Thomaswerk
Fecke, Otto Kaltwalzwerk
Hinterthür, Karl Martinwerk
Rößler, Paul Zurichterei II
Weber, Hermann Elektrotechnische Abteilung

Kleinhans, Josef Betriebswirtschaft
Rozanski, Leo Drahtwalzwerk
Kranz, Ludwig Zurichterei Ww. VIII
Muskiewicz, Franz Zurichterei Ww. VIII

Vorstand, Betriebsvertretung und Belegschaft wünschen nochmals alles Gute

Ein weiteres Richtfest in Kirchderne

In unserer Franz-Zimmer-Siedlung — unweit unserer Hütte und doch in schöner und gesunder Lage — geht der dritte Bauabschnitt seiner Vollendung entgegen. Der Gesamtplan sieht neben einer Anzahl Mietwohnungen in Reihenhäusern etwa zweihundert Siedlerstellen, teils als Einzel- und teils als Doppelhäuser, vor. Die Grundstücke haben eine Größe von 700 und 800 qm, nach dem Kleingärtnermaß also nahezu drei Sechziger.

Die eigentliche Siedlerstelle geht zunächst in das Eigentum der Westf. Heimstätte über. Nach dreijähriger Probezeit wird dem Siedler das Eigentum übertragen. Die Besitzung erhält die Eigenschaft einer Reichheimstätte, d. h. der Siedler kann seinen Besitz nur mit Zustimmung der Westf. Heimstätte verkaufen oder beleihen. Die Vererbung ist keinerlei Beschränkungen unterworfen. Einen Gewerbe- oder Wirtschaftsbetrieb darf der Siedler nicht aufnehmen; er muß auch selbst im Hause wohnen und darf die für ihn bestimmte Hauptwohnung nicht vermieten. Mit Rücksicht auf die erheblichen Förderungsmittel der Arbeitgeberin, also der Westfalenhütte, erhält diese ein Vorkaufsrecht. Das einzelne Haus hat im Erd- und Dachgeschoß zusammen etwa 85 qm Wohnfläche.

Wenn die Siedlerstelle eine wahre Heimstätte und nicht nur eine Wohnunterkunft sein soll, dann kann dieses Ziel nur erreicht werden, wenn Bewerber gesucht werden, bei denen Mann und Frau bereit und in der Lage sind, die Pflichten eines Siedlers freudig aufzunehmen. Vom Betrieb aus gesehen ist beachtlich, ob der Bewerber auf seiner Arbeitsstelle in Leistung und Führung untadelig ist. Neben den langfristigen Darlehen, die der Siedler von der Westfalenhütte und auch vom Staat erhält, hat er selbst einige Mittel aufzubringen, hat er vor allen Dingen auf dem Wege der Selbsthilfe mitzuarbeiten. Der Wert dieser Selbsthilfe kann mit dem Rechenstift allein nicht erfasst werden. Neben der materiellen Bewertung steht der viel größere und nicht faßbare, in keiner Bilanz auszudrückende ideelle Wert, der in der tätigen Mitleistung an der Erstellung des Siedlerhauses liegt. Vor allem auch hat der Siedler das hohe Bewußtsein, nach harter Arbeit zu einem wirk-

lichen Heim zu kommen und mit seiner eigenen Kraft an einem gemeinsamen Werk mitgeholfen zu haben.

In einer kurzen Feierstunde wurde am 28. September 1951 das Richtfest des dritten Bauabschnittes begangen. Oberbaurat Fehmer von der Westf. Heimstätte wies als Bauherr in seinen Ausführungen auf die hohe Bedeutung des Siedlungsgedankens hin. Städt. Vermessungsrat Schnur sprach in grundlegenden Ausführungen über das Siedeln als staatspolitische Aufgabe, nicht als Wohnungsbaumaßnahme. (Wir werden in unserer November-Ausgabe die Darlegungen als eigenen Artikel veröffentlichen.) Arbeitsdirektor Berndsen stellte den Gemeinschaftsgedanken heraus, den die Siedler in besonderem Maße unter Beweis gestellt hätten und der auch innerhalb des Werkes vorbildlich sei. Er versicherte, daß von Werksseite alles geschehen sei und geschehen werde, um die Sicherung der Arbeitskräfte, des



Arbeitsdirektor Berndsen spricht

Arbeitsplatzes und eines lebenswerten Lebens zu garantieren. Er kündete an, daß auf dem Siedlungsgelände eine vorbildliche Schule entstehen werde, zu dessen Errichtung das Werk der Dortmunder Stadtverwaltung sämtliches Material kostenlos zur Verfügung gestellt habe. Er wünschte, in dem er die Grüße des Vorstandes der Westfalenhütte überbrachte, der Siedlung ein weiteres Glückauf. Betriebsratsvorsitzender Schwenke erklärte u. a.: Die Belegschaft der Westfalenhütte habe bewiesen, daß

sie wiederaufzubauen und aufzubauen verstehe. Der Wiederaufbau sei überwiegend das Werk der alten treuen Belegschaft gewesen. Die neu eingestellten Kolleginnen und Kollegen hätten sich sehr gut in die Gemeinschaft der alten ausgerichtet. Vorbildlich sei die Zusammenarbeit zwischen dem Vorstand und der Belegschaft der Westfalenhütte. Es sei fraglos außerordentlich viel geschaffen worden, es sei aber noch viel zu tun. In gemeinsamer Arbeit würde es auch in Zukunft vorwärts und aufwärts gehen.

Das M U S S E N Sie W I S S E N

Mieterschutz

Die meisten Wohnungen stehen unter Mieterschutz. Der Mieter kann dann nur aus bestimmten, gesetzlich aufgeführten Gründen zur Räumung verurteilt werden. Dabei braucht ihn keinesfalls immer ein Verschulden zu treffen. Auch durch unverschuldeten Zahlungsverzug mit der Miete oder bei dringendem Eigeninteresse des Vermieters an der Mietwohnung kann der Mieter sein Heim oder seinen gewerblichen Raum und damit oft seine Arbeitsstätte verlieren. Kann dem Mieter nun trotz der Verurteilung für eine Übergangszeit geholfen werden?

Es gibt da mehrere Möglichkeiten. Zunächst ist bei Aufhebung des Mietverhältnisses dem Mieter eine den Umständen nach angemessene Räumungsfrist zu gewähren, es sei denn, daß damit für den Vermieter oder auch Mieter unbillige Härten verbunden sind. Erfolgt die Aufhebung wegen erheblicher Belästigung des Vermieters, eines Hausbewohners oder wegen erheblicher Gefährdung des Mietraumes oder Gebäudes, so soll die Frist nur gewährt werden, wenn besondere Umstände dies dringend gebieten. Möglich ist die Bewilligung einer Nachfrist bis zu drei Monaten. Die gleiche Regelung gilt bei Räumungsvergleichen.

Der möblierte Herr genießt keinen Mieterschutz. Trotzdem kann auch ihm auf Antrag eine Frist zur Räumung bewilligt werden. Jedoch ist hierbei keine Fristverlängerung möglich. Von grundsätzlicher Bedeutung ist für den Räumungspflichtigen die Schutzverordnung vom 4. Dezember 1943 (RGBl. I S. 666). Hiernach kann das Vollstreckungsgericht Maßnahmen der Zwangsvollstreckung jeder Art ganz oder teilweise aufheben, untersagen oder einstweilen einstellen, wenn es der Auffassung ist, daß dies im Interesse des Schuldners dringend geboten ist und dem Gläubiger nach Lage der Verhältnisse zugemutet werden kann. Das Vollstreckungsgericht kann seinen Beschluß jederzeit aufheben oder abändern. Hierbei sind die Gründe, die zum Räumungsurteil geführt haben, die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse und das Verhalten der Parteien nach Verkündung des Urteils sowie die Schwierigkeiten der Beschaffung von Ersatzraum und die Bemühungen der Parteien um einen Ersatzraum maßgebend. Lehnt das Amtsgericht eine Einstellung der Vollstreckung ab, so kann der Mieter binnen zwei Wochen noch das Landgericht anrufen.

Preis ausschreiben!

Die Zahl der Unfälle nimmt ständig zu! Was sollen wir tun?

Jedes Belegschaftsmitglied sollte sich sowohl im eigenen als auch im Interesse der Arbeitskollegen an diesem Preis ausschreiben beteiligen:

**Nennt uns technische Mängel in den Betrieben,
zeigt uns Wege, die zur Aufklärung dienen können!**

Für die besten Ratschläge sind von der Direktion folgende Preise ausgesetzt worden:

1 Preis zu 100 DM	10 " " 30 DM
2 Preise zu 75 "	20 " " 20 "
5 " " 50 "	30 " " 10 "

Die prämierten Ratschläge werden Eigentum der Westfalenhütte, alle übrigen Einsendungen werden vernichtet.

Die Einsender unterwerfen sich unter Ausschluß der Rechtswege vorstehenden Bedingungen.

Einsendungen sind mit dem Kennwort „Preis ausschreiben“ bis zum 1. Dezember 1951 an die Abt. Werksaufsicht (Unfallverhütung) zu richten.

Berndsen
Arbeitsdirektor

Kolleginnen und Kollegen!

Trotz der hervorragenden und weithin anerkannten Leistungen unserer Werksaufsicht und ihrer Unfallverhütung, trotz unserer Aufklärungstätigkeit und der guten Arbeit der Vertrauensleute steigt die Zahl der Unfälle.

Jetzt wenden wir uns an euch um Mithilfe.

Ihr steht mitten in den Betrieben, ihr kennt die Gefahren. Ihr kennt auch die Möglichkeiten, die Gefahren zu vermeiden und zu überwinden.

Geht mit offenen Augen durch die Betriebe. Spürt euren schlimmsten Feind, den Unfall, auf. Gebt eure Hinweise und Ratschläge.

Beteiligt euch am Preis ausschreiben!

Krankenscheine

„Wir weisen nochmals darauf hin, daß Krankenscheine in den Betriebsbüros ausgestellt werden, damit unsere Schalter entlastet werden.

Bei dieser Gelegenheit machen wir darauf aufmerksam, daß außerhalb der Schalterstunden eine Abfertigung von Mitgliedern nicht möglich ist. Wir bitten, von jeglicher Bemühung, außer der Zeit abgefertigt zu werden, Abstand zu nehmen.

Mitglieder, die vom Werk aus zur Krankenkasse wollen, können den Schalter nach der Werksseite (Werksschalter) benutzen. Wir geben nachstehend die Betriebszeiten an:

Stadtschalter 8 bis 12.30 Uhr, sonnabends bis 12 Uhr.

Werksschalter 8 bis 11 Uhr,

außer sonnabends auch 13 bis 14 Uhr.

Zahlungen finden täglich in der Zeit von 10 bis 12 Uhr statt. Der Zahltag ist auf jedem Krankenschein angegeben.“

Wir warnen!

Betrügerischer Heilmittelvertrieb durch Hausierer. Die nachstehenden Ausführungen unter dieser Überschrift sind entnommen der „Ärztlichen Praxis“:

In zunehmendem Maße werden von Hausierern und umherreisenden „Vertretern“ an provisorischen Verkaufsständen und an den Haustüren Arznei- und „Vorbeugungs“-Mittel meist zweifelhaften Wertes angeboten, die durchweg allen Anforderungen des Gesundheitswesens und des normalen Arzneimittelhandels Hohn sprechen. Es handelt sich hierbei um eine skrupellose und betrügerische Ausbeute leichtgläubiger und vertrauenseller kranker Menschen. Nachgewiesenermaßen kann der Umsatz eines solchen Händlers auf 5000 bis 15 000 DM monatlich geschätzt werden, wovon etwa 50 Prozent auf seinen Verdienst fallen. Die Gesamtsumme, die den Kranken auf diese Weise abgenommen wird, dürfte einige Millionen betragen.

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Annahme und Verwendung derartiger Arznei-, Vorbeugungs- oder Kräftigungsmittel aus der Hand von Hausierern größte Ge-

sundheitsgefahren mit sich bringen und zu schweren Schädigungen der Kranken führen kann.

Nach den geltenden Bestimmungen ist das Verkaufen oder Feilbieten von Arznei- und Geheimmitteln im Umherziehen verboten, desgleichen das Aufsuchen der Wohnungen zur Erlangung von Bestellungen auf die als Stärkungs-, Blutnähr- oder Kräftigungsmittel und dergleichen bezeichneten Waren.

Der Bevölkerung wird im eigenen Interesse nahegelegt, sich nicht durch ein energisches Auftreten gewisser Heilmittelhausierer, z. B. nach Vorzeigen eines für den Heilmittelvertrieb in Betracht kommenden Wandergewerbescheines, einschüchtern zu lassen, sondern zu versuchen, den Namen der auftraggebenden Firma ausfindig zu machen und gegebenenfalls die nächste Polizeidienststelle zu verständigen.

„Betriebskrankenkasse — ja, das ist ein Geschäft“

Es wurde behauptet, daß die Betriebskrankenkasse ein „Geschäft für den Unternehmer“ sei. Wir wollen deshalb an Hand der bei unserer Betriebskrankenkasse gegebenen Tatsachen untersuchen, ob unsere Betriebskrankenkasse tatsächlich ein Geschäft für den Unternehmer ist.

Im Jahre 1950 betrugen die Verwaltungskosten unserer Betriebskrankenkasse 119 175,10 DM. Hiervon bezahlte unsere Betriebskrankenkasse selbst 5293,49 DM, den Restbetrag von 113 881,61 DM bezahlte die Firma. Darüber hinaus stellte uns die Firma die Badeanstalt zur Verfügung, über deren segensreiche Wirkung wir an dieser Stelle schon gesprochen haben. Die Unkosten dieser Badeanstalt betrugen 56 252,99 DM. Hiervon übernahm die Krankenkasse 22 939,49 DM. Als freiwillige Leistung hat das Werk hierfür 33 313,50 DM übernommen. Zusammen mit den Verwaltungskosten ergibt sich eine Summe von 147 195,11 DM, die unser Werk als Sozialleistung für die Betriebskrankenkasse ausgab. Dabei sind die vielen Hilfeleistungen, die andere Werksabteilungen, wie die Rechtsabteilung, die Liegenschaftsabteilung, die Sozialabteilung, die werksärztliche Dienststelle u. a. uns gewähren, ohne daß uns hierfür nur ein Pfennig abgenommen wird, gar nicht mitgerechnet. Unsere Beiträge sind aber genau so hoch wie die der Allgemeinen Ortskrankenkasse. Das Werk spart also für seine Betriebskrankenkasse nichts, es wendet vielmehr erhebliche Summen auf.

D E R W E R K S A R Z T S P R I C H T

Maul- und Klauenseuche auch beim Menschen

Kürzlich kam ein Mann mit entzündlichem Ausschlag an Händen und Füßen in die werksärztliche Sprechstunde und meinte ernstlich, daß er an Maul- und Klauenseuche erkrankt sei, zumal er auch noch einen kleinen Entzündungsherd an der Lippe hatte. Nun überträgt sich bekanntlich diese Krankheit vom Tier auch auf den Menschen. In diesem Falle handelte es sich aber um eine besonders ausgeprägte Form einer Hautpilzerkrankung, so daß ich den Mann beruhigen konnte. Diese Krankheit tritt in diesem Jahr besonders häufig auf. Eine Teiluntersuchung unserer Belegschaft hat ergeben, daß rund 30 Prozent an Fußpilzflechte, unter welchem Namen diese Krankheit dem einen oder anderen bekannt ist, leidet. Die Krankheit wird hervorgerufen durch einen Pilz, der in dem feuchtwarmen Klima der Waschkauen auf den Fußböden gedeiht. Er ist so klein, daß er nur unter dem Mikroskop zu erkennen ist. Er dringt in die oberen Hautschichten der Fußsohlen ein und verursacht hier eine Bläschenbildung mit Juckreiz. Diese Bläschen trocknen ein, die Haut wird trocken und schilfert ab. Oft entzündeten sich die Blasen und führen nicht selten zu quälenden Belastungs- und Gehstörungen. Zwischen den Zehen bilden sich nässende Wundstellen.

Die Erkrankung ist ansteckend und tritt, wenn auch nicht häufig, durch Selbstinfektion bei Befall der Füße auch an den Händen auf. Ohne Behandlung ist der Verlauf sehr langwierig und erstreckt sich über Monate und Jahre, wobei sie meistens über längere Zeit scheinbar zur Ruhe kommt, um dann wieder auszubrechen. Durch noch so große Sauberkeit und häufiges Waschen ist die Infektion nicht zu beseitigen, im Gegenteil, je feuchter die Haut gehalten wird, um so wohler fühlt sich der Pilz und befällt durch Wachstum neue Gebiete.

Um diese weitverbreitete Krankheit einzudämmen, werden ab sofort alle Waschkauen in regelmäßigem Wechsel mit einer pilztötenden Flüssigkeit gespritzt. Es ist notwendig, daß jeder beim Baden bzw. Brausen die vom Werk gestellten Holz pantinen trägt. Die Pantinen sollen durch den Träger selbst einmal in der Woche in eine in jeder Kaue bereitgestellte Flüssigkeit mit pilztötender Wirkung getaucht werden. Alle Lattenroste, in denen der Krankheitserreger sich besonders gern aufhält, müssen entfernt werden. Außerdem sollte jeder, der die oben beschriebenen Veränderungen an seinen Füßen bemerkt, sich in ärztliche Behandlung begeben.

Die Belegschaft wird in eigenem Interesse ersucht, bei den vorgeschlagenen Maßnahmen mitzumachen.

Unfälle im Monat September

Im Monat September ereigneten sich auf dem Hüttenwerk (einschließlich Barop) 132 leichte Unfälle, auf dem Wege von bzw. zur Arbeitsstelle 17 leichte Unfälle.

In der nachstehenden Tabelle sind die Zahlen des Vormonats in Klammern eingesetzt:

	Belegschaftszahl	leicht	schwer	tödl.	Summe
Hochofen	625	9 (7)	—	—	9 (7)
Zementfabrik	76	— (1)	—	—	— (1)
Thomaswerk	288	6 (4)	—	—	6 (4)
Martinwerk	508	14 (15)	—	—	14 (15)
Stiefabrik	135	3 (1)	—	—	3 (1)
Phosphatmühle	79	—	—	—	—
Kaliberwalzwerke	1 055	24 (22)	— (1)	—	24 (23)
Blechwerk I/II	395	19 (28)	—	—	19 (28)
Werk Barop	524	11 (16)	—	—	11 (16)
Breitbandwalzwerk	149	2 (1)	—	—	2 (1)
Spez. Blechwalzwerk	146	3 (3)	—	—	3 (3)
Preß- u. Hammerwerk	159	5 (10)	—	—	5 (10)
Werkstatt Stockheide	42	—	—	—	—
Kaltwalzwerk	284	2 (6)	—	—	2 (6)
Drahtverfeinerung	362	7 (8)	—	—	7 (8)
Maschinenabteilung	1 287	5 (9)	—	— (1)	5 (10)
Elektr. Abteilung	466	2 (3)	—	—	2 (3)
Mech. Werkstätten	523	9 (9)	—	—	9 (9)
Eisenbahnbetriebe	860	5 (12)	—	—	5 (12)
Baubetriebe	455	4 (4)	—	—	4 (4)
Fahrbetriebe	67	—	—	—	—
Versuchsbetriebe	135	—	—	—	—
Sonstige Betriebe	327	—	—	—	—
Lehrwerkstatt	312	— (2)	—	—	— (2)
Sozialbetriebe	263	—	—	—	—
Hauptverw. u. Betr.-Angest.	1 451	2 (1)	—	—	2 (1)
Summe	10 973	132 (162)	— (1)	— (1)	132 (164)
Wegeunfälle		17 (11)	—	—	17 (11)

Die vorgekommenen Unfälle wurden laufend untersucht und die Unfallursachen, soweit wie möglich, nach Rücksprache mit den Betrieben und Unfallvertrauensmännern sofort abgestellt.

Gewerberat Brune besichtigte Unfallschutzeinrichtungen der

Abt. Drahtverfeinerung, der Autowerkstatt, der elektrotechnischen Abteilung und der Energiewirtschaft.

Am 23. 9. 1951 fand eine Besprechung mit den Unfallvertrauensmännern des Hüttenwerkes und am 28. 9. 1951 eine mit denen des Werkes Barop statt. An der Besprechung in Barop nahmen auch Gewerberat Christmann und Dr. Didier von der Hütten- und Walzwerks-Berufsgenossenschaft teil. Anschließend wurden die Generatorenanlagen besichtigt.

Für die Hüttenlehrlinge des I. Jahrganges wurden am 22. 9. unsere beiden Unfallverhütungsfilme vorgeführt, womit der Ausbildungslehrgang seinen Abschluß fand.

Sie wurden belohnt

Für Rettung aus Unfallgefahr erhielten nachstehende Belegschaftsmitglieder Belohnungen:

Heinz Hehemann, Blechwerk I/II, vom Werk und der Berufsgenossenschaft;

Wilhelm Sonntag, elektr. Abteilung, vom Werk;

Heinr. Bals, elektr. Abteilung, vom Werk;

Franz Wirkus, Thomaswerk, vom Werk und der Berufsgenossenschaft;

Heinr. Schwieter, Thomaswerk, vom Werk und der Berufsgenossenschaft;

Josef Skrzypczak, Eisenbahn, vom Werk und der Berufsgenossenschaft;

Heinr. Genditzki, Werk Barop, vom Werk und der Berufsgenossenschaft;

Ludw. Brune, Werk Barop, vom Werk und der Berufsgenossenschaft.

„Wo steht die Werkzeitung?“

Es bestehen inzwischen rund 200 Werkzeitungen, wie sehr viele Betriebe sie nennen, und Mitteilungsblätter, wie wir sie zur Unterscheidung von dem früheren Inhalt und Format nennen, in der Bundesrepublik. Vom 6. bis 8. Oktober 1951 fand in Heidelberg eine Tagung der Schriftleiter statt, an der auch unser Werk vertreten war. Doch bringen wir hierüber zunächst einen Bericht eines Außenstehenden. In der „Rhein-Neckar-Zeitung“ heißt es unter obiger Überschrift:



Rhein, Berge, Burgen

„Zweck des Treffens war eine freie Aussprache über die Probleme der Werkzeitungen, die Berichterstattung ausländischer Kollegen und die Vorbereitung eines Verbandes der Werkzeitungsschriftleiter.

Die Werkzeitung ist seit ihrem Aufkommen in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts mit dem Odium eines

Kampfmittels der Unternehmerschaft gegen die Arbeiter behaftet. Jahrzehnte hindurch stellte sie nichts anderes dar als eine mehr oder minder geschickte Gegenpropaganda gegen die Arbeit der Gewerkschaften. Von diesem belastenden Erbe befreien sich die Werkzeitungen heute allmählich. Dieser Prozeß geht bei den einzelnen Betrieben mit verschiedener Schnelligkeit vor sich. Auch die Werkzeitung wird immer ein Spiegel des Verhältnisses zwischen dem Unternehmer und seinen Arbeitern sein. So steht heute die Werkzeitung vielerorts bereits im Dienst des gesamten Betriebes, sie fördert die gegenseitige Zusammenarbeit zwischen Werkleitung und Arbeitnehmern.

Für den Schriftleiter einer Werkzeitung ergeben sich aus dieser Stellung „zwischen den Fronten“ zahlreiche besondere Schwierigkeiten. Der Betriebsrat als die Vertretung der Arbeiterschaft wird einen Einfluß auf die Gestaltung der Zeitung zu gewinnen suchen, während der Unternehmer oft den Standpunkt desjenigen einnehmen wird, der das Geld gibt. Besonders interessant an dem Treffen waren die Stellungnahmen von Lesern, die in der Diskussion zu Wort kamen, und die pointierten Ausführungen eines Betriebsratsmitgliedes.

Die Diskussion wandte sich auch der Frage nach der Abgrenzung der Werkzeitungen von der freien Presse zu. Im einzelnen ergab sich, daß thematisch eine scharfe Trennung zwischen beiden nicht möglich ist, da auch die Werkzeitung mehr als nur ein ausgeweitetes Mitteilungsblatt des Betriebes sein soll. Wie sich immer wieder in den Aussprachen zeigte, wird eine scharfe thematische Einengung auf den eigenen Betrieb weitgehend abgelehnt. Das eigene Werk, so wird argumentiert, kennt der Arbeiter meist besser, als man meint. Die Verbundenheit mit dem Betrieb wird weniger durch informative Artikel in einer Zeitung gefördert als vielmehr durch die Taten der Betriebsleitung.



„Heidelberg, du Jugendbrunnen . . .“

Dieser Bericht entspricht — oberflächlich gesehen — in etwa dem Tagungsverlauf. Aber er trifft den Kern der Probleme nicht. Zunächst einmal wurden, und in dieser

Stellungnahme waren sich alle Teilnehmer einig, „überbetriebliche Werkzeitungen“ abgelehnt, da sie keine Betriebsnähe hätten und haben könnten. Diskussionen mit starker Spannung entstanden vornehmlich um die den meisten Zeitschriften mangelnde „Und-Stellung: Kapital und Arbeit, Maschine und Mensch, Arbeitgeber und Betriebsrat und Gewerkschaft. Keine Frage: sehr viele Werkzeitungen sind nichts anderes geblieben als Werkzeitungen alter Prägung in neuem Gewande. Und darin lag und liegt das größte Spannungsmoment, keinesfalls aber ein Moment des Ausgleichens und des Verstehens.

Die Gründung eines eigenen Verbandes von Werkzeitungs-Redakteuren innerhalb der „Arbeitsgemeinschaft für soziale Betriebsgestaltung“, wie sie beabsichtigt war, wurde abgelehnt. Statt dessen wurde eine lose Arbeitsgemeinschaft gebildet, die fern von jedweder Fernlenkung und frei von jeder Bindung lediglich der persönlichen Informierung und Ausbildung dienen soll. In den „vorbereitenden Ausschuß“ hierzu wurden einstimmig gewählt: für Berlin: Trumpf-Berlin; für Norddeutschland: Kura-Phönix AG-Harburg; für Süddeutschland: May-Opel-Frankfurt und Dr. Braun-Boschwerke-Stuttgart; für Westdeutschland: Hoischen-Westfalenhütte-Dortmund und Dr. Nebe-Flenderwerke-Bocholt.

Wir wollen informieren — Du mußt uns informieren

Das heutige Leben — auch das Betriebsleben — ist ohne den geschlossenen Kreis der Information nicht mehr zu denken. Das Informationsbedürfnis ist gewaltig gestiegen, und zwar in mehrfacher Hinsicht: der Kreis der Sachgebiete, über die man informiert zu sein wünscht, hat sich ausgeweitet, aber auch der Wunsch nach rascher Informierung ist dringlicher geworden. Während man vor wenigen Jahrzehnten noch damit zufrieden war, etwa am Sonntagnachmittag etwas davon zu vernehmen, wie irgendwelche Völker weit hinten in der Türkei aufeinanderschlügen, während man noch vor wenigen Jahren sich um die große Linie des Betriebslebens kaum kümmerte, legt man heute sehr wohl Wert darauf, schnell und eingehend über alles Geschehen — auch auf betrieblicher Basis — unterrichtet zu werden.

Aus den Unterhaltungen und den Zuschriften mit und von seiten der Belegschaftsmitglieder erhellt eindeutig, daß selbst abgelegene Gebiete aus Wissenschaft und Technik — die man früher ruhig den Fachleuten zur Bearbeitung überließ, wenn sie nur brauchbare Resultate für das tägliche Leben lieferten — heute zum selbstverständlichen Interessengebiet breiterer Schichten der Arbeiterschaft gehören. Man will nicht mehr nur Resultate kennen, man will auch wissen, wie es zu diesen Resultaten gekommen ist; man will auch im voraus darüber im Bilde sein, was in dieser oder jener Hinsicht von der Entwicklung noch zu erwarten ist.

Das Informationsbedürfnis hat sich auch in wirtschafts-demokratischer Hinsicht ausgeweitet. Es besteht ja auch ein enger Zusammenhang zwischen Information und Demokratie. Das versteht sich eigentlich von selbst. Die volle Mitbestimmung und Mitverantwortung setzt geradezu voraus, daß auch der letzte Arbeitnehmer diejenigen Elemente erhält, auf denen eine wirkliche Mitverantwortung beruht und ohne welche sich nicht wirklich und sinnvoll mitbestimmen läßt. Vollständige und laufende Information über wirtschaftliche und betriebliche Maßnahmen — und nicht nur in der „großen Linie“ — ist also im Rahmen der Wirtschafts- und betrieblichen Demokratie unerlässlich.

Auf staatspolitischer Ebene sagt man, es sei ein Mangel der Demokratie, daß sie praktisch da aufhöre, wo die Kompetenzen der Verwaltung begännen. Das läßt sich — mindestens in gewissem Umfange — in der Ausgestaltung jed-

weder Demokratie nicht vermeiden. Aber ein solcher Mangel — bleiben wir bei dem Wort — läßt sich dadurch erträglich machen, indem über die Tätigkeit der Verwaltung laufend und umfassend informiert wird. Die Auswirkung, die darauf erfolgt, ist — wenn sie beachtet wird — ein wesentliches Element in der Ausübung demokratischer Rechte z. B. der Mitbestimmung. Damit es aber zu dieser Auswirkung kommt, muß die Voraussetzung dazu geschaffen werden: jeder muß wissen, was gespielt wird.

Es besteht jedoch nicht nur von seiten der Belegschaft das Bedürfnis nach Information — obschon von dieser Seite dieses Bedürfnis in der Tat größer ist als von seiten der Verwaltung.

Es besteht auch von seiten der Verwaltung ein Bedürfnis nach aktiver Information, und zwar verbunden mit dem Bedürfnis, die Auswirkung der Belegschaft auf Maßnahmen der Verwaltung geradezu anzufordern. Es muß nämlich das Anliegen der Verwaltung sein, ihre Tätigkeit in größtmöglicher Übereinstimmung mit dem Willen der Gesamtheit abzustimmen und auszuüben. Hierzu genügt keine Rechenschaftslegung — hierzu bedarf es laufender Informierung.

Aus einer vollen und rechtzeitigen Informierung erwächst jene Vertrauensatmosphäre, die das Betriebsklima zu schaffen vermag, in dem das Wohl aller — des Werkes und der Belegschaft — gedeihen kann und wird.

Deshalb wollen wir — als Sprachrohr des Werkes und eines jeden Belegschaftsmitgliedes — informieren, deshalb aber auch wollen wir informiert werden. Wir freuen uns über jede Zuschrift, die wir erhalten.

Es brauchen durchaus nicht wirtschaftspolitische, technische usw. Artikel zu sein. Es kann beispielsweise ein kurzer Hinweis sein, daß wir über diese oder jene Frage berichten sollen; es können wenige Worte sein über ein betriebliches oder allgemein interessierendes Geschehen.

Sagt deshalb, was ihr auf dem Herzen habt; fragt, wenn euch etwas unklar ist. Wir fühlen uns nicht als Selbstzweck, sondern als euer Sprachrohr und deshalb als Mittel zum Zweck: das gemeinsame Band um die Gemeinschaft aller zu schlingen. Dazu aber bedürfen wir aber auch deiner Hilfe, Kollegin und Kollege!

Werbung und Public Relations

In immer größerem Umfange geht man dazu über, von der routinierten und eingespielten amerikanischen Wirtschaft zu lernen. Das gilt auch für die Probleme Werbung und Public Relations. Wenn wir hier unsere deutsche Werbung mit der amerikanischen vergleichen, finden wir bei uns in Deutschland nur einen dünnen Aufguß der Werbeintensität, wie sie jenseits des Ozeans als selbstverständlich vorausgesetzt wird.

Im August fand in Baden-Baden eine mehrtägige deutsch-amerikanische Betriebsführerzusammenkunft statt, an der als Vertreter unserer Hütte Dr. Ing. W. A. Güldner teilnahm. Aus seinem Bericht entnehmen wir:

Was der Mensch nicht versteht, beargwöhnt er, dann fürchtet er es, und schließlich haßt er es

Dies ist ein Wort, über das man nachdenken sollte. Es ist die Grundlage amerikanischer Aufklärung und sicherlich nicht nur auf die Werbung anzuwenden. Oberster Grundsatz für die Werbung ist betonte Wahrhaftigkeit und Ehrlichkeit der Angaben. Wahrhaftigkeit und Ehrlichkeit wurden während der Tagung wiederholt als Grundlage des Zusammenlebens angesprochen.

Der Amerikaner will den Bedarf nur decken; darin liegt der Unterschied in der beiderseitigen Wirt-

schaftshaltung. So werden in Amerika stets besondere Anstrengungen gemacht, den Absatz zu vergrößern und eine Ausweitung der Produktion herbeizuführen, die dann regelmäßig zu einer Senkung der Kosten führt. Den deutschen Preisen ist das häufig nicht anzumerken.

Man sondiert in Amerika die Möglichkeiten für Absatz durch Marktforschung, und dies nicht nur vom grünen Tisch her. Die Aufwendungen für Reklame sind nach unseren Begriffen recht hoch. So gibt z. B. die Arkansas Power Co. (ein Elektrizitätswerk) jährlich 800 000 Dollar an Verkaufskosten aus = 3 Prozent des Umsatzes; für die Absatzwerbung elektrischer Geräte werden 1 Prozent ausgegeben, das sind rund 265 000 Dollar. Ein Mühlenunternehmen legte bei 450 000 Millionen Dollar Umsatz (85 Prozent Rohstoffe!) 15 Millionen Dollar allein für Radiowerbung an.

Grundsätzlich erscheint an der Einstellung der Amerikaner wichtig die klare Erkenntnis, daß niemand mehr an Gütern verbrauchen kann, als er sich selbst erarbeitet und daß deswegen für die Hebung des Lebensstandards die Erzeugung bzw. ihre Ausweitung die erste Voraussetzung ist. Unternehmer und Arbeiter anerkennen die gemeinsame Aufgabe, die jeder dabei zu seinem Teil lösen muß.

Soweit der Bericht von Dr. G ü l d n e r. Auch aus ihm ergibt sich, daß zur Deckung des Bedarfs eine besonders ausgeprägte Werbung zwingend notwendig erscheint. Dazu geht der Amerikaner selbstverständlich seine für ihn erprobten Wege, einmal hinsichtlich der Werbung, zum anderen hinsichtlich der Public Relations (Aufklärung der Öffentlichkeit).

Und bei uns in Deutschland?

Was zunächst die Werbung betrifft, so mag man geteilter Meinung sein, ob die Geschmacksrichtung der amerikanischen Buntbildwerbung mit ihrem optimistischen Luxusmilieu bei unserem vergleichsweise sehr bescheidenen Lebensstandard nachahmenswert ist. Tatsache aber ist, daß der Amerikaner — besonders aber die Amerikanerin als der kaufende Bevölkerungsteil — „advertising conscious“, d. h. von der Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der Werbung durchdrungen ist. Die Wochenendausgaben der Zeitungen und die Magazine sind nicht trotz, sondern wegen der Überfülle an Werbung so begehrt, denn diese Inserate stellen für die amerikanischen Frauen eine ihnen sehr erwünschte Ergänzung des Textteiles dar.

Sind denn nun Werbung und Public Relations Gegensätze?

Es ist kein Geheimnis, daß die freundlichen Gefühle der Public Relations-Leute für die Werbeleiter von diesen nicht immer erwidert werden. In des Herzens Tiefe schwelt oft der Verdacht, daß die Public Relations-Tätigkeit ein moderner und darum gefährlicher Ersatz für die Werbung sein könnte. Und da der Erfolg der Public Relations bei der Schaffung einer wohlmeinenden und verständnisvollen Atmosphäre in der öffentlichen Meinung keineswegs nach Geldwert oder Gewicht gemessen werden kann, wäre es durchaus zu verstehen, wenn der geplagte Werbefachmann sich aus der frostigen Kühle sehr übersichtlicher Zahlen nach der scheinbaren Unwägbarkeit der Public Relations-Erfolge sehnen würde. Jedenfalls bieten häufig Werbefachleute ihre Erfahrung und Arbeitskraft der Wirtschaft zur Pflege von Public Relations an. Es ist durchaus nicht gesagt, daß sie für diese Aufgabe ungeeignet sein müssen. Sicher aber ist, daß sie zunächst einmal alles vergessen müßten, was sie bisher getan haben, um von einem neuen geistigen Standort aus an eine neue und ganz anders geartete Aufgabe heranzugehen. Sollten sie aber gar anstreben, aus Werbung und Public Relations ein gangbares Gemisch herzustellen, ist ihnen ein mehr oder minder dramatischer Schiffbruch gewiß. Ein boshafter Amerikaner hat

einmal behauptet, ein erfolgreicher Public Relations-Mann brauche nur die Kunst zu beherrschen, einen ganz primitiven Vorgang so kompliziert darzustellen, daß kein Unternehmer sich mehr auskenne. In Wirklichkeit ist die

Public Relations-Tätigkeit alles andere als eine magische Kunst.

Da gibt es weder einen Zauberstab noch geheimnisvolle Zauberformeln. Praktischer Verstand, Klarheit des Denkens, psychologisches Einfühlungsvermögen, diplomatischer Takt und Lebenserfahrung müssen zusammenwirken, damit der Public Relations-Beauftragte dem Auftraggeber, mag er nun eine Person, eine Gesellschaft, eine Behörde sein, wertvolle Ratschläge erteilen kann.

Die Pflege von Public Relations ist ein natürliches Bedürfnis des Individuums

und mag nur bei Einsiedlern und Sonderlingen verkümmert sein. Wem von uns ist es gleichgültig, was seine Vorgesetzten, Kollegen, Freunde oder Mitbewohner von ihm halten? Wer sonnt sich nicht gerne in dem Gefühl, in seiner Umwelt als ein netter, verlässlicher, umgänglicher und hilfsbereiter Mensch zu gelten? Warum soll nun aber eine Erkenntnis, die für das Individuum unbestrittene Gültigkeit hat, nicht auch auf ein Kollektiv anzuwenden sein?

Die Technik der Public Relations-Arbeit

kann man erlernen, so unterschiedlich sie im einzelnen sein mag. Ein Großunternehmen wird sich der Instrumente bedienen, die Einfluß auf die öffentliche Meinungsbildung haben, und Kontakt zu den Persönlichkeiten suchen, die im besonderen Maße das Vertrauen weiter Kreise genießen. Ein kleines Unternehmen wird Wert darauf legen, aktiven Anteil am Gemeindegesehen zu nehmen, die Lehrerschaft mit dem Unternehmen vertraut zu machen und so die nachwachsende Jugend zu interessieren. Wie selten hat eine Ehefrau Gelegenheit, den Arbeitsplatz ihres Mannes kennenzulernen und so erhöhtes Verständnis für sein Wirken zu gewinnen? Und mit welcher Freude und Aufgeschlossenheit haben bisher über 600 Ehefrauen unserer Belegschaftsglieder unser Werk und damit den Arbeitsplatz ihrer Männer besichtigt; denn bekanntlich hat jede Frau Gelegenheit, an einer Besichtigung unseres Werkes teilzunehmen.

Keiner Geschäftsleitung bleibt es erspart, gelegentlich unpopuläre Maßnahmen vertreten zu müssen.

Gute Public Relations verlangen, daß die öffentliche Meinung gerade dann objektiv aufgeklärt wird. Der Mut zur Wahrheit gehört zum Rüstzeug der Public Relations. Manchmal wird es so dargestellt, als seien die Public Relations ein Instrument, das ausschließlich dem Unternehmertum zur Verfügung stünde. In Wahrheit bricht sich der Gedanke, daß richtig gehandhabte Public Relations der sozialen Entspannung dienen, die Beziehung zwischen Werk und Menschen enger gestalten und das Denken in Schlagworten überwinden, bei den deutschen Unternehmern besorgniserregend langsam Bahn. Auf der anderen Seite sehen wir, daß die Organisationen der Arbeitnehmer nach amerikanischem Vorbild sehr zielbewußt und erfolgreich die Public Relations-Technik anwenden, während die Regierungsstellen auf diesem Gebiet Enthaltsamkeit üben.

Unsere Aufgabe als Mitteilungsblatt — das sei in diesem Zusammenhange gesagt — sehen wir darin, eine klare und wahre Synthese zu allen Problemen, die das Werk und den Menschen berühren, zu finden und die Öffentlichkeit über unser Tun und Lassen, unser Planen und Wollen zu unterrichten. Insoweit glauben wir, gleichzeitig der Werbung, den Public Relations und den Human Relations zu dienen.

Wir fahren in Erholung

Die Verschickungen unserer Belegschaftsangehörigen werden zur Zeit noch vorgenommen. In der Zeit von Anfang März bis zum 26. September 1951 wurden vom Werk aus insgesamt 1194 Belegschaftsmitglieder in Erholungsaufenthalte verschickt. Unter ihnen befanden sich 41 goldene Jubilare, denen ein vierwöchiger zusätzlicher Erholungsurlaub mit Ehefrau zugebilligt wurde. In Erholungsaufenthalte im Münsterland verschickten wir 320 Männer und 16 Frauen, in die verschiedenen Pensionen des Sauerlandes 704 Männer und 113 Frauen. Es ist in Aussicht genommen, auch während der Wintermonate Belegschaftsangehörige in einem gewissen Umfange in Winterkuraufenthalte zu verschicken. Von vielen Betrieben und Abteilungen wurden Kameradschaftsveranstaltungen, Wochenendausflüge usw. durchgeführt.



Das Buch für dich!

Die „Büchergilde Gutenberg“ bringt im 4. Quartal 1951 u. a. an Neudrucken:

Jack London: Jerry, der Insulaner, Ganzleinen mit Schutzumschlag, 253 Seiten.

In diesem bezaubernden Hunderoman wechseln spannende Abenteuer und zarteste Tierliebe miteinander ab. Jack Londons Art, von den Erlebnissen des goldbraunen Terriers Jerry bei seinen verschiedenen weißen und schwarzen Herren in der Südsee zu erzählen, vermittelt ein neues Verständnis für die Tierseele.

Hugo A. Bernatzik: Gari-Gari, Großformat, Ganzleinen, 160 Seiten und 60 Bildtafeln.

Der bekannte Wiener Forscher schildert hier Erlebnisse während seiner Expedition zu den Negern des Nils und des Kongos. Da es ihm gelang, sich die Freundschaft dieser Stämme zu erwerben, erfährt der Leser spannende Einzelheiten aus dem Leben der Naturvölker. Über 100 Aufnahmen des Verfassers ergänzen das Buch.

Frank S. Stuart: Die Stadt der Bienen, Romanformat, Ganzleinen, 288 Seiten.

Ein wildes Bienenvolk hat sich in einer Eiche seine wächserne goldene Stadt gebaut. Stuart hat sein Leben im Jahresablauf belauscht und beobachtet, das Treiben der emsigen kleinen Wesen, ihre Freuden, Ängste und Kämpfe wurden zu einer Dichtung von beglückender Schönheit.

Gottfried Keller: Das Sinngedicht, Gildenbibliothek der Weltliteratur, Ganzleinen mit Schutzumschlag, 290 Seiten.

Eingestreut in eine anmutige Liebesgeschichte, die zu den reifsten Schöpfungen Gottfried Kellers gehört, werden viele kleine Erzählungen gleichnishaft dargeboten. Ein Buch für die Freunde besinnlicher Erzählkunst.

Maxence van der Meersch: Leib und Seele, Romanformat, Ganzleinen, 547 Seiten.

Das ergreifende Thema dieses Buches ist der Konflikt, als Arzt auf dem gewohnten Wege der Schulmedizin eine glänzende Karriere zu machen oder, im Gegensatz dazu, mit den eigenen Erkenntnissen unbekannt und unbeachtet ein Helfer der Menschheit zu sein.

Frank Thieß: Katharina Winter, Romanformat, Ganzleinen, 375 Seiten.

Der Frau eines angesehenen Pädagogen erscheint plötzlich das Leben an der Seite ihres Mannes leer und unbefriedigend. Nach einem leidenschaftlichen Liebeserlebnis mit einem anderen Mann, durch das sie sich von den überkommenen Gesellschaftsformen loszusagen versucht, findet sie zu ihrem Gatten zurück.

Max Frisch: Tagebuch 1946-1949, Romanformat, Ganzleinen, 376 Seiten.

Ein junger Schweizer durchreist in den Nachkriegsjahren viele europäische Länder. Seine Eindrücke und Beobachtungen wechseln mit Betrachtungen und Skizzen ab, zum Mit- und Weiterdenken anregend, bescheiden, voll echter Toleranz, zugleich eine wirkliche Dichtung.

Wilhelm H. Lange: Das Buch im Wandel der Zeiten, Großformat, Ganzleinen mit Schutzumschlag, 300 Seiten mit vielen Abbildungen.

Der Direktor der Offenbacher Werkkunstschule hat in den Stoffgebieten Schrift, Papyrus, Pergament und Papier, Buchdruck, Buchschmuck und Buchbild, Bucheinband, Buchhandel, Bibliotheken, Bibliophilie und Bibliographie ein umfassendes Bild über das Buch und seine Entwicklung gegeben.

Lisa Tetzner: Die schönsten Märchen der Welt für 365 und einen Tag, Band II, Großformat, Ganzleinen mit Schutzumschlag, 320 Seiten mit vielen teils farbigen Bildern. Der zweite Band der vierbändigen Gesamtausgabe enthält weitere neunzig Märchen aus allen Ländern der Erde, die mit den vielen Illustrationen ein schönes Geschenk an unsere Jugend sind.

Erich Kästner: Emil und die Detektive, Romanformat, Ganzleinen mit Schutzumschlag, 240 Seiten mit Illustrationen von Walter Trier.

Die Geschichte von Emil, dem auf der Fahrt nach Berlin 140 Mark gestohlen werden und die er mit Hilfe einer Schar Berliner Jungen dem „Herrn im steifen Hut“ wieder abjagt, wird unseren jugendlichen Lesern besser als die üblichen Gangstergeschichten gefallen.

Alfred Weber: Kulturgeschichte als Kulturosoziologie, Großformat, Ganzleinen mit Schutzumschlag, 528 Seiten. Dieses umfangreiche Werk des Heidelberger Soziologen, das die Entwicklung der Menschheitsgeschichte und ihrer Kultur von der Prähistorie bis zur Jetztzeit in einer kühnen Auslegung behandelt, steht im Mittelpunkt wissenschaftlicher Diskussionen.

Ernst Wiechert: In der Heimat, Sonderformat, Ganzleinen mit Schutzumschlag, 112 Seiten mit 64 ganzseitigen Fotos.

Ernst Wiechert schildert in einer ergreifenden Erzählung den letzten Besuch bei seinem Vater in der ostpreussischen Heimat, die er nicht mehr wiedersehen sollte, 64 Fotos machen das Werk zu einem Erinnerungsbuch für unsere Mitglieder aus dem Osten.

Francis Williams: Das englische Experiment, Romanformat, Ganzleinen, etwa 320 Seiten.

Die großen Reformen der jetzigen britischen Regierung und die damit verbundene Veränderung der sozialen Struktur Großbritanniens werden von einem Mitglied des Unterhauses objektiv geschildert. Das Buch ist eine umfassende Darstellung der politischen Ereignisse in England seit 1945.

Darüber hinaus werden viele Nachdrucke herausgegeben, u. a.: Effi Briest, Zwischen Hell und Dunkel, Ursula, Liebe und Tod auf Bali, Die schönsten Märchen der Welt für 365 und einen Tag, Via Mala, Liebe — Brot der Armen usw. Während aus vielen Betrieben und Abteilungen Aufnahmen in den Leserkreis der „Büchergilde Gutenberg“ eingingen, sind aus manchen Betrieben Aufnahmen noch nicht erfolgt. Wir weisen noch einmal darauf hin, daß wir mit der Büchergilde eine Sondervereinbarung dahingehend getroffen haben, daß der Monatsbeitrag für unsere Belegschaftsmitglieder auf 1,35 DM ermäßigt wurde, mithin vierteljährlich nur 4,05 DM zu zahlen sind. Für diesen Vierteljahresbeitrag kann das Mitglied eines der zum Preise von 4,50 DM angezeigten Bücher nach freier Wahl bekommen. Außer dem einen Buch vierteljährlich, auf das das Mitglied Anspruch hat, können beliebig viele Bücher zusätzlich gekauft werden. Die in jedem Monat gratis gelieferte Zeitschrift „Büchergilde“ gibt alle Einzelheiten über die Neuerscheinungen und ihre Verfasser, sie enthält Leseproben und Illustrationen. Es erscheinen nicht nur Unterhaltungsbücher, sondern auch Jugend- und Kinderbücher, Biographien und volkstümliche Werke der Wissenschaft. Sämtliche Bücher sind in Ganzleinen eingebunden. Der Monatsbeitrag kann monatlich vom Lohn bzw. Gehalt eingehalten werden.

Wir bitten erneut darum, weitgehend Gebrauch davon zu machen, sich für wenig Geld eine gute Bücherei anzulegen. Mit der Sachbearbeitung für alle Fragen der Büchergilde ist die Pressestelle, Eberhardstraße 23, beauftragt. Dort können auch die bisher von der Büchergilde herausgegebenen Bücher eingesehen und Aufnahmeanträge, Werbeschriften usw. empfangen werden.

Kollegen,

Schützt Euch selbst! Achtet auf die Eisenbahn!

Wir wissen:

Die **Unfälle nehmen** zu alljährlich im Herbst bei allen Eisenbahnen, mit kürzer werdenden Tagen, wenn die Frühschicht schon im Dunkeln beginnt. Willst Du zu Schaden kommen?

Darum gerade jetzt:

Vorsicht, wenn Du über Gleise gehst!

Wir geben bekannt:

Bezahlung von Mehrarbeitsstunden

Als Mehrarbeitsstunden gelten die über die regelmäßige werktägliche Arbeitszeit hinausgehenden Arbeitsstunden; hierunter fallen nicht die Arbeitsstunden, die außerhalb der regelmäßigen Arbeitszeit zum Ausgleich ausgefallener Arbeitsstunden vor- oder nachgearbeitet werden.

Jede unregelmäßige Verlängerung der Arbeitszeit über acht Stunden täglich hinaus ist mit dem Mehrarbeitszuschlag zu bezahlen, auch wenn die wöchentliche Arbeitszeit unter 48 Stunden bleibt.

Belegschaftsmitglieder, die unberechtigt der Arbeit fernbleiben, haben für die über acht Stunden am Tage hinausgehenden Stunden keinen Anspruch auf Mehrarbeitsvergütung, wenn die Wochenarbeitszeit 48 Stunden nicht überschreitet. Das gleiche gilt für Belegschaftsmitglieder, die sich aus irgendeinem Grunde beurlauben lassen und die ausgefallene Arbeitszeit an den übrigen Tagen der Woche nachholen wollen.

Der Grund für die ausgefallenen Stunden oder Schichten ist daher unbedingt im Schichtenbuch zu vermerken, damit das Lohnbüro beurteilen kann, ob die Mehrarbeit an einzelnen Tagen mit oder ohne Zuschlag zu vergüten ist.

Vergütung für das Aufsuchen eines Orthopäden während der Arbeitszeit?

Auf dem Hüttenwerk wird teilweise die Ansicht vertreten, daß ein Prothesenträger ohne weiteres während der Arbeitszeit einen Orthopäden aufsuchen kann und daß ihm dabei sein Lohn weitergezahlt werden müsse. Dieses trifft keineswegs zu; die Prothesenträger sind vielmehr dazu anzuhalten, notwendige Reparaturen an ihren Prothesen möglichst in der arbeitsfreien Zeit durchführen zu lassen.

Eine Beurlaubung zum Aufsuchen eines Orthopäden unter Fortzahlung des Lohnes kann nur dann erfolgen, wenn die Fortführung der Arbeit von der sofortigen Reparatur seiner schadhaft gewordenen Prothese abhängig ist oder aber wenn der Prothesenträger zwecks Anprobe zu einer bestimmten Zeit zum Orthopäden bestellt worden ist. In letzterem Falle muß eine schriftliche Benachrichtigung vorliegen.

Nachteilige Folgen durch Nichtvorlage der Lohnsteuerkarte

Aus gegebener Veranlassung weisen wir auf folgendes hin:

Arbeitnehmer, die ihre Lohnsteuerkarte dem Arbeitgeber bei Beginn des Kalenderjahres oder bei Beginn des Dienstverhältnisses schuldhaft nicht vorlegen oder die Lohnsteuerkarte nicht rechtzeitig wieder an den Arbeitgeber zurückgeben, müssen gemäß § 37 der Lohnsteuerdurchführungsbestimmungen 1949 eine erhöhte Lohnsteuer zahlen. Es sind in solchen Fällen dem tatsächlichen Arbeitslohn monatlich DM 115,— wöchentlich DM 27,— hinzuzurechnen, bevor die Lohnsteuer nach der Tabelle errechnet wird. Außerdem richtet sich die Lohnsteuer nach der Steuerklasse I. Eine Erstattung der so verwirkten Mehrsteuer findet in keinem Falle statt.

Unser Omnibus

Dem allgemeinen Fahrbetrieb steht ab 15. Oktober 1951 ein Omnibus zur Verfügung, der 17 Sitzplätze enthält. Dieser Wagen soll eingesetzt werden bei Gemeinschaftsfahrten zu Tagungen, bei Beerdigungen zwecks Beförderung von Mitgliedern der Werkskapelle oder bei sonstigen Anlässen. Anmeldungen für Fahrten im obengenannten Sinne sind zur Genehmigung dem Arbeitsdirektor vorzulegen.

Technische Kurse für Kaufleute

Die Industrie- und Handelskammer teilt mit, daß sie zur Unterrichtung kaufmännischer Angestellter Kurse einrichtet, in denen die wichtigsten Grundlagen über Werkstoffe, Werkzeuge, Vorrichtungen und Maschinen vermittelt werden sollen. Die Kurse erstrecken sich über zwei Wochen und sehen an je zwei Tagen jeder Woche vier Doppelstunden von 16 bis 20 Uhr vor. Der letzte Unterricht findet im Betrieb statt, um das theoretisch Erlernte durch praktische Anschauung zu vertiefen.

Um auch unseren Jungkaufleuten Gelegenheit zu geben, an diesen Kursen teilzunehmen, bitten wir um Meldung an die Personalabteilung.

Die Kursgebühren werden von uns übernommen.

Wohnungstausch

Suche: Eine 3-Zimmer-Wohnung in einem Werkshaus bzw. Privathaus in Werksnähe.

Biete: Eine 2-Zimmer-Wohnung in einem Privathaus in Werksnähe.

*

Suche: 2 Zimmer in Dortmund oder näherer Umgebung.

Biete: 2 Zimmer in Obernkirchen (Grafsch. Schaumburg), Miete 10,— bis 15,— DM. Nebenverdienst von 60,— bis 100,— DM kann übernommen werden. Für Rentenempfänger oder Witwe geeignet.

Nähere Auskunft erteilt: Abteilung Wohnstätten, Dortmund, Eberhardstraße 23.

VORSPRUCH

des Bonner Grundgesetzes

Im Bewußtsein

seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, seine nationale und staatliche Einheit zu wahren und als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen,

hat das deutsche Volk

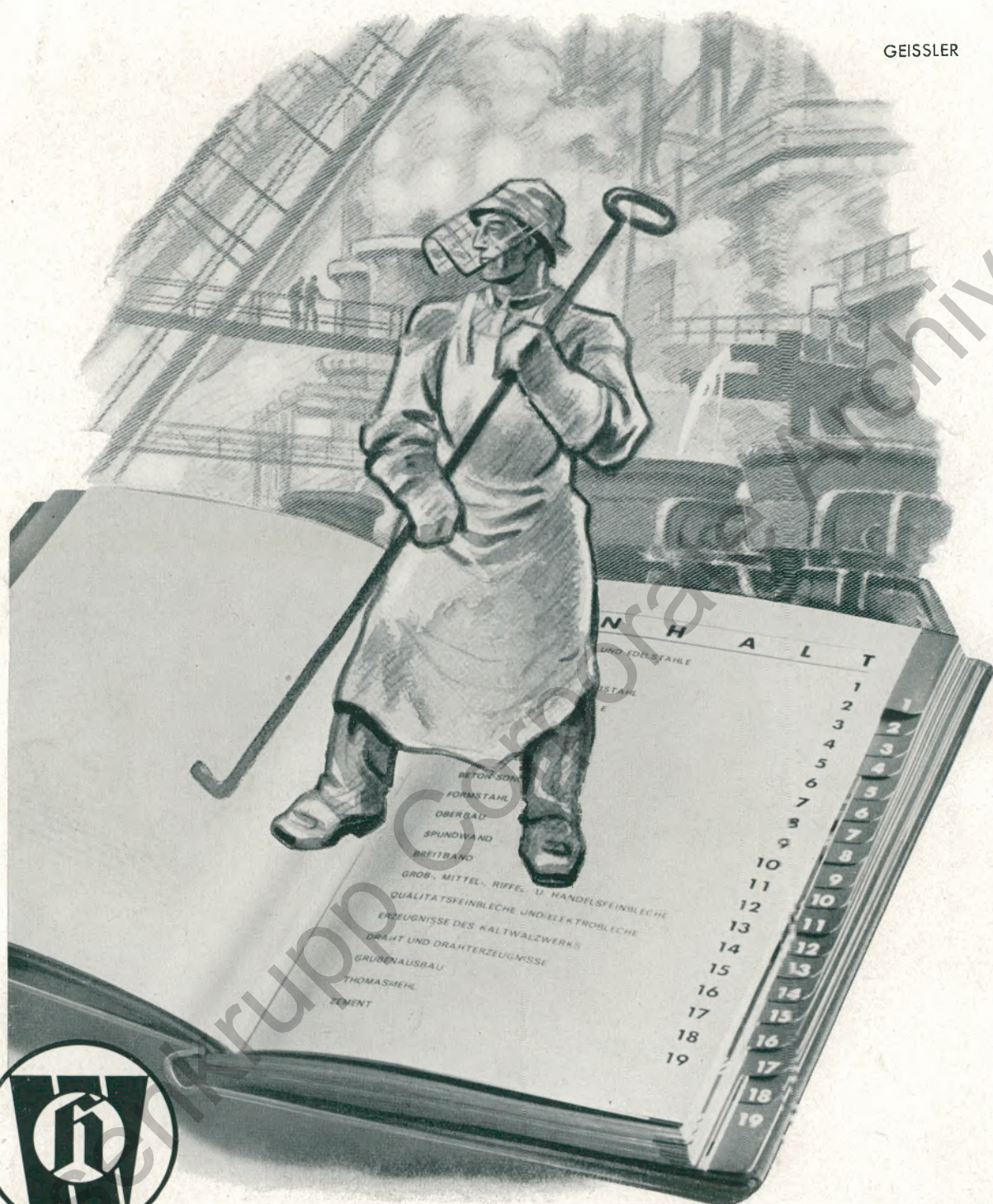
in den Ländern Baden, Bayern, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern, um dem staatlichen Leben für eine Übergangszeit eine neue Ordnung zu geben, kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beschlossen.

Es hat auch für jene Deutsche gehandelt, denen mitzuwirken versagt war.

Das gesamte deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.

thyssenkrupp Corporate Archives

GEISSLER



Tüchtige, sachverständige Mitarbeiter und ein modern eingerichteter Betrieb lassen uns allen Wünschen unserer Abnehmer gerecht werden.

Die z. Z. bestehenden Lieferschwierigkeiten machen auch uns große Sorgen.

Unsere Abnehmer werden von uns jedoch nach besten Kräften unterstützt. Das wissen sie und bleiben uns daher auch in auftragsarmen Zeiten treu.

WESTFALENHÜTTE DORTMUND A. G.